



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 10|2015



Die Themen

Entwicklung der Rinderhaltung

Aktuelle Entwicklungen in der Hochschulstatistik

Strafverfolgungsstatistik

Allgemeine Revisionspolitik des
Statistischen Bundesamtes

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ± entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 146 (69)

Bestell-Nr. Z10001 201510
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Bildnachweis

Titel: © fottoo, fotolia.com
Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2015
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

im Oktober beginnt an allen Hochschulen wieder das neue Wintersemester. Die nicht-monetäre Hochschulstatistik, mit der sich ein Beitrag beschäftigt, umfasst hauptsächlich die Studierenden-, Prüfungs- und Personalstatistik. Die Ergebnisse dieser Statistiken wiesen in den vergangenen Jahren stets in eine Trendrichtung: nach oben. Für das Jahr 2014 war nun seit Langem erstmalig ein leichter Rückgang der Studienanfänger zu vermelden. Diese Entwicklung sowie aktuelle Ergebnisse aus den anderen Hochschulstatistikbereichen werden auf Grundlage längerfristiger Verläufe eingeordnet.

Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit der Entwicklung der Rinderhaltung von 2008 bis 2015. In der bayerischen Landwirtschaft spielt die Rinderhaltung seit jeher eine wichtige Rolle. Seit Mai 2008 ist es der amtlichen Agrarstatistik möglich, halbjährlich die Daten über die Rinderbestände aus dem Herkunfts- und Informationssystem für Tiere (HIT) zu nutzen.

Abgerundet wird die Oktober-Ausgabe mit Beiträgen zur Strafverfolgungsstatistik und Aspekten aus der Strafvollzugsstatistik 2014 sowie zur allgemeinen Revisionspolitik des Statistischen Bundesamts. In vielen Statistiken werden bereits veröffentlichte statistische Ergebnisse im Rahmen von sogenannten Revisionen überarbeitet, um neue, bisher nicht verfügbare Daten oder methodische und konzeptionelle Änderungen einzuarbeiten. Der Beitrag stellt die Hintergründe, die Ziele und die Kernbestandteile der im Juni 2015 veröffentlichten allgemeinen Revisionspolitik vor und vergleicht sie im europäischen Kontext.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen der Oktober-Ausgabe!

Herzlichst



Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für Statistik



Statistik aktuell

612 [Kurzmitteilungen](#)

Nachrichten

629 [Statistische Woche 2015 in Hamburg](#)

631 [Bürgermeister und Gemeinderäte bereits zum sechsten Mal zu Gast im Bayerischen Landesamt für Statistik](#)

634 [Prüfbesuch bei Destatis im Rahmen des Eurostat-Peer-Reviews 2014/2015](#)

Beiträge aus der Statistik

636 [Entwicklung der Rinderhaltung in Bayern von 2008 bis 2015](#)

641 [Aktuelle Entwicklungen in der Hochschulstatistik](#)

659 [Strafverfolgungsstatistik und Aspekte aus der Strafvollzugsstatistik in Bayern 2014](#)

Gastbeitrag

668 [Die allgemeine Revisionspolitik des Statistischen Bundesamtes](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

675 [Die Rinderhaltung in Bayern 1947](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

677 [Tabellen](#)

686 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

11,8% der Fläche Bayerns dient Siedlungs- und Verkehrszwecken

Wie die Auswertung des amtlichen Liegenschaftskatasters der Vermessungsämter ergab, waren zum Stichtag 31. Dezember 2014 in Bayern gut 835 100 Hektar mit Siedlungs- und Verkehrsfläche bedeckt. Dies waren 11,8% der gesamten Landesfläche des Freistaats (rund 70 550 km²). Gegenüber Ende 2013 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche um weitere 3 940 Hektar bzw. 0,5% zu. Pro Tag bedeutete dies im Jahr 2014 eine zusätzliche Inanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke von durchschnittlich 10,8 Hektar, was der Fläche von 15 Fußballfeldern (70 m x 100 m) entspricht. Damit war der tägliche Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke geringer als im vorangegangenen Jahr (12,6 Hektar). Da die Siedlungs- und Verkehrsfläche in beachtlichem Umfang auch Grün- und Freiflächen umfasst, kann der oben genannte Flächenverbrauch nicht mit Versiegelung (Überbauung, Betonierung, Asphaltierung usw.) gleichgesetzt werden.

Mit knapp 430 300 Hektar nahm die Gebäude- und Freifläche Ende 2014 gut die Hälfte (51,5%) der Siedlungs- und Verkehrsfläche ein. Binnen Jahresfrist war dies eine Zunahme um 2 568 Hektar bzw. 0,6%. Damit wurden knapp zwei Drittel des Flächenverbrauchs durch Bautätigkeit verursacht. Die hierbei mitberücksichtigte Freifläche umfasst alle den Wohn-, Gewerbe- und Industriegebäuden zugehörigen unbebauten Flächen, wie z. B. Hofräume, Spielplätze, Grünflächen oder Stellplätze. Weitere 39,5% (329 800 Hektar) entfielen auf die Verkehrsfläche, also auf Straßen, Wege, Plätze, Schienen- und Luftverkehrsflächen. Im Vorjahresvergleich nahm die Verkehrsfläche nur geringfügig um 0,1% bzw. 484 Hektar zu. Ihr Ausbau trug knapp ein Achtel zum Flächenverbrauch im Jahr 2014 bei. 6,1% der Siedlungs- und Verkehrsfläche Bayerns (50 800 Hektar) waren als Erholungsflächen – insbesondere Grünanlagen, Campingplätze und Sportstätten – ausgewiesen. Gegenüber Ende

2013 erhöhte sich diese Fläche um 0,6% bzw. 285 Hektar.

In den einzelnen Regierungsbezirken lag der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche zwischen 13,6% in Mittelfranken und 10,7% in der Oberpfalz. Der höchste Flächenverbrauch binnen Jahresfrist erfolgte in Oberbayern mit 918 Hektar, der geringste in Oberfranken mit 258 Hektar.

Den Ergebnissen liegt erstmals das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) der Bayerischen Vermessungsverwaltung zugrunde. Es ersetzt das bisher als Datenbasis verwendete Automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB). Im Rahmen der ALKIS-Umstellung wurde in Bayern der gesamte Flächendatenbestand komplett neu erfasst. Während beim ALB die Flurstücke mit teils veralteten Nutzungsartenzuordnungen die Datengrundlage bildeten, basiert ALKIS auf digital ermittelten geometrischen Flächen, bei de-

Tab. Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern 2011 bis 2014
Stichtag jeweils 31. Dezember

Nutzungsart	2011		2012		2013		2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Gebäude- und Freifläche	422 256	51,4	424 746	51,4	427 705	51,5	430 273	51,5	2 568	0,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	18 019	2,2	18 772	2,3	19 531	2,3	20 083	2,4	552	2,8
Erholungsfläche	49 584	6,0	50 022	6,0	50 512	6,1	50 796	6,1	285	0,6
Verkehrsfläche	328 322	39,9	329 046	39,8	329 364	39,6	329 848	39,5	484	0,1
Friedhöfe	4 016	0,5	4 020	0,5	4 097	0,5	4 148	0,5	51	1,2
Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt	822 100	100	826 100	100	831 100	100	835 100	100	3 940	0,5
Flächenverbrauch je Tag	x	x	12,1	x	12,6	x	10,8	x	x	x

Den Ergebnissen liegt das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) zu Grunde. Der Vergleich mit vorangegangenen Jahren auf Basis des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) ist erheblich eingeschränkt, da nicht nur der gesamte Datenbestand aktualisiert, sondern z. T. auch Nutzungsartenzuordnungen geändert wurden.

nen überwiegend Luftaufnahmen genutzt wurden. Da bei der ALKIS-Umstellung nicht nur der Datenbestand aktualisiert, sondern auch die Nutzungsartenzuordnung teil-

weise geändert wurde, ist der Vergleich der ab 2011 vorliegenden ALKIS-basierten Daten mit den ALB-Daten der vorangegangenen Jahre erheblich eingeschränkt.

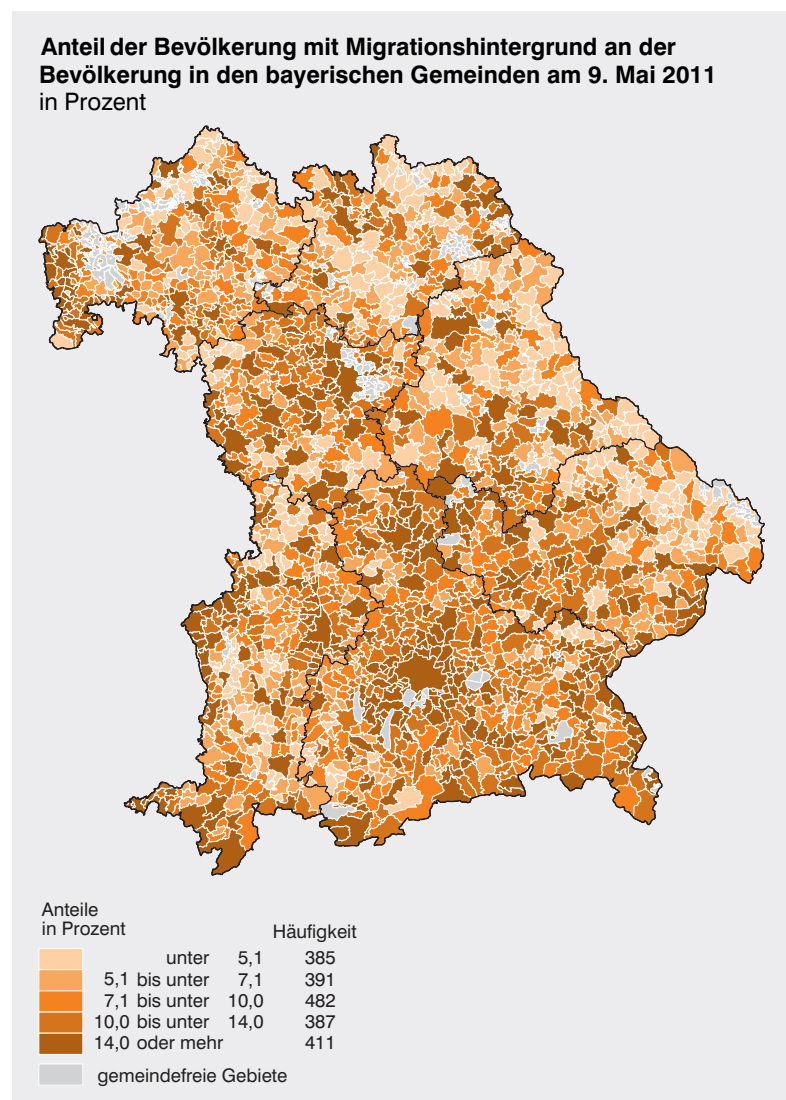
Ausführliche Ergebnisse enthält der voraussichtlich im Herbst erscheinende Statistische Bericht A V 1 „Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2014“ (Bestellnummer: A5111C 201400, nur als Datei).*

Zensus 2011: In den kleinen Gemeinden Bayerns hat jeder Zwölfte einen Migrationshintergrund

Beim Zensus 2011 kam eine neue Methode zum Einsatz: Neben den traditionellen Elementen einer Volkszählung in Form von Direktbefragungen der Bevölkerung wurden auch Daten durch Auswertung der Melderegister der Kommunen gewonnen. Dadurch ist es möglich, ein vollständig regionalisiertes Bild über die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern darzustellen.

Die Ergebnisse zeigen, dass in den acht bayerischen Großstädten im Durchschnitt fast jeder Dritte (31,0%) einen Migrationshintergrund hatte. Während in den Gemeinden mit einer Größe von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern durchschnittlich 28,8% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund aufwies, traf dies in Gemeinden mit 10 000 bis unter 50 000 Einwohnern auf etwa jede fünfte Person (19,7%) zu. In Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern lag der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bei 13,2% und in den 1 522 kleinen Gemeinden mit unter 5 000 Einwohnern betrug der Anteil im Durchschnitt nur noch 8,0%.

Dabei waren im Freistaat deutliche regionale Unterschiede zu verzeichnen. In den nordöstlich gelegenen bayerischen Gemeinden – vor allem in den grenznahen Gemeinden zu Tschechien – lebten anteilig weni-



ge Personen mit Migrationshintergrund. Eine Ausnahme bildeten hier vor allem die oberfränkischen Gemeinden Hof, Marktredwitz und Wunsiedel, in denen jeder Fünfte einen Migrationshintergrund aufwies. Hohe Anteile an Personen mit

Migrationshintergrund zeigt sich auch in den Gemeinden der Ballungsräume München, Augsburg, Ingolstadt und Nürnberg-Fürth-Erlangen, sowie in den Grenzgemeinden zu Österreich.

Betrachtet man die in Bayern häufigsten Herkunftsländer der Personen mit Migrationshintergrund, zeigt sich, dass in den Gemeinden entlang der Grenze zu Tschechien anteilmäßig viele Personen aus Osteuropa kommen. Durchschnittlich stammen in den Gemeinden der Landkreise Hof, Wunsiedel im Fichtelgebirge, Tirschenreuth, Neustadt a.d. Waldnaab, Schwandorf, Cham und Regen 11,5% der Personen mit Migrationshintergrund aus Tschechien, 11,3% aus Polen, 7,8% aus Kasachstan, 6,5% aus der Türkei, 5,2% aus der Russischen Föderation und 4,7% aus Rumänien.

Österreichische Wurzeln hatten im Durchschnitt dagegen 18,1% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den östlichen Ge-

meinden entlang der österreichischen Grenze d. h. in den Gemeinden der Landkreise Freyung-Grafenau, Passau, Rottal-Inn und Altötting sowie in den südlich der Landeshauptstadt München liegenden Kreisen Erding, Ebersberg, München und Fürstfeldbruck. Die aus der Türkei stammenden Personen waren hier mit 4,4% vergleichsweise gering vertreten. Ein ebenso deutliches Bild zeigt sich in den südlichsten Gemeinden Bayerns (der Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein, Rosenheim, Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau, Ostallgäu, Oberallgäu, Lindau), in denen durchschnittlich 21,2% der Personen mit Migrationshintergrund aus Österreich stammen.

Weitere Ergebnisse des Zensus 2011 stehen der interessierten Öffentlichkeit in einer frei zugänglichen Zensusdatenbank zur Verfügung unter: <https://ergebnisse.zensus2011.de>.

* Methodischer Hinweis: Bislang standen Informationen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus dem Zensus 2011 nur für Bund, Länder, Kreise und Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern zur Verfügung. Im Gegensatz zu den bislang veröffentlichten Zahlen basieren die jetzigen Ergebnisse nicht auf der Hochrechnung von Stichprobenergebnissen, sondern es handelt sich um Auszählungsergebnisse aus dem bereinigten Registerbestand.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Zensus 2011: Gemeindedaten Bevölkerung mit Migrationshintergrund“.*

Höchste Geburtenzahl in Bayern seit 2001

Im Jahr 2014 kamen in Bayern 113 935 Babys lebend zur Welt, davon 55 240 Mädchen und 58 695 Jungen. Das waren rund 4,0% mehr (+4 373) als im Vorjahr 2013. Die Zunahme von Geburten in ehelichen Familien lag mit 3,8% leicht unter der durchschnittlichen Geburtenentwicklung. Die Zahl der außerhalb einer Ehe geborenen Kinder stieg im Vergleich dazu um

4,5% an. Insgesamt wurde aber auch im Jahr 2014 mit 73% (83 054) die große Mehrzahl der Kinder innerhalb einer Ehe geboren. Dennoch lag auch der Anteil der Kinder, die in nicht ehelichen Familien zur Welt kamen, mit 27% weiterhin auf einem hohen Niveau. Dieser Wert hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre mehr als verdoppelt.

Alle Regierungsbezirke registrierten im Jahr 2014 Geburtenanstiege. Die deutlichste Zunahme ergab sich für den Regierungsbezirk Oberpfalz (+5,0%), gefolgt von Oberfranken (+4,5%), Schwaben (+4,2%), Oberbayern (+4,1%), Niederbayern (+3,9%), Mittelfranken (+3,3%) und Unterfranken (+3,0%).

Tab. Lebendgeborene und Gestorbene in Bayern 2014					
Regierungsbezirk	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)
	Anzahl	Veränderung in Prozent ¹	Anzahl	Veränderung in Prozent ¹	
Oberbayern	44 704	4,1	38 878	- 1,7	5 826
Niederbayern	9 838	3,9	12 571	0,3	- 2 733
Oberpfalz	9 076	5,0	11 278	- 2,3	- 2 202
Oberfranken	8 129	4,5	12 308	- 3,7	- 4 179
Mittelfranken	15 519	3,3	17 898	- 1,6	- 2 379
Unterfranken	10 668	3,0	13 484	- 4,1	- 2 816
Schwaben	16 001	4,2	17 712	- 2,9	- 1 711
Bayern	113 935	4,0	124 129	- 2,2	- 10 194

1 Gegenüber dem Vorjahr 2013.

Gleichzeitig ist in Bayern die Zahl der Sterbefälle um 2 774 auf 124 129 gesunken. Dennoch konnten auch im Jahr 2014 die natürlichen Bevölkerungsverluste durch Sterbefälle nicht über Geburten ausgeglichen werden. Dieser Trend ist bereits seit dem Jahr 2001 zu beobachten. Allerdings hat sich 2014 der Sterbefallüberschuss gegenüber dem Vorjahr von -17 341 auf -10 194 deutlich verringert.

Auf Ebene der Regierungsbezirke fiel lediglich für Oberbayern die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Lebendgeborene minus Gestorbene) weiterhin positiv aus. Aufgrund der Zunahme der Geburten und des Rückgangs der Sterbefälle erhöhte sich der Geburtenüberschuss in Oberbayern von 3 370 auf 5 826. Im Jahr 2014 verbuchten die sechs weiteren Regierungsbezirke gegenüber dem Vorjahr geringere Sterbefallüber-

schüsse. Der niedrigste natürliche Bevölkerungsrückgang 2014 im Vergleich zum Vorjahr ergab sich für den Regierungsbezirk Schwaben (-1 711), gefolgt von der Oberpfalz (-2 202), Mittelfranken (-2 379), Niederbayern (-2 733), Unterfranken (-2 816) und Oberfranken (-4 179).

Weitere Daten zu Geburten und Sterbefällen in Bayern unter www.statistik.bayern.de/statistik/bevoelkerungsbewegung.



Erwerbstätigkeit

Gut 27% der Erwerbstätigen in Bayern arbeiteten im Jahr 2014 auch sonn- und feiertags

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, arbeiteten im Jahr 2014 gut 27% der 6,7 Millionen Erwerbstätigen auch an Sonn- und Feiertagen. Erwerbstätige Männer gingen zu knapp 29% und Frauen mit 26% am Sonntag oder einem Feiertag ihrer Arbeit nach. Zehn Jahre zuvor lagen die jeweiligen Anteile an der Sonn- und Feiertagsarbeit noch etwas niedriger. 2004 arbeiteten nur 26% der Männer und 23% der Frauen an Ruhetagen. Somit stieg der Anteil der Erwerbstätigen, die an diesen Tagen aktiv waren, im 10-Jahres-Vergleich um knapp drei Prozentpunkte.

Knapp die Hälfte (47%) der an Sonn- und Feiertagen erwerbstätigen Personen arbeitete 2014 jedoch nur gelegentlich an diesen Tagen (2004: rund 51%). Regelmäßig tätig waren dagegen knapp 40% (2004: gut 29%) und 13% (2004: knapp 20%) waren sogar ständig arbeitsbedingt im Einsatz.

Die Ruhetagsarbeit betraf im Jahr 2014 vor allem Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (51%) sowie „Öffentliche und private Dienstleistungen“ (ohne öffentliche Verwaltung) mit knapp 40%, gefolgt von „Verkehr; Lagerei; Kommunikation“ mit knapp 28%. Im Baugewer-

be wurde dagegen nur selten (7%) an Sonn- und Feiertagen gearbeitet. Am häufigsten aktiv waren an Sonn- und Feiertagen unbezahlt mithelfende Familienangehörige (69%). Auch gut die Hälfte aller Selbstständigen (rund 52%) gab an, in dieser Zeit ihrer Arbeit nachzugehen.

Methodische Hinweise

Die vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus 2014 wurden auf einen neuen Hochrechnungsrahmen umgestellt. Grundlage hierfür sind die aktuellen Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung, die auf den Daten des Zensus 2011 basieren.

Ausführliche Ergebnisse enthält der demnächst erscheinende Statistische Bericht „Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2014; Teil II der Ergebnisse der 1%-Mikrozensususerhebung“ (Bestellnummer: A6202C 201400, nur als Datei).*



Rechtspflege

Weniger Verurteilungen in Bayern 2014

Im Jahr 2014 lag die Zahl der abgeurteilten Personen, gegen die ein Strafverfahren vor bayerischen Gerichten rechtskräftig abge-

schlossen wurde, mit 145 846 um 2,8% niedriger als im Jahr 2013. Die Gerichte entschieden 2014 in 82,1% der Fälle oder bei 119 697

Beschuldigten auf eine Verurteilung. Die Gesamtzahl der Verurteilungen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,4%. In 15,1%

Tab. Rechtskräftig Abgeurteilte in Bayern seit 2005 nach Art der Entscheidung

Jahr	Abgeurteilte insgesamt	davon				
		Verurteilte	davon		Freisprüche	Verfahren eingestellt oder sonstige Entscheidungen ¹
			nicht vorbestraft	vorbestraft		
2005	179 171	147 227	81 981	65 246	4 180	27 764
2006	172 655	140 853	77 374	63 479	4 209	27 593
2007	170 988	139 421	74 895	64 526	4 036	27 531
2008	164 065	133 476	70 045	63 431	4 233	26 356
2009	157 758	126 576	66 119	60 457	4 217	26 965
2010	155 505	125 229	65 861	59 368	4 279	25 997
2011	154 450	125 410	65 702	59 708	3 996	25 044
2012	149 804	121 876	65 013	56 863	3 994	23 934
2013	150 085	122 693	66 006	56 687	4 055	23 337
2014	145 846	119 697	65 283	54 414	3 975	22 174

¹ Als „sonstige Entscheidung“ zählen: Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung (auch neben Freispruch oder Einstellung), außerdem das Absehen von Strafe und die Überweisung an das Familiengericht gemäß § 53 JGG.

der Fälle, d. h. bei 22 009 Personen, wurde das Verfahren eingestellt. Nur 2,7 % der Verfahren (3 975 Personen) endeten mit einem Freispruch. Die restlichen 165 Fälle (0,1 %) wurden durch „sonstige Entscheidungen“ beendet.*

Von den 119 697 Verurteilungen des Jahres 2014 richteten sich 102 707 oder 85,8 % gegen Personen im Alter ab 21 Jahren (Erwachsene), 10 556 oder 8,8 % gegen Heranwachsende (Personen zwischen 18 bis unter 21 Jahren) und 6 434 oder 5,4 % gegen strafmündige Jugendliche mit einem Alter von 14 bis unter 18 Jahren.

Im Berichtszeitraum befanden sich unter den Verurteilten 22 933 Frauen, das waren um 1,3 % weniger als im Jahr 2013. Ihr Anteil an allen Verurteilten betrug 19,2 %.

Von den Verurteilten waren, soweit von diesen Personen entsprechende Angaben vorlagen, 54 414 vorbestraft. Dies waren 45,5 % aller Verurteilten. Von diesen schon früher Straffälligen waren 37 810 bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, unter ihnen 10 467 Personen drei- oder viermal und 18 458 fünfmal oder öfter. Insgesamt waren 81 344 (68,0 %) der im Jahr 2014 für schuldig befundenen Personen Deutsche; das

ist eine Abnahme um 5,9 %. Der Anteil der Ausländer oder Staatenlosen an allen Verurteilten lag bei 32,0 % und damit etwas höher als im Vorjahr (29,5 %). Die Bürger aller 28 EU-Staaten waren mit 50,0 % an allen verurteilten Ausländern vertreten, 0,9 % waren Staatenlose.

* Als „sonstige Entscheidung“ zählen: Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung (auch neben Freispruch oder Einstellung), außerdem das Absehen von Strafe und die Überweisung an das Familiengericht gemäß § 53 JGG.

Weitere Informationen zur Strafverfolgungsstatistik 2014 finden Sie in dieser Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ im Artikel „Strafverfolgungsstatistik und Aspekte aus der Strafvollzugsstatistik in Bayern 2014“ auf Seite 659 bis 667.*



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bayerische Hühner legten im ersten Halbjahr 2015 660 Millionen Eier

In Bayern wurden im ersten Halbjahr 2015 von den Legehennenbetrieben mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen 660,1 Millionen Eier erzeugt. Hierzu wurden im Monatsdurchschnitt 4,34 Millionen Legehennen gehalten. Im Durchschnitt legte jede Henne in Bayern von Januar bis Juni dieses Jahres 25 Eier pro Monat. Damit hätte jeder Einwohner Bayerns in der ers-

ten Jahreshälfte mit 52 heimischen Eiern versorgt werden können. Die Auslastung der Stallkapazität lag im Mittel bei knapp 87 %.

Gut 62 % der Eier (410,8 Millionen) wurden in den 25 Großbetrieben mit mindestens 30 000 Hennenhaltungsplätzen erzeugt. Jeder dieser Betriebe besaß im Schnitt fast 104 000 Hennen. Diese wiesen mit

158 Eiern auch eine überdurchschnittliche Legeleistung auf. In den kleineren Betrieben wurden je Henne in den ersten sechs Monaten dagegen „nur“ 143 Eier gelegt. Ursächlich für die unterschiedliche Legeleistung sind neben der Rasse insbesondere die Haltungsform sowie die Größe der Eier.

Seit dem Verbot der konventionellen Käfighaltung in Deutschland ab Beginn des Jahres 2010 ist die Bodenhaltung in Bayern die dominierende Haltungsform. Folglich stammte gut die Hälfte der Eier (336,3 Millionen) aus Boden-

haltung. Aus Käfighaltung (Kleingruppenhaltung und ausgestaltete Käfige) kamen fast 30% der Eier (196,8 Millionen). Außerdem wurden knapp 13% der Eier (84,1 Millionen) von Hennen in Freilandhaltung gelegt, und bei etwa jedem

fünfzehnten Ei (42,9 Millionen) handelte es sich um ein Bio-Ei.



Verarbeitendes Gewerbe

Bayerische Industrieproduktion im Juli 2015 um 1,9% über dem Vorjahresniveau

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“) konnte im Juli 2015 gegenüber dem Vorjahresergebnis ein Plus von 1,9% verzeichnen. Die Produktion bei den Investitionsgüterpro-

duzenten erhöhte sich um 2,4%, im Vorleistungsgüterbereich um 1,1% und bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 1,5%.

Im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Jahres 2014 konnte im entsprechenden Zeitraum 2015 ein Produktionszuwachs von 1,5% verbucht werden. Die Investitions-

güterproduzenten erhöhten ihre Produktionstätigkeit um 1,8%, der Vorleistungsgüterbereich um 0,9%. Der Verbrauchsgütersektor erreichte ein leichtes Plus von 0,3%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern Juli 2015“ (Bestellnummer: E1200C 201507, nur als Datei).*

Tab. Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2015 Ergebnisse für Betriebe mit 50 oder mehr tätigen Personen				
Bezeichnung	April	Mai	Juni	Juli
	2015			
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2010 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	110,5	106,2	116,8	122,2
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	114,9	114,1	123,8	132,0
Maschinenbau	110,3	105,8	117,7	121,9
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	103,6	96,0	106,3	114,6
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	107,9	104,4	122,4	120,7
Veränderung zum Vorjahr in Prozent				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	0,5	- 4,2	8,1	1,9
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	- 2,3	- 6,2	7,9	1,5
Maschinenbau	3,8	- 0,2	10,7	3,5
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	- 1,5	- 10,5	7,3	- 2,0
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	5,0	1,4	13,4	8,7



Handel und Dienstleistungen

4% mehr Umsatz für Bayerns Einzelhandel im August 2015

Nach ersten Ergebnissen stieg der Umsatz im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im August 2015 im Vergleich

zum Vorjahresmonat nominal um 3,9% und real um 4,1%. Die Zahl der Beschäftigten des Einzelhandels wuchs um 1,0% (Vollzeit-

beschäftigte: +1,0%; Teilzeitbeschäftigte: +1,1%). Der Handel in Verkaufsräumen erzielte im August ein nominales Umsatzplus

Tab. Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im August und im Jahr 2015
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
August					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	4,2	3,7	2,0	3,1	1,5
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	3,8	4,3	0,4	0,0	0,7
Einzelhandel insgesamt²	3,9	4,1	1,0	1,0	1,1
davon in Verkaufsräumen	4,0	3,6	1,2	1,3	1,1
mit Waren verschiedener Art	4,3	3,8	1,5	2,5	1,1
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	4,8	3,6	2,5	4,4	1,2
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	3,1	10,9	3,0	3,5	2,7
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	4,1	6,5	2,8	0,8	8,8
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	3,4	2,7	- 0,9	0,6	- 3,2
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	0,4	- 1,2	- 1,2	- 0,1	- 2,2
mit sonstigen Gütern	4,3	2,7	1,3	0,1	2,0
an Verkaufsständen und auf Märkten	0,9	- 0,9	3,7	3,0	4,0
sonstiger Einzelhandel	3,6	8,5	- 1,8	- 3,4	0,5
darur Versand- und Internet-Einzelhandel	10,3	9,9	- 3,1	- 3,8	- 2,1
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	- 21,2	3,7	1,3	1,5	1,1
Januar bis August					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	2,4	1,9	1,6	1,6	1,6
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	3,8	4,4	0,1	- 0,3	0,5
Einzelhandel insgesamt²	3,2	3,5	0,7	0,3	0,9
davon in Verkaufsräumen	3,0	2,7	0,9	0,7	1,1
mit Waren verschiedener Art	2,4	2,1	1,2	1,1	1,2
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	1,7	0,6	2,0	2,2	1,9
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	- 2,3	5,0	1,6	0,6	2,3
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	3,2	7,4	1,1	- 1,0	7,5
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2,1	1,4	- 1,3	0,3	- 3,7
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	3,3	2,1	- 1,0	0,9	- 2,6
mit sonstigen Gütern	5,2	3,6	1,4	0,4	2,0
an Verkaufsständen und auf Märkten	1,4	0,4	0,6	4,9	- 1,2
sonstiger Einzelhandel	5,8	10,0	- 3,8	- 4,8	- 2,2
darur Versand- und Internet-Einzelhandel	10,9	11,2	- 4,7	- 5,2	- 4,1
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	- 16,0	4,7	- 0,3	- 1,2	1,0

1 In Preisen des Jahres 2010.

2 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

von 4,0% (real: +3,6%). Mit Ausnahme des Einzelhandels mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (nominal: +0,4%; real: -1,2%) verzeichneten alle Wirtschaftsprüfung des Einzelhandels in Verkaufsräumen im August einen nominalen und realen Umsatzzuwachs. Im Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten stieg der nominale Umsatz um 0,9% (real: -0,9%). Der sonstige Einzelhandel verzeichnete im August einen nominalen Umsatzzuwachs von

3,6% und einen realen Umsatzzuwachs von 8,5%, darunter erzielte der Versand- und Internet-Einzelhandel eine nominale Umsatzsteigerung von 10,3% und eine reale Umsatzsteigerung von 9,9%.

Von Januar bis August 2015 nahm der Umsatz des bayerischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal um 3,2% und real um 3,5% zu. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 0,7%, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten

um 0,3% zunahm und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 0,9%.

Hinweis

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im August 2015“ (Bestellnummer: G1100C 201508, nur als Datei).*

Handel Bayerns mit sechs Ausfuhr- und drei Einfuhrländern im Juli 2015 bei über einer Milliarde Euro

Nach vorläufigen Ergebnissen stiegen die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft im Juli 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,3% auf knapp 16,4 Milliarden Euro. Waren im Wert von fast 8,8 Milliarden Euro wurden in die EU-Mitgliedsstaaten exportiert (+6,2%), in die Euro-Länder gingen Waren im Wert von nahezu 5,4 Milliarden Euro (+5,2%). Zeitgleich importierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von gut 14,4 Milliarden

Euro (+8,4%). Waren im Wert von knapp 8,5 Milliarden Euro bezog sie aus den Ländern der Europäischen Union (+6,6%), aus den Ländern der Euro-Zone importierte sie Waren im Wert von fast 5,0 Milliarden Euro (+2,0%).

Einen Exportwert von über einer Milliarde erzielte Bayerns Wirtschaft im Juli 2015 in den USA (2,3 Milliarden Euro; +22,0%), im Vereinigten Königreich (1,4 Milliar-

den Euro; +15,9%), in der Volksrepublik China (1,3 Milliarden Euro; 17,9%), in Österreich (1,2 Milliarden Euro; +4,9%), in Frankreich (1,1 Milliarden Euro; +5,8%) und in Italien (1,0 Milliarden Euro; +8,0%). Waren im Wert von über einer Milliarde Euro importierte Bayern im Juli 2015 aus der Volksrepublik China (1,4 Milliarden Euro; +20,5%), aus Österreich (1,3 Milliarden Euro; -4,5%) und aus den USA (1,1 Milliarden Euro;

Tab. Außenhandel Bayerns im Juli und im Jahr 2015
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Juli				
Europa	10 007 380	4,0	9 889 174	9,3
dar. EU-Länder (EU-28)	8 781 775	6,2	8 484 632	6,6
dar. Euro-Länder	5 378 906	5,2	4 969 551	2,0
dar. Frankreich	1 100 384	5,8	557 730	0,4
Italien	1 018 982	8,0	977 511	4,1
Österreich	1 232 585	4,9	1 336 619	-4,5
Vereinigtes Königreich	1 431 187	15,9	447 594	-17,8
Tschechische Republik	509 509	2,3	979 789	5,4
Afrika	289 794	19,2	287 272	-39,5
Amerika	2 866 805	17,5	1 242 745	28,4
dar. USA	2 290 864	22,0	1 067 682	29,5
Asien	3 042 570	-6,6	2 978 872	7,0
dar. Volksrepublik China	1 250 557	-17,9	1 359 724	20,5
Australien-Ozeanien	186 528	22,6	12 504	-13,1
Verschiedenes ¹	1 308	-2,5	-	x
Insgesamt	16 394 387	4,3	14 410 567	8,4
Januar bis Juli				
Europa	65 127 328	5,3	64 283 601	5,0
dar. EU-Länder (EU-28)	57 414 694	7,9	55 603 203	6,0
dar. Euro-Länder	35 273 341	4,3	32 772 115	2,5
dar. Frankreich	7 105 769	4,7	3 790 191	2,4
Italien	6 458 166	3,7	6 104 260	-2,0
Österreich	7 891 040	3,6	8 753 617	-1,8
Vereinigtes Königreich	9 096 180	24,1	3 276 001	-8,0
Tschechische Republik	3 393 340	3,0	6 328 712	2,3
Afrika	1 693 157	2,4	1 922 685	-22,8
Amerika	16 592 612	15,2	7 959 153	25,9
dar. USA	12 972 882	17,6	6 822 966	27,6
Asien	19 324 376	-5,2	19 042 807	11,1
dar. Volksrepublik China	8 652 822	-11,8	8 195 926	19,8
Australien-Ozeanien	956 950	4,9	75 079	0,4
Verschiedenes ¹	8 578	20,9	21	100
Insgesamt	103 703 001	4,5	93 283 346	6,9

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

+29,5%). Der Wert der Importe aus der Tschechischen Republik lag bei knapp einer Milliarde Euro (+5,4%). In den ersten sieben Monaten 2015 erzielte Bayerns Wirt-

schaft ein Exportvolumen von rund 103,7 Milliarden Euro (+4,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum) und ein Importvolumen von knapp 93,3 Milliarden Euro (+6,9%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2015“ (Bestellnummer: G3000C 201507, nur als Datei).*



Tourismus

Gäste-Boom in München im Jahr 2014

Das Reiseland Bayern erfreut sich einer hohen und weiterhin steigenden Beliebtheit. 32,5 Millionen Gästeankünfte in den Beherbergungsbetrieben* Bayerns im Jahr 2014 bedeuten einen Anstieg der Gästezahl von 15% gegenüber dem Jahr 2010 und von 36% gegenüber dem Jahr 2000. Während die Zahl der Gästeankünfte in den letzten 30 Jahren überwiegend zunahm, schwankte die Zahl der

Übernachtungen teilweise deutlich. So wurde das Niveau der Jahre 2000 und 2001 erst im Jahr 2011 wieder erreicht. Im Jahr 2014 lag die Zahl der Übernachtungen bei 85,2 Millionen, dies sind 9% mehr als im Jahr 2000 und gut 9% mehr als im Jahr 2010.

Ursächlich für unterschiedliche Entwicklung der Zahl der Gästeankünfte und der Übernachtungen

ist, dass die Gäste zwar öfter, aber im Schnitt immer kürzer in einem Beherbergungsbetrieb übernachten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Gastes lag im Jahr 2000 bei 3,3 Tagen, bis 2010 nahm sie auf knapp 2,8 Tage ab. Im Jahr 2014 lag sie nur noch bei gut 2,6 Tagen.

Die Mehrzahl der bayerischen Tourismusregionen verzeichnete im

Tab. Gästeankünfte und -übernachtungen in Bayern in ausgewählten Jahren seit 2010 nach Tourismusregionen

Tourismusregion ¹ (Einteilung der Gebiete nach Tourismusverbänden)	Gästeankünfte insgesamt ²				Gästeübernachtungen insgesamt ²			
	2010	2014	Veränderung in Prozent		2010	2014	Veränderung in Prozent	
			2014 gegenüber 2010	01/2015 - 07/2015 gegenüber 01/2014 - 07/2014			2014 gegenüber 2010	01/2015 - 07/2015 gegenüber 01/2014 - 07/2014
Franken								
dav. Naturpark Altmühltal	633 370	686 081	8,3	2,8	1 237 455	1 411 911	14,1	-0,4
Fichtelgebirge	449 244	481 439	7,2	5,9	1 154 862	1 168 846	1,2	4,1
Fränkische Schweiz	368 392	395 030	7,2	5,4	875 692	940 459	7,4	0,6
Fränkisches Seenland	267 610	309 899	15,8	5,5	829 067	917 209	10,6	6,0
Fränkisches Weinland	1 067 123	1 214 139	13,8	7,9	1 893 251	2 142 881	13,2	6,5
Nürnberger Land	218 821	237 966	8,7	1,5	489 273	503 247	2,9	-0,9
Frankenwald	239 518	235 858	-1,5	-0,9	810 466	771 949	-4,8	-0,3
Haßberge	100 095	137 258	37,1	-0,3	266 405	313 688	17,7	5,1
Oberes Maintal - Coburger Land	329 074	327 876	-0,4	2,5	1 068 163	1 081 296	1,2	-1,3
Rhön	526 116	579 620	10,2	8,6	2 759 655	2 907 016	5,3	1,5
Romantisches Franken - vom Naturpark Frankenhöhe zur Romantischen Straße	660 766	744 614	12,7	6,1	1 231 162	1 302 315	5,8	5,3
Spessart-Mainland	543 863	618 712	13,8	8,1	1 099 635	1 268 186	15,3	10,5
Städteregion Nürnberg	1 765 830	2 025 846	14,7	6,4	3 173 352	3 676 816	15,9	3,8
Steigerwald	679 369	778 898	14,7	8,0	1 619 292	1 751 201	8,1	6,5
Zusammen	7 849 191	8 773 236	11,8	6,0	18 507 730	20 157 020	8,9	3,6
Ostbayern								
dav. Bayerischer Wald	1 579 806	1 729 822	9,5	4,2	6 915 248	6 896 858	-0,3	2,6
Oberpfälzer Wald	299 182	323 312	8,1	7,3	817 539	837 523	2,4	6,7
Ostbayerische Städte	995 287	1 056 004	6,1	4,9	1 775 233	1 886 288	6,3	3,3
Bayerischer Jura	401 561	448 960	11,8	8,9	904 080	954 068	5,5	7,3
Bayerisches Golf- und Thermenland	1 023 044	1 204 808	17,8	-0,1	5 458 143	5 790 390	6,1	-1,4
Zusammen	4 298 880	4 762 906	10,8	4,0	15 870 243	16 365 127	3,1	1,9

Noch: Tab. **Gästeankünfte und -übernachtungen in Bayern in ausgewählten Jahren seit 2010 nach Tourismusregionen**

Tourismusregion ¹ (Einteilung der Gebiete nach Tourismusverbänden)	Gästeankünfte insgesamt ²				Gästeübernachtungen insgesamt ²			
	2010	2014	Veränderung in Prozent		2010	2014	Veränderung in Prozent	
			2014 gegenüber 2010	01/2015 - 07/2015 gegenüber 01/2014 - 07/2014			2014 gegenüber 2010	01/2015 - 07/2015 gegenüber 01/2014 - 07/2014
Allgäu / Bayerisch-Schwaben								
dav. Allgäu	2 574 825	3 062 945	19,0	10,0	10 385 928	11 156 300	7,4	6,1
Bayerisch-Schwaben	1 304 361	1 523 426	16,8	1,8	2 470 873	2 832 921	14,7	0,8
Zusammen	3 879 186	4 586 371	18,2	7,2	12 856 801	13 989 221	8,8	5,0
München-Oberbayern								
dav. Landeshauptstadt München	5 572 955	6 593 883	18,3	6,1	11 095 710	13 448 024	21,2	5,3
Münchener Umland	2 123 850	2 624 153	23,6	5,8	3 854 709	4 637 136	20,3	4,4
Oberbayerns Städte	369 253	456 924	23,7	2,0	660 283	867 603	31,4	- 0,1
Ammersee-Lech	111 224	111 150	- 0,1	4,0	260 071	256 697	- 1,3	3,1
Starnberger Fünf-Seen-Land	254 455	276 846	8,8	1,1	639 502	667 868	4,4	3,7
Pfaffenwinkel	155 873	160 833	3,2	- 1,8	522 408	547 001	4,7	- 1,7
Zugspitz-Region	832 519	888 552	6,7	9,9	2 802 411	2 969 395	6,0	6,9
Tölzer Land	337 783	370 638	9,7	- 1,6	1 080 357	1 167 170	8,0	0,4
Alpenregion Tegernsee Schliersee	558 689	661 471	18,4	5,7	1 932 673	2 120 404	9,7	3,4
Ebersberger Grünes Land	161 120	169 161	5,0	10,7	332 716	358 586	7,8	11,9
Inn-Salzach	183 349	193 073	5,3	- 0,6	380 117	420 335	10,6	- 2,1
Berchtesgadener Land	527 542	618 178	17,2	5,8	2 585 598	2 644 430	2,3	3,7
Chiemsee-Alpenland	691 484	791 070	14,4	6,0	2 255 006	2 407 484	6,8	3,8
Chiemgau	539 167	614 616	14,0	4,8	2 604 192	2 632 302	1,1	1,5
Zusammen	12 419 263	14 530 548	17,0	5,6	31 005 753	35 144 435	13,3	4,2
Bayern insgesamt	28 288 883	32 461 570	14,8	5,8	77 876 550	85 222 283	9,4	3,8

1 Doppelzählungen aufgrund von Doppelzuordnungen von Gemeinden zu zwei Tourismusregionen.
 2 Jeweils vorläufige Ergebnisse (Stand Berichtsmonat Dezember bzw. Juli).

Zeitraum 2010 bis 2014 deutliche Zuwächse bei Gästeankünften und Übernachtungen. Die Landeshauptstadt München, nach dem Gästeaufkommen Bayerns größte Tourismusregion, meldete rund ein Fünftel mehr Gästeankünfte und Übernachtungen. 6,6 Millionen Gästeankünfte bedeuten ein Plus von 1,0 Millionen, 13,4 Millionen Übernachtungen ein Plus von 2,4 Millionen.

Im Jahr 2014 zählten die 14 Tourismusregionen im Bereich München-Oberbayern zusammen 14,5 Millionen Gästeankünfte (+17% gegenüber 2010) und 35,1 Millionen Übernachtungen (+13%). Neben München verbuchten das Münchener Umland und die Region „Oberbayerns Städte“ (Ingolstadt, Landkreise Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen a.d. Ilm) zweistellige Zuwächse

bei den Gästeankünften und Übernachtungen.

4,6 Millionen Gästeankünfte (+18% gegenüber 2010) und 14,0 Millionen Übernachtungen (+9%) meldeten die beiden Tourismusregionen im Regierungsbezirk Schwaben – Allgäu und Bayerisch-Schwaben – für das Jahr 2014. Im Jahr 2014 übernachteten in den fünf ostbayerischen Tourismusregionen zusammen 4,8 Millionen Gäste (+11% gegenüber 2010) 16,4 Millionen Mal (+3%).

In den 14 fränkischen Tourismusregionen zusammen stieg die Zahl der Gäste von 2010 auf 2014 um 12% auf 8,8 Millionen. Zeitgleich wuchs die Zahl der Übernachtungen um 9% auf 20,2 Millionen. Fünf Tourismusregionen (Fränkisches Seenland, Fränkisches Weinland, Haßberge, Spessart-

Mainland und Städteregion Nürnberg) verzeichneten dabei zweistellige Zuwachsraten bei den Gästeankünften und Übernachtungen.

Der Aufwärtstrend im bayerischen Fremdenverkehr setzte sich auch in den ersten sieben Monaten 2015 fort: Die Zahl der Gästeankünfte in Bayern stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 6%, die Zahl der Übernachtungen um nahezu 4%.

* Ab dem Berichtsjahr 2012: Geöffnete Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen. Bis zum Berichtsjahr 2011: Geöffnete Beherbergungsbetriebe mit neun oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit drei oder mehr Stellplätzen. Der Einfluss der Änderung der Abschneidegrenze auf die Ergebnisse ist jedoch gering.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die monatlich erscheinenden Statistischen Berichten zum „Tourismus in Bayern“ (Bestellnummer: G41003 201507, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*



Verkehr

Im Juli 2015 mehr Straßenverkehrsunfälle in Bayern

Im Juli 2015 stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um 5,1%. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 36 287 Unfälle (Juli 2014: 34 528). Bei diesen Unfällen kamen in 6 025 Fällen Personen zu Schaden – gegenüber Juli 2014 ein Anstieg um 4,3%.

Im Juli 2015 verunglückten etwas mehr Verkehrsteilnehmer (7 652;

+1,0% gegenüber Juli 2014) als im Vorjahresmonat. Es ereigneten sich 71 Todesfälle (+20,3%), 1 331 Personen wurden schwer (+1,9%) und 6 250 leicht verletzt (+0,6%).

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 ereigneten sich 219 401 Unfälle und damit 3,4% mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Anzahl der Verunglückten hinge-

gen sank im Vergleichszeitraum um 3,6%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juli 2015“ (Bestellnummer: H1101C 201506, nur als Datei).*

Tab. **Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Juli 2015**
Vorläufige Ergebnisse

Unfälle — Verunglückte	Juli		Veränderung		Januar bis Juli		Veränderung	
	2015	2014 ¹			2015	2014 ¹		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	36 287	34 528	1 759	5,1	219 401	212 183	7 218	3,4
dav. Unfälle mit Personenschaden	6 025	5 774	251	4,3	29 776	30 832	- 1 056	- 3,4
Unfälle mit nur Sachschaden	30 262	28 754	1 508	5,2	189 625	181 351	8 274	4,6
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	737	834	- 97	- 11,6	5 759	5 421	338	6,2
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	136	143	- 7	- 4,9	1 021	980	41	4,2
übrige Sachschadensunfälle	29 389	27 777	1 612	5,8	182 845	174 950	7 895	4,5
Verunglückte insgesamt	7 652	7 579	73	1,0	39 549	41 015	- 1 466	- 3,6
dav. Getötete	71	59	12	20,3	346	360	- 14	- 3,9
Verletzte	7 581	7 520	61	0,8	39 203	40 655	- 1 452	- 3,6
dav. Schwerverletzte	1 331	1 306	25	1,9	6 527	6 927	- 400	- 5,8
Leichtverletzte	6 250	6 214	36	0,6	32 676	33 728	- 1 052	- 3,1

1 Endgültige Ergebnisse.

Fast 4 % mehr Fluggäste auf den bayerischen Großflughäfen im ersten Halbjahr 2015

Im ersten Halbjahr 2015 starteten bzw. landeten insgesamt 205 917 Flugzeuge auf den drei bayerischen Großflughäfen* München, Nürnberg und Memmingen. Das waren 2,8% mehr als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt flogen 21,3 Millionen Passagiere von diesen drei Flughäfen ab oder landeten dort (einschließlich Durchgangsverkehr). Dies entspricht einer Steigerung um 3,8% gegenüber 2014. Das Fracht- und Postaufkommen

stieg an diesen Flughäfen insgesamt um 11,2% auf rund 177 200 Tonnen.

An Bayerns größtem Flughafen München stieg von Januar bis Juni 2015 die Zahl der Fluggäste an Bord um 3,6% auf 19,4 Millionen. München registrierte dabei 181 456 Starts und Landungen (3,4%). Über drei Viertel der Ein- und Aussteiger (75,6%) kamen aus dem Ausland oder flogen ins Aus-

land. Das Fracht- und Postaufkommen erhöhte sich um 11,9% auf rund 173 500 Tonnen (einschließlich Transitverkehr).

In Nürnberg sank die Zahl der Starts und Landungen um 3,7% auf rund 19 847. Die Passagierzahlen erhöhten sich um 5,1% auf 1,52 Millionen. 65,5% der Fluggäste in Nürnberg waren Auslandspassagiere (Ein- und Aussteiger). Das Fracht- und Postaufkommen fiel um

Tab. Bayerns Hauptverkehrsflughäfen im ersten Halbjahr 2015

Starts/Landungen ----- Passagiere ----- Fracht/Post	Flughafen							
	München		Nürnberg		Memmingen		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent
Starts und Landungen insgesamt	181 456	3,4	19 847	- 3,7	4 614	9,1	205 917	2,8
davon Starts	90 836	3,4	9 868	- 3,3	2 302	8,5	103 006	2,8
Landungen	90 620	3,4	9 979	- 4,1	2 312	9,7	102 911	2,7
Passagiere an Bord in 1 000	19 410	3,6	1 524	5,1	382	12,8	21 315	3,8
davon Einsteiger	9 642	3,6	764	4,9	190	11,8	10 596	3,8
davon ins Inland	2 343	3,5	261	- 0,2	5	- 16,0	2 609	3,0
ins Ausland	7 299	3,6	503	7,7	185	12,9	7 986	4,0
Aussteiger	9 717	3,7	754	5,3	187	10,7	10 658	3,9
aus dem Inland	2 341	3,5	259	- 1,4	6	- 5,1	2 606	2,9
aus dem Ausland	7 376	3,7	495	9,2	181	11,3	8 052	4,2
Transitverkehr ¹	51	- 4,4	6	12,1	6	x	x	x
Fracht und Post an Bord (in to)	173 491	11,9	3 674	- 15,5	-	-	177 165	11,2
davon Einladung	98 755	14,2	1 828	- 9,3	-	-	100 583	13,7
Ausladung	66 544	8,2	1 072	- 13,5	-	-	67 616	7,7
Transitverkehr ¹	8 191	16,7	774	- 29,1	-	-	8 965	10,6

1 Direkter Durchgangsverkehr (gleiche Flugnummer).

15,5% auf knapp 3 700 Tonnen. Von den über 380 000 Passagieren in Memmingen (+12,8%) waren rund 96% Auslandsreisende. Memmingen meldete insgesamt 4 614 Starts und Landungen und damit 9,1% mehr als im ersten Halbjahr 2014.

* Hauptverkehrsflughäfen mit mehr als 150 000 Fluggasteinheiten (Einsteiger und Aussteiger, je 100 kg Fracht und Post) im Jahr.

Hinweis
Die monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr beruht auf dem Verkehrsstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004 (§ 12, 1 VerkStatG).

Quelle:
Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verkehr – Luftverkehr – Fachserie 8 Reihe 6.1 – Juni 2015: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/TransportVerkehr/Luftverkehr/Luftverkehr.html.

Bayerische Verkehrsunternehmen beförderten im Jahr 2014 rund 1,38 Milliarden Fahrgäste

Die Unternehmen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr mit Sitz in Bayern beförderten im Jahr 2014 rund 1,38 Milliarden Fahrgäste. Mit 1,36 Milliarden Fahrgästen entfielen über 98% auf den Liniennahverkehr (Entfernung bis etwa 50 Kilometer Fahrstrecke). Der Gelegenheitsverkehr (Ausflugsfahrten, Ferienzweckreisen, Mietomnibusverkehr) verbuchte 18,05 Millionen Fahrgäste (1,3%) und der Linienfernverkehr 3,69 Millionen bzw. 0,3%.

Die Fahrleistung der bayerischen Unternehmen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr lag 2014 bei rund

675 Millionen Kilometern. Über drei Viertel der Fahrzeugkilometer entfielen auf den Linienverkehr und 23,8% auf den Gelegenheitsverkehr.

Von den 1 175 bayerischen Unternehmen in der Personenbeförderung (mit eigenen Verkehrsleistungen) waren 76 öffentlich, neun gemischtwirtschaftlich und 1 090 privat. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 hatten diese Unternehmen 220 Eisenbahnfahrzeuge, 961 Straßenbahnen und 13 892 Busse im Einsatz. Es arbeiteten dort insgesamt 27 664 Beschäftigte, davon 20 023 im Fahrdienst, 3 949 im technischen Dienst und 3 692 in der Verwaltung.

Die meisten Fahrgäste im Schienen- und Liniennahverkehr (712 933) sowie im Gelegenheitsverkehr (6 281) wurden von Unternehmen in Oberbayern gezählt, die längste durchschnittliche Reiseweite wurde für den Nahverkehr mit 12,6 Kilometern in der Oberpfalz registriert, für den Gelegenheitsverkehr mit 390,1 Kilometern in Oberfranken. Für den Linienfernverkehr errechnet sich eine mittlere Reiseweite von 320,2 Kilometern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Der Schienennahverkehr und der gewerbliche Straßenpersonenverkehr in Bayern 2014“ (Bestellnummer: H1400C 201300, nur als Datei).*

Tab. Schiennahverkehr und gewerblicher Straßenpersonenverkehr in Bayern im Jahr 2014
Vorläufiges Ergebnis

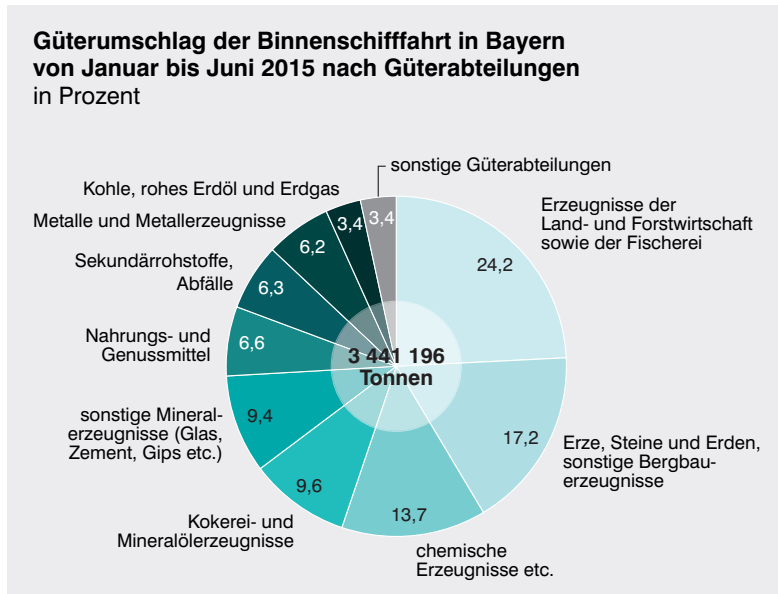
Regierungsbezirk ¹	Fahrgäste	Personen- kilometer	Fahrzeug- kilometer	Mittlere Reiseweite
	1 000			km
Schiene- und Liniennahverkehr				
Oberbayern	712 933	5 019 520	159 724	7,0
Niederbayern	40 014	433 761	31 328	10,8
Oberpfalz	97 201	1 222 720	68 307	12,6
Oberfranken	40 397	257 495	22 492	6,4
Mittelfranken	251 785	1 531 372	91 113	6,1
Unterfranken	97 605	718 558	37 403	7,4
Schwaben	121 991	1 001 538	64 769	8,2
Bayern insgesamt	1 361 927	10 184 964	475 135	7,5
Gelegenheitsverkehr				
Oberbayern	6 281	1 302 313	42 397	207,3
Niederbayern	2 276	779 498	24 012	342,5
Oberpfalz	2 165	644 063	18 166	297,5
Oberfranken	1 203	469 340	15 232	390,1
Mittelfranken	1 996	514 368	16 429	257,7
Unterfranken	1 663	624 528	20 494	375,5
Schwaben	2 468	797 646	23 784	323,2
Bayern insgesamt	18 054	5 131 756	160 514	284,2
Linienfernverkehr				
Bayern insgesamt	3 693	1 182 469	39 828	320,2

1 Unternehmenssitz.

Rückgang um 16,9% beim Güterumschlag in Bayerns Häfen im ersten Halbjahr 2015

Die bayerischen Häfen der Bundeswasserstraßen von Passau über Nürnberg bis Aschaffenburg schlugen im ersten Halbjahr 2015 insgesamt 3,44 Millionen Tonnen Güter um und somit 16,9% weniger als im Vorjahreszeitraum. Es wurden rund 1,38 Millionen Tonnen eingeladen und über 2,06 Millionen Tonnen Güter ausgeladen. Der Güterumschlag im Donauegebiet lag bei 1,47 Millionen Tonnen und entsprach einem Anteil von 42,6%.

Der Güterumschlag an der Donau ging damit von Januar bis Juni 2015 um 26,4% zurück, in den Mainhäfen sank er um 8,1% auf 1,97 Millionen Tonnen. Die umschlagstärksten Häfen waren Regensburg mit 0,64 Millionen und Aschaffenburg mit 0,43 Millionen Tonnen. Insgesamt meldeten sich



3 614 Schiffe mit Umschlagsgütern an und ab, davon befuhren mit 52,2% etwas mehr als die Hälfte der Schiffe (1 888) den Main.

Zu Wasser wurden hauptsächlich „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei“ (0,83 Millionen Tonnen bzw.

24,2%) und „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ (0,59 Millionen Tonnen bzw. 17,2%) transportiert. Weitere 13,7% bzw. 0,47 Millionen Tonnen entfallen auf Schüttgüter der Abteilung „Chemische Erzeugnisse“.

Hinweis

Die Ausweisung der in der Binnenschifffahrt transportierten Güter erfolgt nach der NST-2007.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2015“ (Bestellnummer: H2100C 201506, nur als Datei).*

Tab. Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis Juni 2014 und 2015 nach Verkehrsgebieten und ausgewählten Häfen			
Verkehrsgebiet — Hafen	Güterumschlag Januar bis Juni		
	2014	2015	Veränderung gegenüber 2014 in Prozent
	Tonnen		
Maingebiet	2 148 069	1 973 834	- 8,1
darunter Nürnberg	209 395	174 469	- 16,7
Bamberg	153 516	163 324	6,4
Schweinfurt	156 491	123 399	- 21,1
Würzburg	116 716	110 364	- 5,4
Karlstadt	167 118	187 570	12,2
Lengfurt	280 865	212 603	- 24,3
Aschaffenburg	370 658	432 816	16,8
Donaugebiet	1 994 984	1 467 362	- 26,4
darunter Kelheim	248 438	222 663	- 10,4
Regensburg	1 185 969	639 175	- 46,1
Straubing - Sand	226 636	314 399	38,7
Deggendorf	100 066	141 220	41,1
Passau	187 426	85 410	- 54,4
Bayern insgesamt	4 143 053	3 441 196	- 16,9



Unternehmen, Arbeitsstätten, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Um 3,0% weniger Neugründungen in Bayern im ersten Halbjahr 2015

Die bayerischen Gewerbeämter registrierten im ersten Halbjahr 2015 insgesamt 51 030 Neugründungen und 41 773 vollständige Aufgaben von Gewerbebetrieben. Damit sank die Anzahl der Neugründungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,0%; die Zahl der vollständigen Aufgaben ging um 3,9% zurück.

Von den Neugründungen entfielen 11 419 (bzw. 22,4%) auf die Gründung von Betrieben, die aufgrund ihrer Rechtsform bzw. Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Die Zahl solcher Betriebsgründungen lag damit um 0,7% über dem Niveau des ersten Halbjahres 2014. Die Zahl der im Berichtszeitraum neu gegründeten Kleinunternehmen belief sich auf 39 611 und ging damit um 4,0% zurück. Beim Großteil (62,3%) dieser neu gegründeten Kleinunter-

nehmen handelte es sich um Nebenerwerbsbetriebe (Rückgang um 2% gegenüber dem ersten Halbjahr 2014).

Die Gesamtzahl aller Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2015 belief sich auf 65 739 und lag damit um 2,3% unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Eine Gewerbeanmeldung muss einerseits bei Neugründung eines Gewerbebetriebes getätigt werden, daneben aber auch bei Umwandlung, Zuzug oder Betriebsübernahme.

Während des Zeitraums von Januar bis einschließlich Juni 2015 wurden außerdem 41 773 gewerbliche Tätigkeiten vollständig aufgegeben, um 3,9% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter den aufgegebenen Gewerben waren 8 895 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung

(-4,2%). Außerdem wurden 14 816 Nebenerwerbsbetriebe aufgegeben, um 4,2% mehr als im ersten Halbjahr 2014. Insgesamt lag die Zahl aller Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2015 mit 56 562 um 3,0% unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Analog zu den Gewerbeanmeldungen umfassen die Gewerbeabmeldungen einerseits Schließungen (d. h. vollständige Aufgaben), andererseits aber auch Umwandlungen, Fortzüge oder Betriebsübergaben.

Die beliebtesten Wirtschaftszweige für die Gründung von Betrieben mit voraussichtlich größerer wirtschaftlicher Bedeutung („Betriebsgründungen“) waren die Bereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“ (mit 2 634 bzw. 23,1% aller Betriebsgründungen), „Baugewerbe“ (1745 bzw. 15,3%), „freiberufliche, wissenschaftliche

und technische Dienstleistungen“ (1 263 bzw. 11,1 % aller Betriebsgründungen) sowie das Gastgewerbe (1 130 bzw. 9,9%). Die am stärksten von Betriebsaufgaben betroffenen Wirtschaftsabschnitt-

te waren die Bereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“ (2 541 bzw. 28,6% aller Betriebsaufgaben), „Gastgewerbe“ (1 303 bzw. 14,6%) und das „Baugewerbe“ (1 193 bzw. 13,4 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gewerbeanzeigen in Bayern im Juli 2015“, Bestellnummer D12013 201507, nur als Datei).*



Preise

Bayerische Verbraucherpreise im September 2015 im Vorjahresvergleich unverändert

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im September 2015 bei 0,0%; im vorangegangenen August hatte sie bei 0,3% gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel sind gegenüber dem September des Vorjahres im Gesamtdurchschnitt um 1,6% gestiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung teilweise wiederum sehr unterschiedlich. Deutlich billiger als im Vorjahr waren insbesondere Molkereiprodukte und Eier (-8,1 %) sowie Speisefette und -öle (-5,7%). Im Einzelnen waren dabei deutliche Preisrückgänge u. a. bei Butter (-10,5%), Vollmilch (-12,2%) und Sahne (-13,3%) zu beobachten. Die Preise für Obst (+12,9%) und Gemüse (+15,4%) haben sich binnen Jahresfrist hingegen spürbar erhöht. Deutlich gestiegen sind auch die Preise für Fischfilets (+14,2%).

Am Energiemarkt sind die Preise für Heizöl gegenüber dem September des Vorjahres um 27,4% gefallen. Auch Kraftstoffe (-13,4%) haben sich binnen Jahresfrist verbilligt. Ein leichter Preisrückgang war bei Strom (-1,8%) zu beobachten. Das Preisniveau für Gas (-0,5%) blieb nahezu unverändert.

Weiterhin entspannt verläuft im Landesdurchschnitt die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem September des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,4%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren wiederum auch im September die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Festplattenrecorder (-6,5%) und Fernsehgeräte (-13,6%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise (-0,2%) im Gesamtniveau leicht gefallen. Dabei haben sich Kraftstoffe (-4,3%) weiter verbilligt. Unverändert blieb im September das Preisniveau für

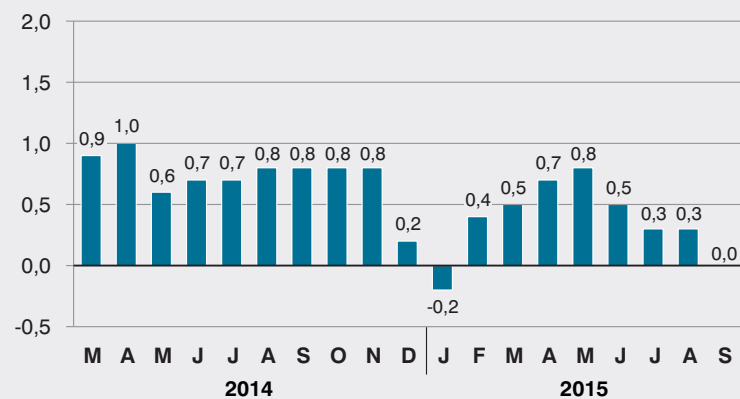
Heizöl. Mit der noch andauernden Einführung der Herbst- und Winterkollektion sind die Preise für Bekleidungsartikel (+5,2%) im September hingegen deutlich gestiegen.

Hinweis

Diese Mitteilung zum Berichtsmonat September 2015 enthält vorläufige Ergebnisse.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, September 2015 mit Jahreswerten von 2011 bis 2014 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201509, nur als Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2010 bis September 2015 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201509, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*

Verbraucherpreisindex für Bayern von März 2014 bis September 2015
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (2010 = 100)





Verdienste

Arbeitnehmerverdienste in Bayern im zweiten Quartal 2015 um 2,3% gestiegen

In Bayern lag der Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im zweiten Quartal 2015 im Durchschnitt bei 3 758 Euro. Dies waren 2,3% mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Die Anzahl der im Wochen-durchschnitt bezahlten Arbeitsstunden blieb unverändert bei 39,1 Stunden. Der Bruttostundenverdienst erhöhte sich um 2,3% auf 22,13 Euro.

Im Dienstleistungsbereich stiegen die Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer binnen Jahresfrist im

Durchschnitt um 2,9% auf monatlich 3 659 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit legte im Vergleich zum Vorjahresquartal von 39,4 auf 39,5 Stunden zu.

Im Produzierenden Gewerbe fielen die Verdienstzuwächse etwas moderater aus. Dort stiegen die Bruttomonatsverdienste auf 3 899 Euro, was einer jährlichen Steigerungsrate von 1,5% entspricht. Dies ging mit einem Zuwachs der Bruttostundenverdienste auf 23,30 Euro (+1,7%) einher. Die durchschnittlich bezahlte Wochenar-

beitszeit ging gegenüber dem Vorjahresquartal von 38,6 auf 38,5 Stunden zurück.

Hinweise

Diese Daten sind Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung. Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 2. Quartal 2015“ (Bestellnummer: N1100C 201542, nur als Datei).*



Einkommen und Verbrauch

Bayerns Haushalte gaben 2013 durchschnittlich knapp 2 700 Euro im Monat für den privaten Konsum aus

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013 gab ein Durchschnittshaushalt in Bayern 2013 knapp 2 700 Euro im Monat für seinen Konsum aus. An dieser Stichprobe haben in Bayern rund 8 400 Haushalte teilgenommen, die für jeweils ein Quartal ein Haushaltsbuch führten, in dem sie alle Einnahmen und Ausgaben notierten. Die Teilnehmer repräsentierten rund 5,95 Millionen Haushalte in Bayern (ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro oder mehr).

Die Ausgaben für das Wohnen (einschließlich Kosten für Energie und Instandhaltung) hatten den größten Anteil an den Konsumausgaben. Hierfür wurde 2013 gut jeder drit-

te Euro (rund 910 Euro oder knapp 34%) ausgegeben, der in den privaten Konsum floss und damit noch einmal rund zwei Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen EVS im Jahre 2008 (32%). Von den knapp 34% für den Bereich Wohnen entfielen knapp 27% auf Wohnungsmieten, rund 6% auf Energie sowie 1% auf Instandhaltung.

Der zweitgrößte Posten des Konsumbudgets waren Ausgaben für Verkehr, für die circa jeder siebte Euro (etwa 380 Euro oder rund 14%) aufgewandt wurde. Dabei fielen die Ausgaben für Kraftfahrzeuge (durchschnittlich rund 125 Euro bzw. knapp 5% der Konsumausgaben) sowie Kraftstoffe und Schmiermittel (knapp 115 Euro bzw. rund 4%) besonders ins Gewicht.

Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren waren 2013 mit durchschnittlich 13% der monatlichen Konsumausgaben (350 Euro) weiter ein relativ großer Posten im Budget bayerischer Haushalte. Diese 13% teilten sich zum einen in den Block „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (11,5% bzw. knapp 310 Euro) und zum anderen in den Bereich „alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (1,5% bzw. rund 40 Euro) auf. Die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur beanspruchten mit 290 Euro (knapp 11%) den viertgrößten Teil der Konsumausgaben.

Hinweis

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.



Gesamtrechnungen

Verhaltenes Wirtschaftswachstum in Bayern im ersten Halbjahr 2015

Im ersten Halbjahr 2015 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in Bayern preisbereinigt um 1,4%. Damit blieb das gesamtwirtschaftliche Wachstum hinter seinem Wert von 1,8% aus dem Jahr 2014 zurück.

Im Vergleich der Bundesländer liegt Bayern zusammen mit Hessen und Mecklenburg-Vorpommern auf dem neunten Rang. Am stärksten fiel das Wirtschaftswachstum mit 3,1% in Baden-Württemberg aus, gefolgt vom Saarland mit 2,4%. Schlusslichter waren Nordrhein-Westfalen mit 0,3% und Sachsen-Anhalt, das keinen Anstieg der Wirtschaftsleistung verzeichnen konnte.

Das bundesweite Wirtschaftswachstum betrug wie in Bayern 1,4%. In den alten Bundesländern (ohne Berlin) lag es mit 1,5% höher als in den neuen (ohne Berlin) mit 1,1%.

Tab. Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern Entwicklung im 1. Halbjahr 2015 gegenüber dem 1. Halbjahr 2014		
Land — Gebiet	Bruttoinlandsprodukt	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung 1. Halbjahr 2015 gegenüber 1. Halbjahr 2014 in Prozent	
Baden-Württemberg	5,4	3,1
Bayern	3,5	1,4
Berlin	4,1	1,7
Brandenburg	3,3	1,5
Bremen	4,4	2,1
Hamburg	4,1	2,0
Hessen	3,6	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	3,1	1,4
Niedersachsen	3,4	1,6
Nordrhein-Westfalen	2,3	0,3
Rheinland-Pfalz	2,9	1,2
Saarland	4,8	2,4
Sachsen	3,8	1,7
Sachsen-Anhalt	1,2	0,0
Schleswig-Holstein	2,3	0,5
Thüringen	2,4	0,4
Deutschland	3,5	1,4
darunter nachrichtlich		
Alte Bundesländer		
ohne Berlin	3,5	1,5
einschließlich Berlin	3,5	1,5
Neue Bundesländer		
ohne Berlin	2,9	1,1
einschließlich Berlin	3,2	1,3

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Hinweis

Bei den hier für das erste Halbjahr 2015 vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um eine erste, vorläufige Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören.

Weitere Ergebnisse zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie Informationen zur Revision 2014 können auf der Homepage des AK VGRdL unter www.vgrdl.de oder unter www.statistik.bayern.de/statistik/vgr abgerufen werden.

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Statistische Woche 2015 in Hamburg

Vom 15. bis 18. September 2015 fand in Hamburg die Jahrestagung der Statistiker, die Statistische Woche, statt. Veranstaltungsort für die rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer war die Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (HSU). In- und ausländische Referentinnen und Referenten hielten 230 Fachbeiträge zu methodisch wissenschaftlichen und anwendungsbezogenen Themenfeldern der Statistik. Ein zentrales Leitthema war „Statistische Indikatoren für das politische Monitoring“.

Im Rahmen eines Senatsempfangs begrüßte die Zweite Bürgermeisterin Hamburgs, Frau Katharina Fegebank, die Ausrichter der Statistischen Woche sowie die zahlreichen Gäste, Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland. Sie verwies in ihrem Grußwort auf die Unabdingbarkeit der statistischen Arbeit: „Politischer Alltag ohne Statistik ist heute nicht mehr vorstellbar. Machbarkeitsstudien und Evaluationen werden regelmäßig zur Entscheidungsfindung hinzugezogen. In Hamburg haben wir durch das Statistikamt Nord immer einen zuverlässigen Statistikklieferanten für unsere Arbeit.“

Der Vorsitzende des Verbands deutscher Städtestatistiker, Herr Michael Haußmann, wies in seiner Rede auf die Bedeutung der Statistischen Woche als wichtigste Austauschplattform zwischen statistischer Wissenschaft und Praxis hin: „Die Statistik auf den föderalen Ebenen bedarf einer Plattform der Diskussion untereinander und neuer Impulse aus der Wissenschaft um voranzukommen.“

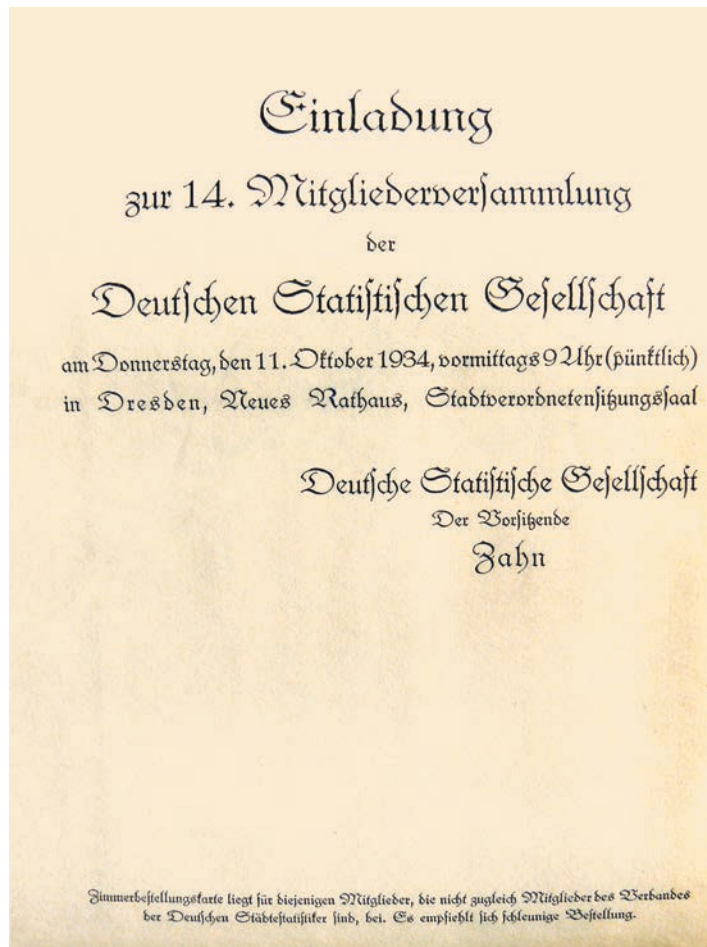
Weitere Informationen zum Tagungsprogramm, können unter www.statistische-woche.de/ abgerufen werden.

Hintergrundinformationen zur Statistischen Woche ...

Die Statistische Woche wird von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG), dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) ausgerichtet. Außerdem verleiht die DStatG regelmäßig den Wolfgang-Wetzel-Preis an herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Darüber hinaus bildet die Statistische Woche den Rahmen zu Ehrungen außergewöhnlicher Leistungen auf dem Gebiet der Statistik. So werden mit der Grohmann- sowie der Gumbel-Vorlesung die gleichnamigen Wissenschaftler geehrt.

... und zur Deutschen Statistischen Gesellschaft

Am 11. Februar 1911, dem Vorabend seines 70. Geburtstags, legte der frühere Vorstand des Königlich-Bayerischen Statistischen Bureaus, Georg von Mayr, in seinem Haus einem kleinen Kreis von amtlichen und akademischen Statistiker einen Satzungsentwurf für die Deutsche Statistische Gesellschaft vor. Die sich anschließende konstituierende Sitzung fand am 17. Juni 1911 in Dresden statt. Die Deutsche Statistische Gesellschaft wurde dort als eine Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gegründet, von der sie sich 1929 trennte.



Einladung zur 14. Mitgliederversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 11. Oktober 1934 in Dresden von Prof. Dr. Dr. Dr. Friedrich Zahn.

Offizielles Publikationsorgan der Deutschen Statistischen Gesellschaft wurde ab 1914 das bereits 1890 von Georg von Mayr gegründete, 1907 dann vorübergehend wieder eingestellte „Allgemeine Statistische Archiv“, das bis heute vierteljährlich in dieser Funktion erscheint.

Erster Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft wurde Prof. Dr. Georg von Mayr. Er übte diese Funktion bis zu seinem Tode im Jahr 1925 aus. Ihm folgte mit Prof. Dr. Dr. Dr. Friedrich Zahn wieder ein Präsident des Bayerischen Landesamts und auch nach dem Zweiten Weltkrieg war es der Amtsleiter des Bayerischen Statistischen Landesamts, Dr. Karl Wagner, der die Deutsche Statistische Gesellschaft wiederbelebte und bis 1960 deren Geschicke bestimmte. Heute liegt die Leitung hingegen bei Statistikern aus dem universitären Bereich. Die Frühzeit der Deutschen Statistischen Gesellschaft ist jedoch aufs engste mit der bayerischen amtlichen Statistik verbunden.

Quellen:

Pressemitteilung des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein Nr. 148/2015 vom 16. September 2015.

Festschrift „200 Jahre amtliche Statistik Bayern 1808 bis 2008“ (S. 25 f), Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2008.

Bürgermeister und Gemeinderäte bereits zum sechsten Mal zu Gast im Bayerischen Landesamt für Statistik

Am 16. September 2015 besuchten im Rahmen einer mehrtägigen Fortbildungsveranstaltung des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs 22 Bürgermeister, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte die Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik (LfStat). Herr Vizepräsident Georg Luber begrüßte die Gäste mit einer freundlichen und interessanten Ansprache. Bezugnehmend auf die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, unter dem sich auch Vertreter aus dem Raum Schweinfurt und Nürnberg befanden, ging Herr Luber auf die Gründung der Dienststelle Schweinfurt ein und beschrieb die laufende Amtsverlagerung nach Fürth mit den daraus resultierenden Problemen. Ein persönlicher Gruß richtete sich an die Teilnehmer aus der Oberpfalz, der Heimat des Vizepräsidenten.



Vizepräsident Luber begrüßt Bürgermeister, Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte als Gäste im LfStat.

Der Besuch der Bibliothek des LfStat ist mittlerweile fester Bestandteil im Programm des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs und fand nunmehr zum sechsten Mal statt. Insgesamt haben seitdem 140 Mandatsträger an der Bibliotheksveranstaltung teilgenommen.

In der Regel stammen die Gäste aus allen Regierungsbezirken. Eine Ausnahme stellte die Veranstaltung am 11. März 2015 dar, an der einzig Vertreter aus den Gemeinden der oberpfälzischen Verwaltungsgemeinschaft Neusorg teilnahmen. Eine weitere Besonderheit war der Teilnehmerkreis am 13. März 2013, der ausschließlich aus Zweiten und Dritten Bürgermeistern bestand.

Wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist, besuchten in den Jahren 2013 bis 2015 insgesamt neun Erste Bürgermeister sowie 19 Zweite und 12 Dritte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Bibliothek des LfStat, außerdem waren 28 Stadt- und Kreisräte und 72 Gemeinde- und Kreisräte zu Gast. Unter den 140 Teilnehmern befanden sich allein 49 Mandatsträgerinnen (35%). Die meisten Besucher kamen aus Oberbayern (29) und der Oberpfalz (30).

Bewährt hat sich die dreigliedrige Struktur der ca. zweistündigen Veranstaltung, bestehend aus der Vorstellung des historischen Buchbestands,

Tab. Besuch des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs in der Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik Teilnehmerprofil der Veranstaltungen in den Jahren 2013 bis 2015								
Mandatsträgerinnen und Mandatsträger	Bayern	Regierungsbezirke						
		Ober-bayern	Nieder-bayern	Ober-pfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwa-ben
Erste Bürgermeister	9	0	1	5	0	1	2	0
davon männlich	9	0	1	5	0	1	2	0
weiblich	0	0	0	0	0	0	0	0
Zweite Bürgermeister	19	3	4	2	1	3	4	2
davon männlich	13	2	3	2	0	2	2	2
weiblich	6	1	1	0	1	1	2	0
Dritte Bürgermeister	12	3	2	3	1	0	2	1
davon männlich	9	1	1	3	1	0	2	1
weiblich	3	2	1	0	0	0	0	0
Stadt- und Kreisräte	28	5	4	2	2	9	4	2
davon männlich	15	1	2	0	2	5	3	2
weiblich	13	4	2	2	0	4	1	0
Gemeinde*- und Kreisräte	72	18	5	18	10	3	9	9
davon männlich	45	9	4	15	7	1	3	6
weiblich	27	9	1	3	3	2	6	3
Insgesamt	140	29	16	30	14	16	21	14
davon männlich	91	13	11	25	10	9	12	11
weiblich	49	16	5	5	4	7	9	3

* Einschließlich Marktgemeinderäte.

der anschließenden Präsentation einer charakteristischen Zahl für jede der anwesenden Gemeinden und dem zwanglosen Schmökern in der Bibliothek.

Wie bereits in der Vergangenheit waren die Gäste auch diesmal höchst beeindruckt von den statistischen Kostbarkeiten, die unsere Bibliothek zu bieten hat. Der historische Buchbestand¹, der das 19. Jahrhundert der nunmehr 207-jährigen Geschichte der amtlichen Statistik und des Amtes dokumentiert, wurde im Verlauf der Veranstaltung eingehend studiert und teilweise mit der Kamera festgehalten.

¹ Der historische Bibliotheksbestand wird ausführlich beschrieben in „Bayern in Zahlen“, Ausgabe 2/2013, S. 75.



Der historische Bibliotheksbestand liegt bereit.

Auch die traditionelle Zahl aus Vergangenheit oder Gegenwart für jede Gemeinde wurde wieder mit großem Interesse aufgenommen. Als Beispiele seien angeführt: die aktuelle Anzahl der Hundertjährigen, die Viehtransportzahlen der Eisenbahn aus dem Jahre 1891, die Eigentümerquote aus der Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus 2011, der derzeitige Wasserverbrauch pro Kopf und Tag, (im Vorfeld der Wiesn) der Bierpreis von 1886 und heute sowie die niederbayerische Wirtshausstatistik von 1901 mit den „im trunkenen Zustand begangenen Totschlägen und Körperverletzungen“, die in keiner Veranstaltung fehlen darf.

Während des anschließenden Schmökerns in der Bibliothek am Ende der Veranstaltung vertieften sich die Gäste erneut in unseren Bestand und gaben nochmals ihrer Begeisterung Ausdruck, wie fesselnd sie die statistischen Veröffentlichungen fanden.



Schmökern in der Bibliothek.



Das Bayerische Selbstverwaltungskolleg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit der Aufgabe, Mandatsträgern in mehrtägigen Seminaren Rechtsgrundlagen der kommunalen Verwaltung zu vermitteln und eine Plattform für einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu bieten. Träger des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs sind der Freistaat Bayern, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der Verband der Bayerischen Bezirke. Die Aufsicht obliegt dem Bayerischen Staatsministerium des Innern. (vgl. „Bayern in Zahlen“, Ausgabe 2/2013, S. 75)

Bibl.-Amtsrätin Christine Wiens M.A.

Prüfbesuch bei Destatis im Rahmen des Eurostat-Peer-Reviews 2014/2015

Anfang März hat Eurostat den Bericht zum Peer Review in Deutschland veröffentlicht: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/quality/peer-reviews>

Damit ist der zweite Peer Review in Deutschland abgeschlossen. Wie schon im Jahr 2008 wurde geprüft, inwiefern die statistischen Stellen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) den Europäischen **Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice)** einhalten. Im Gegensatz zur ersten Peer-Review-Runde vor sieben Jahren erstreckte sich die Prüfung dieses Mal nicht nur auf das Statistische Bundesamt, sondern auch auf die weiteren Produzenten europäischer Statistiken in Deutschland.

An die Selbstbewertungsphase schloss sich Anfang Dezember 2014 der Besuch der Prüfer im Statistischen Bundesamt an. Die Prüfer („Peers“) waren die ehemaligen Amtsleiter der Statistischen Ämter von Estland und Österreich, Priit Potisepp und Prof Dr. Peter Hackl, sowie David Fenwick, ehemaliger Mitarbeiter des Statistischen Amtes von Großbritannien und Nordirland. Als Beobachterin fungierte die Leiterin des Referats G 1 bei Eurostat, Martina Hahn, eine ehemalige Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes.

Präsident Egeler und Vizepräsident Sarreither wurden in den Gesprächen von den fachlich Verantwortlichen ihres Hauses unterstützt. Die Statistischen Ämter der Länder waren vertreten durch die Amtsleiter Jörg Berres (StLA Rheinland-Pfalz) und Hans-Josef Fischer (IT.NRW), zeitweise auch durch die Amtsleiterin Marion Frisch (LfStaD Bayern) sowie durch die Qualitätsmanager Birgit Kempf (IT.NRW), Michael Kaindl (LfStaD Bayern) und Harald Wirtz (StLA Rheinland-Pfalz). Daneben suchten die Prüfer auch den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern des Kraftfahrt-Bundesamts, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Bundesministerien, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Medien als wichtigen Nutzern der amtlichen Statistik. Zum Abschluss sprachen die Prüfer mit Nachwuchskräften des höheren Dienstes im Statistischen Bundesamt.

Die Prüfer erfragten auf der Grundlage der in der Selbstbewertung zur Verfügung gestellten Informationen Details zu den statistischen Prozessen und zu den statistischen Produkten. Sie thematisierten auch die nationale Koordinierung und die Integration in das Europäische Statistische System.

Die Peers haben 28 Empfehlungen formuliert. Einige liegen in einer Linie mit den „Empfehlungen zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik“, die der Statistische Beirat im September 2012 ausgesprochen hatte, so etwa die Forderung, den Zugang der statistischen Ämter zu Verwaltungsdaten zu erleichtern und die statistischen Ämter bei neuen oder geänderten neuer Verwaltungsverfahren früh zu konsultieren, um die statistische Verwertbarkeit von verwaltungserzeugten Daten zu steigern. Manche Empfehlungen, wie jene nach einem Kalender für planmäßige Revisionen von

Daten, lassen sich kurzfristig umsetzen. Manche Empfehlungen jedoch berühren die deutsche Staatsorganisation und werden sich unter den heutigen Rahmenbedingungen kaum umsetzen lassen.

Die geprüften Produzenten von EU-Statistiken in Deutschland sind nun aufgerufen, Verbesserungsmaßnahmen zu entwickeln, die auf den Empfehlungen der Peers aufbauen.

Der der Prüfung zugrunde liegende „Verhaltenskodex für europäische Statistiken“ ist enthalten im „Strategie- und Programmplan“ des Statistischen Bundesamtes (Download unter: destatis.de → „Über uns“).

Quelle:

Statistisches Bundesamt, Informationen aus der amtlichen Statistik, Ausgabe 1/2015.

Hinweis:

Über den „**Verhaltenskodex für europäische Statistiken**“ informiert ausführlich ein Beitrag in „Bayern in Zahlen“ Heft 04/2014 auf den Seiten 164 bis 179.

Im Einklang mit dem Verhaltenskodex für europäische Statistiken steht auch die allgemeine Revisionspolitik, über die in diesem Heft ein Gastbeitrag des Statistischen Bundesamts auf den Seiten 668 bis 674 berichtet.

Der Verhaltenskodex für europäische Statistiken basiert auf 15 Grundsätzen für den institutionellen Rahmen, die statistischen Prozesse und die statistischen Produkte.

Für jeden Grundsatz bietet ein Satz von Indikatoren vorbildlicher Praktiken eine Referenz für die Überprüfung der Umsetzung des Kodex.

Indikatoren, die direkt auf Revisionen eingehen, finden sich in folgenden drei Grundsätzen:

Grundsatz 6 Unparteilichkeit und Objektivität

Grundsatz 8 Geeignete statistische Verfahren

Grundsatz 12 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

Entwicklung der Rinderhaltung in Bayern von 2008 bis 2015

Patrick Schaumburg, B.Sc.

In der bayerischen Landwirtschaft spielt die Rinderhaltung seit jeher eine wichtige Rolle. Im Kalenderjahr 2012 betrug der Selbstversorgungsgrad laut Agrarbericht 2014 bei Rind- und Kalbfleisch sowie bei Milch und Milchprodukten in Bayern jeweils 178%. Für ganz Deutschland lagen die entsprechenden Werte nur knapp über 100%. Jedoch macht der Strukturwandel auch vor der Rinderhaltung im Freistaat nicht halt. Im folgenden Beitrag wird der Rückgang der Rinder- und vor allem der Rinderhalterzahlen anhand des Zeitraums von 2008 bis 2015 betrachtet. Da sich seit 2008 die Methodik der Erhebung des Rinderbestandes nicht mehr geändert hat und seither die Kategorisierung der Rinderrassen nahezu identisch blieb, bietet sich dieser Zeitraum für eine tiefergehende Betrachtung an. Datengrundlage dieses Beitrags sind die jährlichen Rinderzahlen zum Stichtag 3. Mai von 2008 bis 2015.

Nutzung der Rinderdatenbank

Seit Mai 2008 ist es der amtlichen Agrarstatistik möglich, halbjährlich die Daten über die Rinderbestände aus dem Herkunfts- und Informationssystem für Tiere (HIT) zu nutzen. Sämtliche Rinderhalter in Deutschland sind nach § 24f der Viehverkehrsordnung dazu verpflichtet, ihren Rinderbestand der zuständigen Behörde zu melden. Neben der Geburt sind jeder Zugang und Abgang, der Tod oder die Schlachtung eines Rindes mitzuteilen. Dadurch ist ein ausführlicher und grundsätzlich lückenloser Nachweis der Rinderzahlen möglich. Informationen über die Nutzung der Tiere können aus HIT allerdings nur über die Hilfsmerkmale wie Produktionsrichtung der Haltung oder Rasse abgeleitet werden. Waren in den Jahren vor 2008 primärstatische Erhebungen zur Erfassung der Rinderhaltungen und -zahlen im Rahmen der Agrarstatistik notwendig, werden die ehemals Auskunftspflichtigen nun durch den unmittelbaren Zugriff der amtlichen Statistik auf die HIT-Zahlen seitdem diesbezüglich entlastet. Die Zahl der Haltungen in HIT entspricht aber nicht der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, wie sie in den Primärstatistiken der amtlichen Statistik erfasst werden. In HIT wird nämlich jeder Standort einzeln erfasst.

Bayernweiter Strukturwandel

Während im Jahr 2008 in Bayern noch rund 3,4 Millionen Rinder gezählt wurden, hat sich diese Zahl bis zur aktuellsten Zählung am 3. Mai 2015 auf 3,2 Millionen verringert. Dies entspricht einem Rückgang von 6%. Zu erwähnen ist jedoch, dass sich die Bestände seit zwei Jahren auf einem vergleichsweise konstanten Level befinden und in dieser Zeit nur noch leicht abgenommen haben. Dagegen hat sich die durchschnittliche Bestandsgröße der bayerischen Rinderhaltungen in den letzten sieben Jahren um gut ein Fünftel von rund 54 auf gut 65 Tiere erhöht, da die Anzahl der Haltungen deutlich stärker zurückgegangen ist als die Zahl der Tiere. Konkret haben sich die Rinderhaltungen von 63 610 im

Erhebungsjahr	Haltungen	Rinder	Durchschnittliche Bestandsgröße
2008	63 610	3 428 687	54
2009	61 362	3 413 955	56
2010	59 090	3 380 392	57
2011	57 072	3 304 947	58
2012	54 542	3 258 976	60
2013	52 447	3 233 542	62
2014	50 914	3 230 479	63
2015	49 216	3 221 376	65

Jahr 2008 auf 49 216 im Jahr verringert. Damit wurden am 3. Mai 2015 erstmals weniger als 50 000 Hal-tungen erfasst (vgl. Tabelle 1).

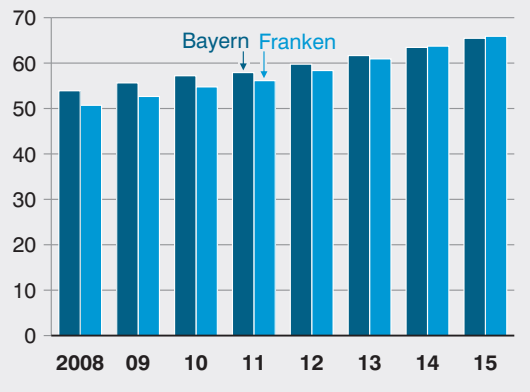
Von besonderer Bedeutung in der Rinderhaltung ist die Milchproduktion. Bayern ist in Deutschland nicht nur das Bundesland mit den meisten Rindern ins-gesamt, sondern auch das mit den meisten Milch-kühen. Über den betrachteten Siebenjahreszeitraum hat sich jedoch analog zu den Rinderhalterzahlen die Zahl der Milchkuhhaltungen in Bayern um gut ein Viertel von 46 054 auf 34 422 verringert. Die Zahl der Milchkühe wurde von 2008 bis 2015 nur um 4 % reduziert, seit 2013 ist der Bestand nahezu konstant. Mit etwa 1,2 Millionen stehen heute lediglich rund 50 000 Milchkühe weniger in Bayern als noch 2008. Resultierend hat sich auch in der Milchkuhhaltung die mittlere Bestandsgröße deutlich gesteigert. Aktu-ell kommen im Durchschnitt gut 35 Milchkühe auf eine Milchkuhhaltung, 2008 waren es noch knapp 28 Tiere (vgl. Tabelle 2).

Tab. 2 Milchkuhhaltungen und -bestand in Bayern von 2008 bis 2015 zum Stichtag 3. Mai

Erhebungsjahr	Haltungen	Milchkühe	Durchschnittliche Bestandsgröße
2008	46 054	1 267 196	28
2009	44 527	1 257 499	28
2010	42 810	1 250 466	29
2011	40 842	1 242 483	30
2012	39 077	1 230 852	31
2013	37 386	1 218 612	33
2014	35 792	1 223 506	34
2015	34 422	1 216 834	35

Besonders stark zugenommen haben die mittlere Bestandsgrößen der Rinderhaltungen in den drei fränkischen Regierungsbezirken. Zusammengefasst ist die mittlere Zahl der Rinder pro Haltung in Ober-, Mittel- und Unterfranken um 30% gestiegen, in den übrigen vier Regierungsbezirken hingegen um knapp 20%. In der Milchkuhhaltung ist eine ähnliche Entwicklung mit besonders stark ausgeprägtem Wachstum der Bestandsgrößen der nördlichen Region Bayerns zu beobachten. Während der Anstieg in Franken von 2008 bis 2015 gut 40% beträgt, sind es in den anderen Teilen Bayerns nur etwas über 25% (vgl. Abbildung 1). Diese Entwicklung ist vor allem auf die Einstellung von Haltungen in diesen Regierungsbezirken zurückzuführen. Zum Gesamtbestand der Rinder bzw. Milchkühe tragen

Abb. 1 Durchschnittlicher Rinderbestand je Halter in Bayern sowie in den Regierungsbezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken zusammen (Franken) von 2008 bis 2015 nach Anzahl der Tiere



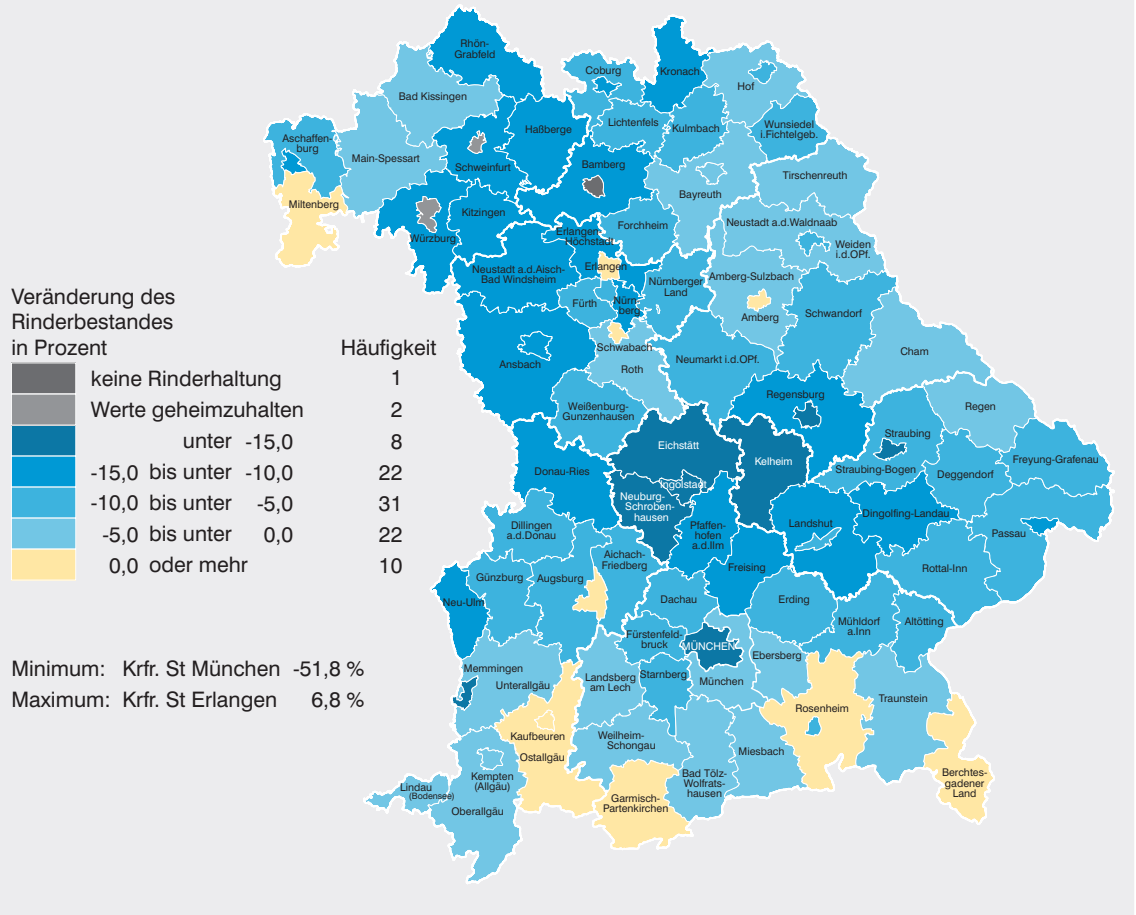
die fränkischen Regionen sowohl vor sieben Jahren als auch heute jeweils nur etwa ein Fünftel bei.

Zwar hat sich der starke Rückgang der Rinderbestände in Bayern in den letzten Jahren etwas verlangsamt, es ist jedoch in Zukunft weiterhin mit weniger Haltungen und immer größer werdenden durchschnittlichen Rinderbeständen zu rechnen.

Großteil der Rinder steht im Süden Bayern

In etwa die Hälfte der bayerischen Rinder ist in Schwaben und Oberbayern zu finden. Die drei Landkreise mit der größten absoluten Zahl an Tieren sind sowohl 2008 als auch 2015 die schwäbischen Landkreise Unterallgäu und Ostallgäu sowie der oberbayerische Landkreis Rosenheim. In diesen drei Kreisen wurden über den betrachteten Zeitraum jeweils konstant über 100 000 Rinder festgestellt. 2015 waren es im Landkreis Unterallgäu 142 149, gefolgt vom Landkreis Rosenheim mit 137 080 und dem Landkreis Ostallgäu mit 135 870. Die Milchkuhbestände waren zum 3. Mai 2015 mit 70 263 im Unterallgäu, 68 433 im Ostallgäu und 62 191 im Landkreis Rosenheim ebenfalls die drei größten in Bayern. Im Kreis Rosenheim hat in den letzten sieben Jahren sowohl die Zahl der Milchkühe (+4,4%) als auch die Gesamtrinderzahl (+0,4%) entgegen dem bayerischen Trend zugenommen. Allgemein lässt sich sagen, dass die Bestände im äußersten Süden Bayerns leicht zugenommen bzw. am wenigsten abgenommen haben (vgl. Abbildung 2).

Abb. 2
**Veränderung des Rinderbestandes in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns
 2015 gegenüber 2008
 in Prozent**



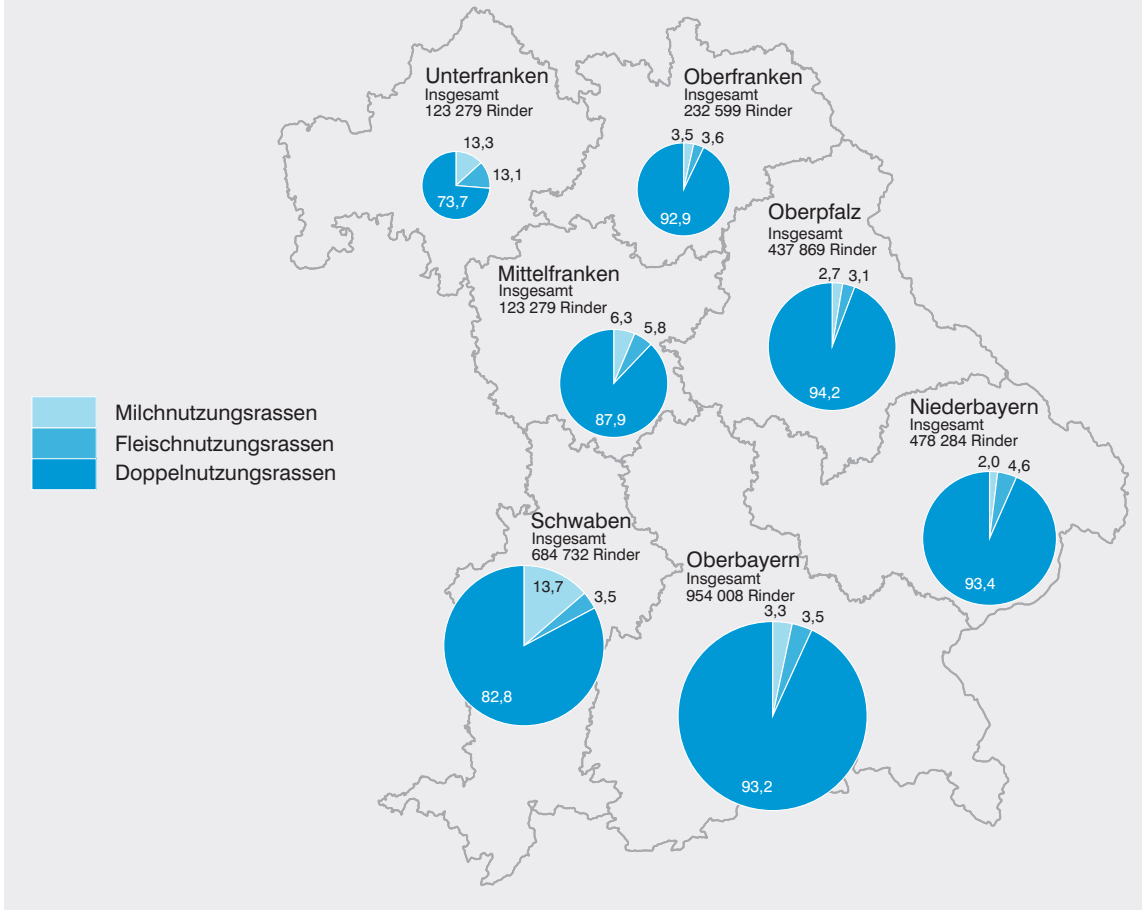
Es scheint, dass die traditionell vorherrschenden Schwerpunkte der Rinderhaltung auch im Zuge der Technisierung und Optimierung verschiedenster Produktionsprozesse weiterhin in den südlichen Regionen Bayerns zu finden sein werden.

Fleckvieh weiterhin dominant

Traditionell werden in Bayern hauptsächlich Doppelnutzungsrasen gehalten. Diese Rassen eignen sich sowohl zur Produktion von Milch als auch von Fleisch. Der Anteil der Doppelnutzungsrasen beträgt auf Landesebene auch 2015 noch knapp 90%, seit 2008 ist dieser Prozentsatz nur leicht gesunken. Hervorzuheben ist das Fleckvieh, auch Simmentaler genannt, welches damals wie heute über 85% der Doppelnutzungsrasen ausmacht.

Die Anteile der reinen Milch- bzw. Fleischnutzungsrasen sind jeweils leicht angestiegen. Die Milchnutzungsrasen, größtenteils Holstein-Schwarzbunt, hatten 2008 einen Anteil von 5,4% und 2015 von 5,6%. Im Mai 2008 waren 3,6% der Rinder Fleischnutzungsrasen, 2015 sind es 4,2%. Die häufigsten Rassen sind dabei Limousin, Charolais und Deutsche Angus, wobei speziell die Bestände von Limousin (+33,9%) und Charolais (+16,2%) von 2008 bis 2015 deutlich zugenommen haben. Dies könnte unter anderem auf verbesserte Vermarktungsmöglichkeiten, beispielsweise von Steaks oder anderen hochwertigen Fleischprodukten, zurückzuführen sein. Der Bestand Deutscher Angus (-3,8%) ist im gleichen Zeitraum zwar leicht gesunken, mit knapp 19 000 Rindern aber auch 2015 noch die häufigste Einzelrasse zur Fleischproduktion (vgl. Tabelle 3).

Abb. 3
Rinderrassen in den Regierungsbezirken Bayerns am 3. Mai 2015 nach Kategorien
in Prozent



Tab. 3 Anzahl der Rinder in Bayern von 2008 bis 2015 nach Rassen zum Stichtag 3. Mai

Rinderrassen	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Holstein-Schwarzbunt	155 993	157 699	157 116	155 791	156 307	157 493	160 237	162 644
Holstein-Rotbunt	17 252	17 444	17 232	17 065	16 967	16 883	17 171	17 299
Sonstige Milchnutzungsrasen	10 194	10 621	10 650	10 881	10 793	10 709	10 659	10 586
Milchnutzungsrasen zusammen	183 439	185 764	184 998	183 737	184 067	185 085	188 067	190 529
Limousin	9 634	11 037	12 022	11 750	11 784	12 522	12 645	12 903
Charolais	14 232	14 969	14 585	14 483	14 044	14 981	15 934	16 533
Deutsche Angus	19 575	19 499	19 525	19 530	19 152	18 655	18 445	18 831
Sonstige Fleischnutzungsrasen	78 486	82 504	86 783	86 726	84 627	83 349	84 014	87 501
Fleischnutzungsrasen zusammen	121 927	128 009	132 915	132 489	129 607	129 507	131 038	135 768
Fleckvieh	2 683 929	2 663 069	2 634 454	2 574 437	2 537 144	2 515 538	2 509 281	2 494 579
Braunvieh	296 233	294 875	288 745	277 222	270 491	264 248	260 480	256 541
Sonstige Doppelnutzungsrasen	143 159	142 238	139 280	137 062	137 667	139 164	141 613	143 959
Doppelnutzungsrasen zusammen	3 123 321	3 100 182	3 062 479	2 988 721	2 945 302	2 918 950	2 911 374	2 895 079
Rinder insgesamt	3 428 687	3 413 955	3 380 392	3 304 947	3 258 976	3 233 542	3 230 479	3 221 376

Beim Blick auf die sieben Regierungsbezirke lassen sich einige grundsätzliche Unterschiede feststellen (vgl. Abbildung 3). In Oberbayern, Niederbayern, der Oberpfalz und Oberfranken wurden im betrachteten Zeitraum immer jeweils über 90% Doppelnutzungsrasen festgestellt. Die Anteile der Milchnut-

zungsrasen liegen in diesen Regierungsbezirken stets unterhalb des Prozentsatzes auf Landesebene, mit Ausnahme von Niederbayern gilt dies auch für die Fleischnutzungsrasen. In Mittelfranken ist der Anteil der Doppelnutzungsrasen etwas geringer, 2015 sind es rund 88%. In Unterfranken lässt sich

seit jeher eine gewisse Diversifizierung erkennen. Bereits 2008 hatten hier die Milch- und Fleischnutzungsrasen einen Anteil von jeweils über 10%. Zudem war der Rückgang der Doppelnutzungsrasenbestände um knapp ein Siebtel von 2008 auf 2015 in Unterfranken bayernweit betrachtet am stärksten. 2015 stellen die jeweils speziell zur Milch- bzw. Fleischproduktion gezüchteten Tiere je über 13%. In Schwaben wiederum liegt der Anteil bei den Milchnutzungsrasen auf dem gleichen Niveau wie in Unterfranken. Der Anteil der Fleischnutzungsrasen und auch der Doppelnutzungsrasen ist hier 2008 wie 2015 geringer als auf Landesebene.

Ausblick

Es bleibt abzuwarten, ob sich der Trend zur vermehrten Haltung von Milch- und vor allem Fleisch-

nutzungsrasen auch in den kommenden Jahren verstärken wird. Die Dominanz des Fleckviehs wird sich in naher Zukunft aufgrund der traditionell orientierten Rinderhaltung in Bayern jedoch kaum ändern. Mit Abschaffung der Milchquote ist denkbar, dass der ein oder andere Landwirt neue Wege geht und sich auf eine spezielle Produktionsrichtung oder Rasse spezialisiert. Die zunehmende Popularität der veganen Lebensweise könnte auch Einfluss auf die Entwicklung der Viehhaltung nehmen. Allgemein bleibt es interessant zu beobachten, ob der Rückgang der Rinderbestände tatsächlich etwas eingebremst ist und lediglich die Halterzahlen weiter stark zurückgehen.

Aktuelle Entwicklungen in der Hochschulstatistik

Dipl.-Kfm. Mirco Wipke

Die nicht-monetäre Hochschulstatistik umfasst hauptsächlich die Studierenden-, Prüfungs- und Personalstatistik. Die Ergebnisse dieser Statistiken wiesen in den vergangenen Jahren stets in eine Trendrichtung: nach oben. Steigende Studierendenzahlen, Ausbau des Lehr-, Forschungs- und Verwaltungspersonals sowie in der Folge auch zunehmende Studienabschlüsse. Für das Jahr 2014 war nun seit Langem erstmalig ein leichter Rückgang der Studienanfänger zu vermelden. Diese Entwicklung sowie aktuelle Ergebnisse aus den anderen Hochschulstatistikbereichen werden auf Grundlage längerfristiger Verläufe eingeordnet. „Verlauf“ ist gleichzeitig ein wichtiges Stichwort für eine voraussichtlich bevorstehende, weitreichende Änderung, nämlich die geplante Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes. Die vorgesehenen Neuerungen wie zum Beispiel die Einführung einer Studienverlaufsstatistik oder die Verbesserung der Datenlage zum wissenschaftlichen Nachwuchs sind letztlich nicht sonderlich neuartig, sondern schließen altbekannte Lücken, die bei der Auseinandersetzung mit den aktuellen Erhebungsbefunden unmittelbar als Hindernis für eine produktive Bildungsstatistik ins Auge fallen.

Vorbemerkung

In diesem Beitrag werden aktuelle Daten der nicht-monetären Hochschulstatistik behandelt. Die nicht-monetären Hochschulstatistiken umfassen Studierende, deren Prüfungen und das Hochschulpersonal. Angaben liegen für das Wintersemester 2014/15 (Studierende), das Sommersemester 2014 (Prüfungen) und das Berichtsjahr 2014 (Personal) in endgültiger Form vor, für die Studierenden auch vorläufige Daten des Sommersemesters 2015.

Bis 1992 waren diese Daten als sogenannte Primärstatistik u. a. direkt bei den Studierenden erhoben worden. Dies wurde mit dem Hochschulstatistikgesetz (HStatG) vom 2. November 1990¹ geändert, seitdem übermitteln die Hochschulen den Statistischen Landesämtern die Datensätze von Studierenden und Personal als sogenannte Sekundärstatistik aus den eigenen Verwaltungssystemen. Die Nutzung der amtlichen Daten durch die Wissenschaftsministerien der Länder und die Hochschulen ist ausdrücklich vorgesehen, wobei die Formulierung des

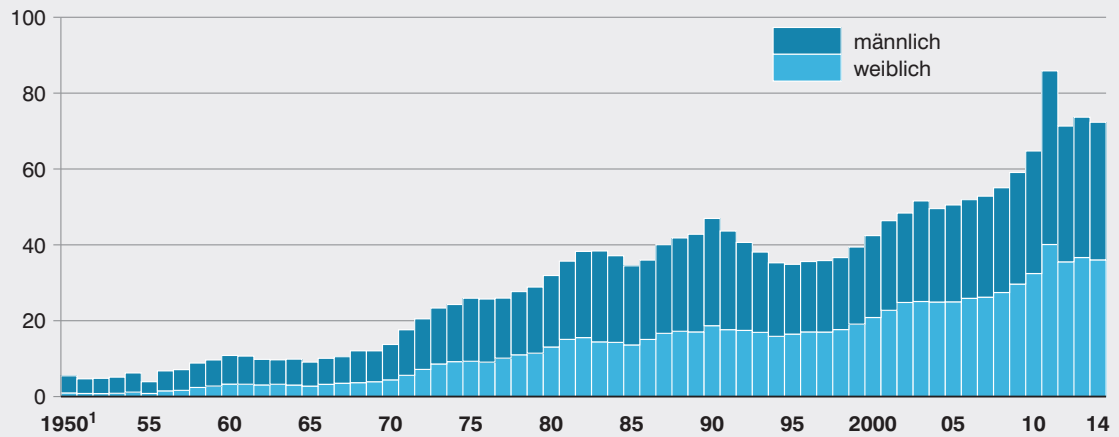
§ 1 II HStatG „Das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm ist so zu gestalten, dass die Ergebnisse für Zwecke der Gesetzgebung sowie der Planung in Bund, Ländern und Hochschulen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten Verwendung finden können“ in einem Spannungsverhältnis mit dem im Bundesstatistikgesetz (BStatG)² verankerten und vorrangig zu beachtenden Statistikgeheimnis (§ 16 BStatG) steht.

Als roter Faden des Artikels dient der typische Verlauf einer akademischen Karriere – vom Studienbeginn bis zum möglichen Verbleib im Wissenschaftssystem als Hochschulpersonal –, wobei die momentane Datenlage große Schwierigkeiten bereitet, Verläufe nachzuzeichnen. Es gehört zu den wesentlichen Bestandteilen einer geplanten Novellierung des HStatG, die Analysierbarkeit von Studienverläufen und die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern, worauf zum Abschluss des Artikels zusammenfassend eingegangen wird.

¹ BGBl. I. S. 2414; zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2005 (BGBl. I. S. 1860).

² BGBl. I. S. 462, 565; zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I. S. 2749).

Abb. 1 Studienanfänger (1. Hochschulsesemester) an den Hochschulen in Bayern seit 1950 nach Geschlecht in Tausend



1 Studienjahr 1950 bei den Kunsthochschulen einschließlich Beurlaubte und Gasthörer.

Studienbeginn – Eintritt in das akademische System

Der Eintritt in das akademische System lässt sich aus unterschiedlichen Perspektiven skizzieren, was gleichzeitig ein Besprechen verschiedener bildungsstatistischer Aspekte erlaubt.

Der nächste Abschnitt beginnt mit der Perspektive der bayerischen Abiturienten³, genauer gesagt der Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung. Anschließend wird ein Vergleich aus der Bundesperspektive hinsichtlich studentischer Wanderungsbewegungen nach Bayern vorgenommen. Im Zuge dieses Vergleichs werden ferner Indikatoren besprochen, die die Studierenden in Beziehung zur Bevölkerung setzen. Darauf folgend wird das Thema „Internationalisierung“ behandelt.

Vorangestellt sei jedoch zunächst – ganz klassisch für eine statistische Darstellung – eine Zeitreihe der Studienanfänger von 1950 bis 2014 (vgl. Abbildung 1), die die enorm gestiegene Nachfrage nach akademischer Ausbildung verdeutlicht. Die Bandbreite beginnt bei unter 10 000 Studienanfänger pro Studienjahr bis 1959 und übersteigt ab 2010 nach teils wechselhaften Verläufen die 60 000er-Marke. Seit dem Ausnahmejahr 2011 – doppelter Abiturjahrgang aufgrund der Verkürzung der Gymnasialausbildung in Bayern (und Niedersachsen) auf acht

Jahre, Aussetzung der Wehrpflicht – ist das Niveau sogar bei jährlich über 70 000 Studienanfänger verblieben.

Im Jahr 2014 liegt zwar ein leichter Rückgang auf 72 320 Erstimmatrikulierte vor, allerdings lassen prognostizierte Schulabsolventendaten der Kultusministerkonferenz (KMK)⁴ ein Verharren der Anfängerzahlen auf hohem Niveau erwarten (vgl. Tabelle 1).

Tab. 1 Vorausberechnung der KMK zu Studienberechtigten* in Bayern 2013 bis 2025

Jahr	Studienberechtigte
2013	66 700
2014	67 200
2015	68 600
2016	68 700
2017	69 000
2018	69 000
2019	67 000
2020	64 500
2021	63 100
2022	61 100
2023	60 500
2024	59 400
2025	59 300

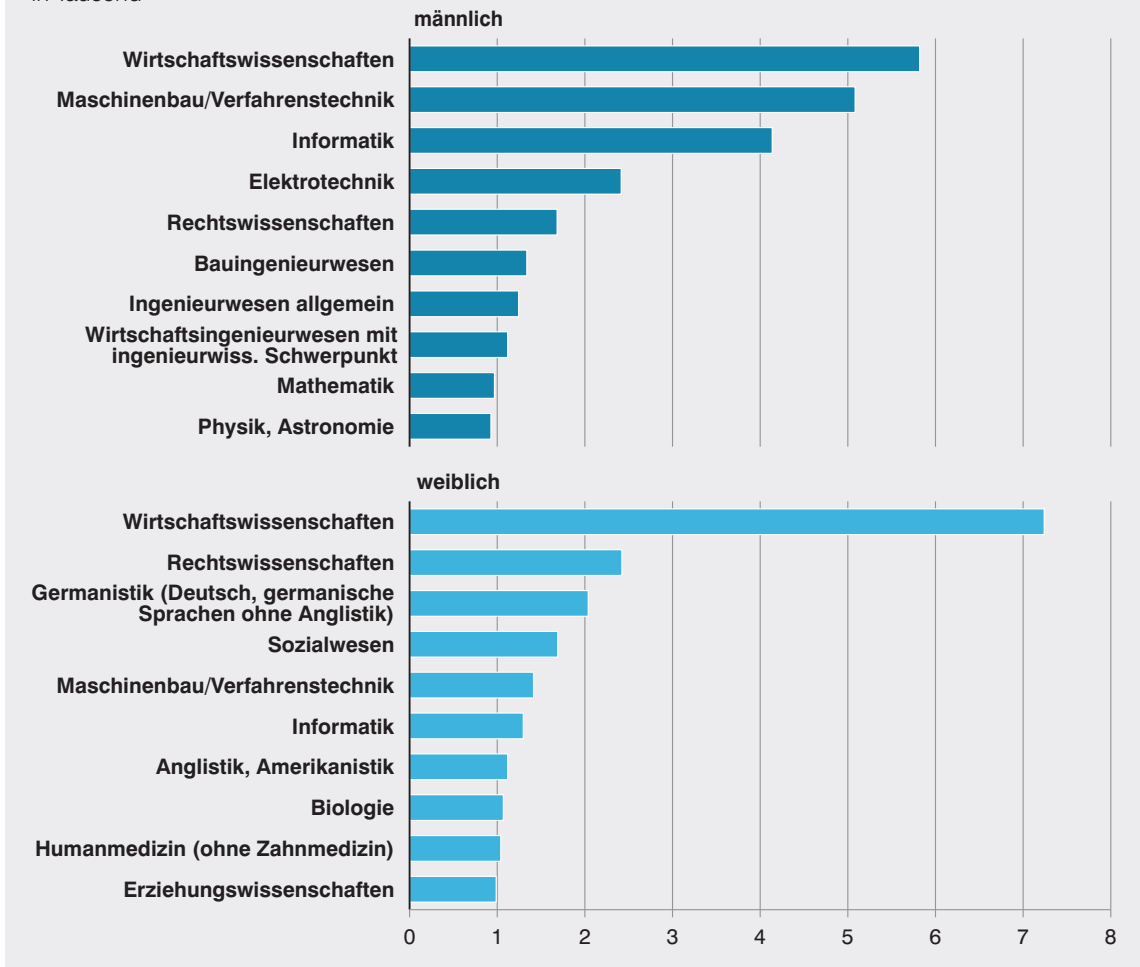
* Allgemeine und fachgebundene Hochschulreife und Fachhochschulreife.

Eine andere, ebenso klassische Auswertung ist die Darstellung der beliebtesten Studienbereiche (vgl. Abbildung 2). Klar auf Platz 1 liegen bei Männern und Frauen die Wirtschaftswissenschaften. Danach

3 Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird bei nicht geschlechtsneutralen Begriffen durchgehend die männliche Form verwendet.

4 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2012): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012 bis 2025, abgerufen am 2. August 2015 unter www.kmk.org.

Abb. 2
Die zehn beliebtesten Studienbereiche der Anfänger (1. Hochschulsesemester) im Studienjahr 2014
in Tausend



spreizt sich das Feld zumindest teilweise nach Geschlechterstereotypen: Von Männern werden vergleichsweise homogen ingenieur- und naturwissenschaftliche Bereiche deutlich bevorzugt, bei Frauen finden sich sprachliche (z. B. „Germanistik“ auf Platz 3) und soziale Studienbereiche (z. B. „Sozialwesen“ auf Platz 4), aber nicht nur. Die Rangfolge der Frauen bietet ein fachlich heterogeneres Interessenspektrum, wobei auch „Maschinenbau“ bereits auf Platz 5 rangiert.

Wie gut gelingt bayerischen Abiturienten ein sofortiger Studienbeginn?

Diese Frage klingt zunächst einfach, aber ihre Beantwortung wirft sogleich die Frage auf, wer mit „bayerischen Abiturienten“ gemeint ist. Können Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit „bayerisch“ sein.

Und zudem: Das Abitur ist nicht die einzige Zugangsberechtigung zum Hochschulsystem. Um es nicht unnötig zu verkomplizieren, wird im Folgenden die sprachliche Verkürzung vorgenommen, die fachlich korrekte Formulierung „Schulabsolventen mit in Bayern erworbener Studienberechtigung“ – gleich welcher Staatsangehörigkeit – als bayerische Abiturienten zu bezeichnen.

Abbildung 3 zeigt bayerische Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung (HZB) und Studienanfänger in Bayern nebeneinander, beginnend mit den Absolventen des Schuljahres 2008/09. Es wird dort die natürliche Abfolge von Schulabschluss und Studienbeginn dargestellt. Während also ein Schuljahr im Herbst (z. B. 2008) startet und sich über den Jahreswechsel erstreckt, werden die Prüfungen des



Studienjahr, Prüfungsjahr, akademisches Jahr

In der amtlichen Hochschulstatistik existieren unterschiedliche zeitliche Abgrenzungen, um zwei Semester zu einem Jahr zu bündeln. Zusätzlich wird hier zum besseren Verständnis der Begriff des akademischen Jahres eingeführt.

Studienjahr: Zusammenfassung von Sommersemester und nachfolgendem Wintersemester. Es ergeben also Sommersemester 2014 und Wintersemester 2014/15 das Studienjahr 2014. Diese Abgrenzung bezieht sich auf einen kalendarischen Jahrbegriff. Studienanfänger werden typischerweise zu einem Studienjahr zusammengefasst.

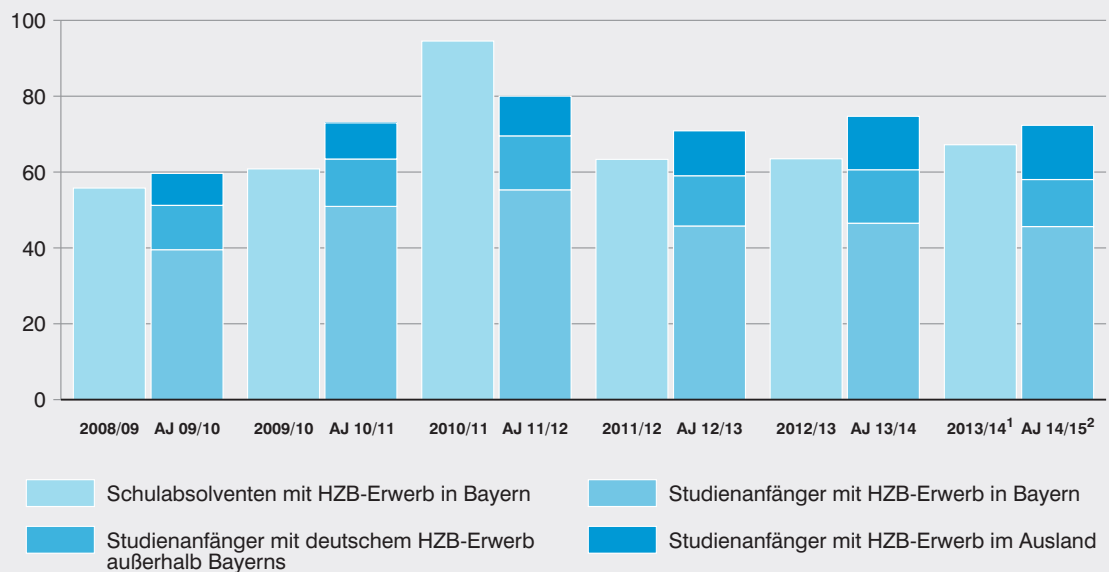
Prüfungsjahr (akademisches Jahr (analog: Schuljahr)): Zusammenfassung von Sommersemester und vorangegangenem Wintersemester. Es ergeben also Sommersemester 2014 und Wintersemester 2013/14 das Prüfungsjahr 2014. Absolventenangaben werden typischerweise in einem Prüfungsjahr zusammengefasst. Da Schule und Hochschule in der Regel im Herbst eines Jahres beginnen bzw. im Sommer des Folgejahres enden, ist diese Zusammenfassungsperspektive auch aus bildungsstatistischer Sicht nützlich.

Bei Studierenden wird die Wintersemester-Anzahl (in der Regel mit Bezug auf das Studienjahr) als Kenngröße benutzt, denn während Studienanfänger und Absolventen eine Bestandsänderung darstellen, werden die Studierenden als Bestandsgröße des Studienjahres aufgefasst.

Schuljahres 2008/09 im Frühsommer 2009 abgelegt. Der Bildungsweg setzt sich (je nach üblichem Studiengangbeginn) mit dem Studium im anschlie-

ßenden Wintersemester (2009/10) oder auch erst im darauffolgenden Sommersemester (2010) fort.

Abb. 3
Studienberechtigte Schulabsolventen und Studienanfänger (1. Hochschulsemester) in Bayern seit 2008/09 nach Schuljahren bzw. akademischen Jahren* und Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in Tausend



* Akademisches Jahr (AJ): Wintersemester und nachfolgendes Sommersemester.
 1 Schätzwert laut Prognose der Kultusministerkonferenz.
 2 Vorläufiges Ergebnis Sommersemester 2015.

Diese Darstellung erleichtert den Vergleich von Absolventendaten und Studienanfängerdaten, entspricht jedoch nicht der Berichtssystematik im Bildungssystem (vgl. Infokasten „Studienjahr, Prüfungsjahr, akademisches Jahr“). Um die Trennung klarzustellen und Verwirrung zu vermeiden, wird die zeitliche Abgrenzung deshalb hier als akademisches Jahr bezeichnet. Die Angaben in Abbildung 3 sind daher teilweise nicht mit anderen Tabellen in diesem Artikel oder den gängigen Veröffentlichungen unmittelbar vergleichbar, in denen die übliche Abgrenzung des Studienjahres genutzt wird.

Soweit der theoretische Vorlauf. Konkret lässt sich erkennen, dass im Jahr 2009 rund 56 000 Studienberechtigte die bayerischen Schulen verließen und bereits 2010 die 60 000er-Marke überschritten wurde. Danach folgte das Ausnahmejahr 2011 mit dem G9/8-Doppelabiturientenjahrgang und der Wehrpflicht-Aussetzung. In 2012 und 2013 erwarben in Bayern jeweils circa 63 000 Schüler eine Studienberechtigung. Es hat also, verglichen mit 2009, eine Niveauverschiebung der Studienberechtigten nach oben stattgefunden. Diese Verschiebung liegt zwar etwas unterhalb der Vorausberechnung der KMK, die über 66 000 Schulabsolventen mit Hoch- und Fachhochschulreife in Bayern prognostiziert hatte; bis 2020 werden jedoch weiterhin Abiturientenjahrgänge auf diesem Niveau erwartet. In Abbildung 3 ist dies angerissen, wobei für die Schulabsolventenzahlen 2013/14 der Prognosewert der KMK gesetzt wurde, und für die Angabe zu Studienanfängern wurden vorläufige Ergebnisse des Sommersemesters 2015 genutzt.

Die Säulengrafik der Abbildung 3 kann – bei flüchtigem Lesen – durch das Nebeneinanderstellen der Daten den Anschein erwecken, dass die meisten bayerischen Schulabsolventen unmittelbar zu Studienanfängern an den bayerischen Hochschulen werden würden. Tabelle 2 verrät hingegen, dass in den letzten Studienjahren auf lange Sicht zwei Drittel der Studienberechtigten in Bayern an bayerische Hochschulen wechselten. Der Rest entschied sich zur Studienaufnahme in einem anderen Bundesland⁵, im Ausland, stieg später ins Studium ein oder studierte gar nicht.

Betrachtet man die Anzahl der Studienanfänger als Kapazitätspotential des akademischen Systems, so ergibt ein Vergleich mit der Anzahl der Studienberechtigten also, dass ein bayerischer Abiturientenjahrgang theoretisch vollständig an bayerischen Hochschulen immatrikuliert werden könnte. Zwar befragt das Bayerische Landesamt für Statistik Abiturienten oder Studierende nicht zu ihrer Entscheidungssituation, aber es lässt sich mit den vorliegenden Daten eine kurze Kohortenbetrachtung durchführen, indem eine Folge von Studienanfangssemestern nach dem Jahr des HZB-Erwerbs aufgliedert wird.

Tabelle 2 zeigt eine Matrix, in der Studieneintritt und HZB-Erwerb seit 2007 ausgewertet wurden. Dabei wird erkennbar, dass sich zumindest über einen längeren Zeitraum die Daten stabilisieren. Allerdings ist natürlich problematisch, dass keine Informationen zum Verbleib der Nicht-Immatrikulierten vorliegen.⁶

⁵ Für eine detailliertere Darstellung zum Wandergeschehen vgl. Dr. Rödel, R. (2011): Abgewandert oder dageblieben? – Die Hochschulwahl von Studierenden aus Bayern, Bayern in Zahlen 4/2011, München.

⁶ Für Immatrikulationen bayerischer Studienberechtigter in anderen Bundesländern liegen diese Informationen dem Statistischen Bundesamt vor, aber für die gänzlich Nicht-Immatrikulierten fehlt eine direkte Datengrundlage.

Tab. 2 Studienberechtigte und Studienanfänger (1. Hochschulsemester) in Bayern seit 2007 nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)												
Jahr des HZB-Erwerbs	Studienberechtigte	Studienanfänger (1. Hochschulsemester) im akademischen Jahr									Anteil an Studienberechtigten	
		2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	zusammen	im ersten akademischen Jahr	bis 2013/14	
		Anzahl									%	
2007	50 788	21 708	9 183	1 524	1 171	621	365	295	34 867	42,7	68,7	
2008	52 352	21	22 439	10 009	1 573	962	667	373	36 044	42,9	68,8	
2009	55 783	–	19	24 744	10 095	1 309	1 043	688	37 898	44,4	67,9	
2010	60 835	–	–	35	31 393	7 099	1 518	1 196	41 241	51,6	67,8	
2011	94 541	–	–	–	4 548	43 763	10 992	2 535	61 838	46,3	65,4	
2012	63 349	–	–	–	–	46	29 951	9 642	39 639	47,3	62,6	

7 Die bundesweite Übergangsquote liegt bei etwas über 50% für die genannten Kohorten, vgl. Statistisches Bundesamt (2014): Fachserie 11, Reihe 4.3.1, 1980 bis 2013 „Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen“, Wiesbaden.

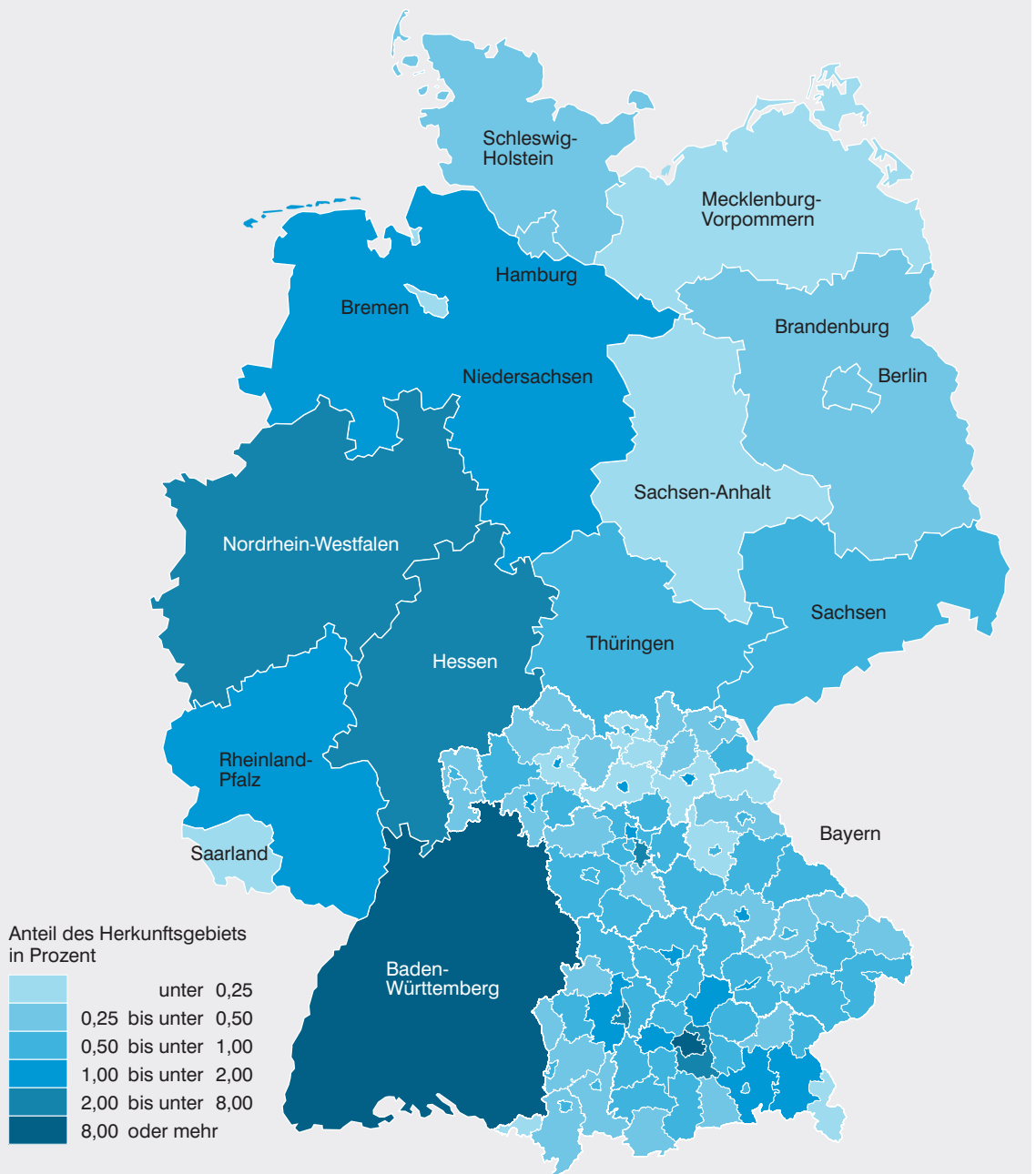
Das Fazit der Tabelle 2 und die Antwort auf die Frage, wie gut bayerischen Abiturienten ein sofortiger Studienbeginn gelingt, ist, dass von den bayerischen Abiturientenkohorten zumindest in den letzten Jahren grob die Hälfte im Jahr des HZB-Erwerbs direkt in das akademische System in Bayern übergetreten ist.⁷ Im Folgejahr sind bereits über 60% eines bayerischen Abiturientenjahrgangs an bayerischen Hochschulen

immatrikuliert, bundesweit sogar noch einmal etwa zehn Prozentpunkte mehr, und auch im dritten und vierten Jahr bleibt eine signifikante Motivation zur Studienaufnahme von „Bayern“ in Bayern bestehen.

Studienanfänger aus anderen Bundesländern

Bereits Abbildung 3 ließ erkennen, dass im akademischen Jahr 2014/15 rund 12 000 Studienplätze an

Abb. 4 Studienanfänger (1. Hochschulsesemester) in Bayern mit in Deutschland erworbener Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2014/15 nach Bundesland bzw. Kreis (in Bayern) des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung in Prozent





Quotensummenverfahren

Studienberechtigten-, Studienanfänger- und Absolventenquote.

Die Idee des Quotensummenverfahrens ist, einen Bezug zwischen Studienberechtigten, Studienanfängern bzw. Absolventen und der sogenannten altersspezifischen Bevölkerung herzustellen. Dazu wird der Anteil an der Wohnbevölkerung des entsprechenden Alters am 31. Dezember des vorhergehenden Berichtsjahres für jeden einzelnen Jahrgang errechnet und zu einer Quote über alle Jahrgänge addiert.

Zu den **studienberechtigten Schulabgängern** zählen Schulentlassene des allgemeinen und beruflichen Schulwesens mit allgemeiner Hochschulreife (einschließlich der fachgebundenen Hochschulreife) oder mit Fachhochschulreife.

Als **Studienanfänger** zählen alle Studierenden im 1. Hochschulsesemester, die im Kalenderjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester) erstmals an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind.

Die **Absolventenquote** wird nur für Erstabsolventen berechnet.

bayerischen Hochschulen, also grob ein Sechstel, von Erststudierenden eingenommen wurden, die ihre HZB in einem anderen deutschen Bundesland erworben hatten.

Die Karteneinfärbung der Abbildung 4 zeigt für das Wintersemester 2014/15, dass Schulabsolventen aus Baden-Württemberg (BW), Nordrhein-Westfalen (NW) und Hessen (HE) ein Studium in Bayern sehr attraktiv erschien. Dieses Wanderungsphänomen soll mit dem Konzept der Studienberechtigtenquote (vgl. Infokasten „Quotensummenverfahren“) näher beleuchtet werden.

Tabelle 3 zeigt zum Jahr 2013 die Quote der Studienberechtigten für ausgewählte Bundesländer sowie den Durchschnitt über alle deutschen Flächenstaaten.⁸ Der Anteil der Abiturienten an der altersspezifischen Bevölkerung liegt in BW (57,9%) mehr als zehn, in HE (67,4%) mehr als 20 und in NW (72,7%) sogar mehr als 25 Prozentpunkte höher als in Bayern (46,1%). In anderen Bundesländern werden also teils signifikant mehr Studienberechtigte hervorgebracht als im Freistaat. Im Vergleich dazu fallen die Quoten beispielsweise für Sachsen (44,3%), Thüringen (48,2%) oder Niedersachsen (51,3%) deutlich moderater aus. Eine offensichtliche Diskrepanz, die einerseits verwundert, andererseits jedoch auch nicht, denn ein Hinzuziehen von Studienanfängerquoten und Absolventenquoten gibt einen Hinweis darauf, wie sich die Verläufe am Ende egalisieren.

Dies soll nicht zu dem Fehlschluss verleiten, für NW verbliebe nach einer Studienberechtigtenquote von 72,7% nur noch eine Absolventenquote von 29,1% übrig. Bei dieser Lesart würden nicht korrespondierende Jahrgänge verglichen. Es ist aber durchaus über die letzten Jahre (in der Fachserie 11) zu ersehen, dass sich die Studienberechtigtenquoten von Land zu Land um zweistellige Prozentpunkte unterscheiden, wie zu Beginn dieses Absatzes für das Jahr 2013 genannt, während die Absolventenquoten nur um wenige Prozentpunkte variieren.

Aufgrund der Quotensummendaten ließe sich unter Umständen vermuten, es könnte eine Art Bildungskapazitätsausgleich, sozusagen analog zum Länderfinanzausgleich, mit Abiturientengeber- und Stu-

⁸ Vgl. die bereits oben genannte Fachserie 11, deren aktuelle Daten das Studienjahr 2013 und das Prüfungsjahr 2012 enthalten.

Tab. 3 **Quote* der Studienberechtigten, Studienanfänger und Absolventen und ihr Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung in ausgewählten Bundesländern im Studienjahr 2013 und Prüfungsjahr 2012**

Bundesland	Quote der ...		
	Studienberechtigten	Studienanfänger	Absolventen
	2013		2012
Deutschland (Flächenstaaten)	57,1	47,6	29,8
Baden-Württemberg	57,9	52,2	35,9
Bayern	46,1	41,6	30,2
Hessen	67,4	56,4	32,3
Niedersachsen	51,3	42,6	25,1
Nordrhein-Westfalen	72,7	54,9	29,1
Sachsen	44,3	37,8	30,4
Thüringen	48,2	39,9	29,5

* Vgl. Infokasten „Quotensummenverfahren“.

Tab. 4 Studienanfänger (1. Hochschulsesemester) in Bayern im Studienjahr 2014 nach Staatsangehörigkeit und Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)

Ort des HZB-Erwerbs	Staatsangehörigkeit	
	Inland	Ausland
Inland	Inländer 55 632	Bildungsinländer 2 129
Ausland	Deutsche mit ausl. HZB 919	Bildungsausländer 13 640

dienplatznehmerländern existieren. Dies lässt sich direkt verwerfen, denn die bayerischen Abiturienten, die nicht in der Heimat zum Zuge kommen (oder solche, die bewusst fort wollen), verhalten sich letztlich analog zu den anderen Bildungswanderern. Beispielsweise war zum Wintersemester 2011/12 der Wanderungssaldo zwischen Bayern und NW oder HE nahezu ausgeglichen, nach BW waren aus Bayern sogar Abwanderungen zu verzeichnen.⁹

9 Vgl. Schmidt, G. (2013): Hochschulen in Bayern, Bayern in Zahlen 7/2013, München.

10 Studienkollegs sind Bildungseinrichtungen, in denen Studienbewerber mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung, die nicht als dem deutschen Abitur gleichwertig anerkannt ist, auf ein wissenschaftliches Studium an einer deutschen Hochschule vorbereitet werden.

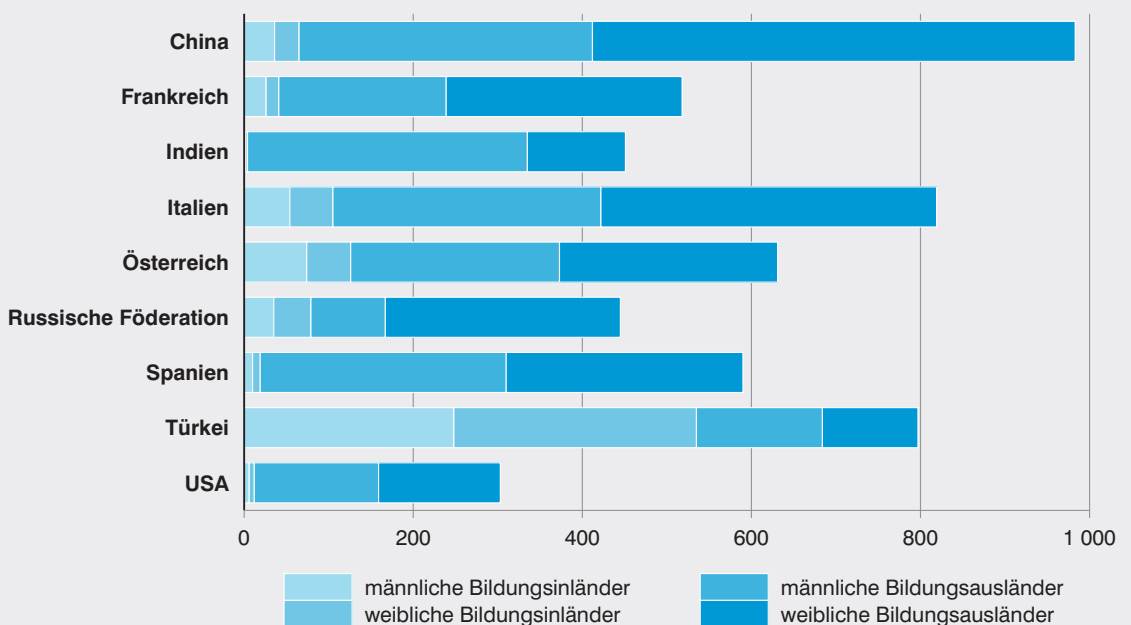
Wie international sind internationale Studierende?

Wie bereits gezeigt, könnte das bayerische Hochschulsystem einen kompletten bayerischen Abi-

turientenjahrgang aufnehmen. Neben den Studierenden aus anderen Bundesländern waren es im akademischen Jahr 2013/14 ausländische Studierende, die ein Fünftel der Studienplätze (rund 14 000) in Bayern besetzten. Allerdings besitzt ein größerer Teil der „statistischen“ Ausländer vermutlich eine doppelte Staatsbürgerschaft und wird deshalb vom Umfeld gar nicht als ausländische Studierende wahrgenommen. Dies ist derzeit nicht mit den Merkmalen der Hochschulstatistik erfassbar, soll sich aber durch Einführung des Merkmals „weitere Staatsangehörigkeit“ im Zuge der HStatG-Novellierung ändern.

Um in die Tiefe gehen zu können, verdeutlicht Tabelle 4 die Begriffskonzepte „Bildungsausländer“ und „Bildungsinländer“, die leicht zu Verwirrung führen können. Man erkennt: Egal, ob Bildungsausländer oder Bildungsinländer, es handelt sich – nach Staatsangehörigkeit betrachtet – immer um Ausländer. Entscheidend für die Differenzierung ist, ob die HZB im Inland oder im Ausland erworben wurde. Eine zusätzliche Besonderheit ist hier, dass Absolventen eines Studienkollegs¹⁰ nicht als Bildungs-

Abb. 5 Ausländische Studienanfänger* (1. Hochschulsesemester) in Bayern im Wintersemester 2014/15 nach Herkunftsland und Ort der Hochschulzugangsberechtigung



* Ausländische Studierende mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in Deutschland werden als Bildungsinländer, mit HZB-Erwerb im Ausland werden als Bildungsausländer bezeichnet.

inländer gelten, denn eine solche Vorgehensweise würde (fachlich verzerrend) eine deutsche Schul- ausbildung suggerieren.

Auf der Basis des Bildungsin-/ausländerkonzepts ist in Abbildung 5 die Rangfolge der zehn Nationen mit den meisten Studienanfängern im Wintersemester 2014/15 gelistet. Auf die teils ausgeglichenen, teils unausgeglichenen Geschlechterverhältnisse wird nicht näher eingegangen. Während die Anzahl an Bildungsausländern in neun Fällen klar über- wiegt, sind Erststudierende mit türkischer Staats- bürgerschaft überwiegend Bildungsinländer. Bereits im Jahr 2000 kommentierte der Bericht der Beauf- tragten der Bundesregierung für Ausländerfragen (S. 74): „Der weitaus größte Teil aller Bildungsinlän- der (57%) besitzt die ausländische Staatsbürger- schaft aus Anwerbeländern oder deren Nachfolge- ländern: Türkei, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Slowenien, Serbien/Montenegro, Griechenland, Ita- lien, Spanien, Portugal, Marokko und Tunesien. Da- bei haben allein 30% (16 617) aller Bildungsinländer

die türkische Staatsbürgerschaft.“¹¹ Es ist plausibel, dass dieses Phänomen im Laufe der Jahre stabil ge- blieben¹² und insofern bis heute beobachtbar ist.

Die Zahl der Bildungsausländer wird – und dies eben- falls bereits seit Längerem unverändert – von Studi- enanfängern aus China dominiert. Auch Indien sowie die russische Föderation sind im bayerischen Hoch- schulsystem nicht erst seit 2014 zu verzeichnen. Es leuchtet ein, dass Anrainerstaaten wie Italien, Frank- reich und Österreich gleichfalls zu den Nationen ge- hören, die mit am stärksten vertreten sind.

Das Spektrum der Studieninteressen der zehn aus- gewählten Nationen weist eine gewisse Überde- ckung mit dem ihrer deutschen Kommilitonen auf: Als beliebtester Studienbereich kommt Wirtschafts- wissenschaften vorneweg, gleich danach Maschi- nenbau (vgl. Abbildung 6). Die Masse orientiert sich sozusagen an Globalisierungskompatibilität. Aus deutscher Sicht sympathisch, aber auch nicht verwunderlich, ist der dritte Platz für Germanistik.

11 Unterrichtung durch die Bundesregierung (9. Februar 2000): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Bundestagsdrucksache 14/2674, Bonn.

12 In diesem Sinne auch: Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hrsg.): Bildungsinländer 2011 – Daten und Fakten zur Situation von ausländischen Studie- renden mit deutscher Hochschulzugangsbere- chtigung, abgerufen am 6. September 2015 unter www.dzshw.eu.

Abb. 6
Ausländische Studienanfänger (1. Hochschulse- mester) in Bayern im Studienjahr 2014
nach Herkunftsland und Studienbereich
in Prozent

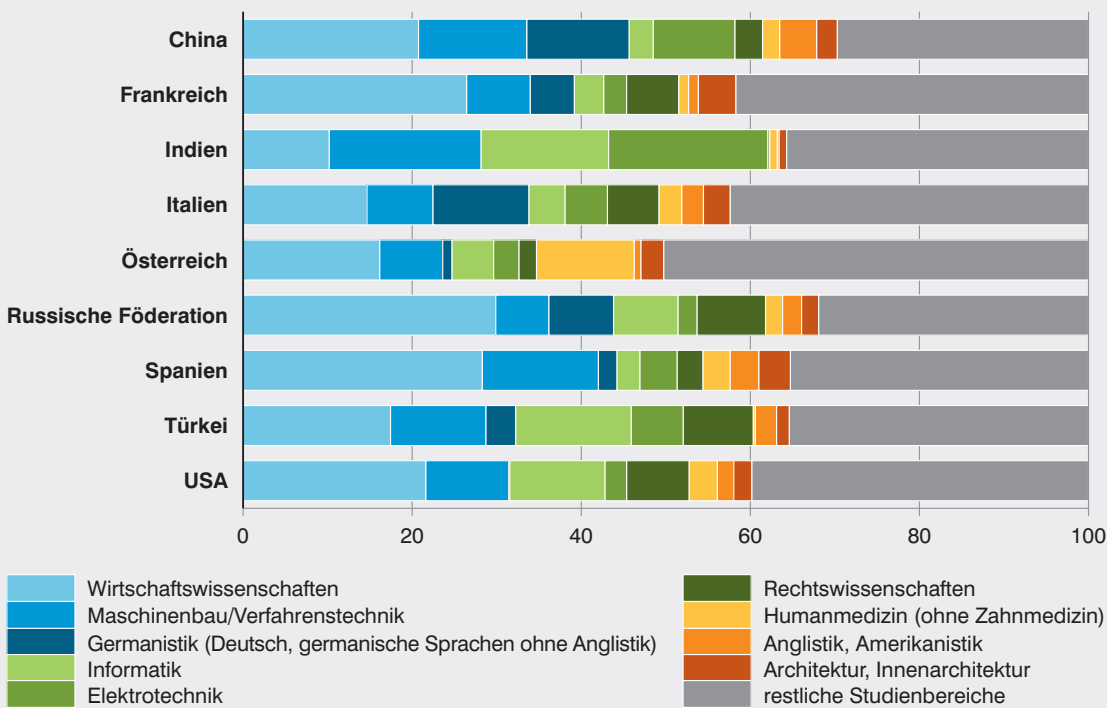
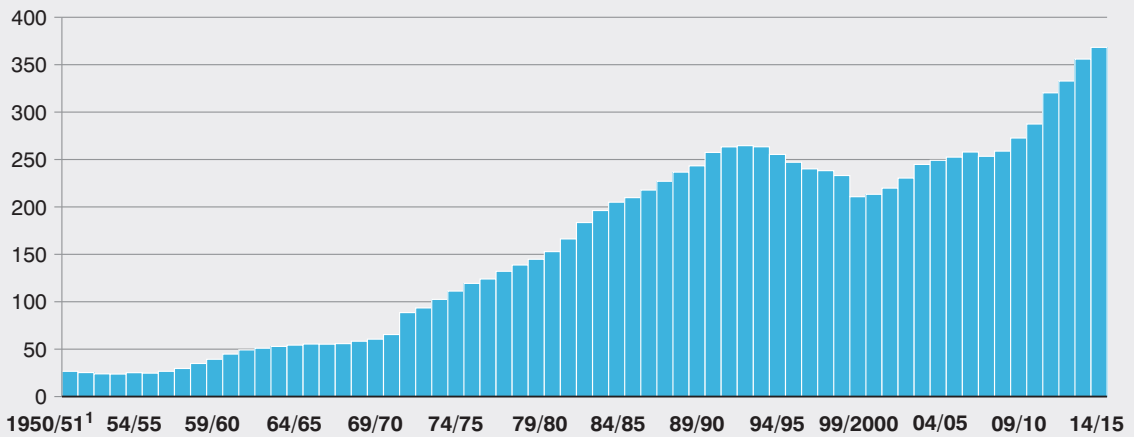


Abb. 7
Studierende an den Hochschulen in Bayern seit 1950/51 (jeweils Wintersemester)
 in Tausend



1 Studienjahr 1950 bei den Kunsthochschulen einschließlich Beurlaubte und Gasthörer.

Hier unterscheiden sich 2014 interessanterweise Erststudierende aus China und Indien deutlich. Während bei ersteren 11,4% (185 Erstsemester) ein Germanistikstudium beginnen, ist es aus Indien nur eine Person. Das Stereotyp der technikorientierten Asiaten trifft für Indien zu, für China wäre es zu einseitig, auch wenn die anderen Studienbereiche der chinesischen Studienanfänger weiterhin überwiegend technikaffin ausfallen.

In Abbildung 6 sollen jedoch nicht nur Ähnlichkeiten in den internationalen Interessensprofilen aufgezeigt werden, sondern auch Unterschiede. Zur besseren Lesbarkeit sind die Studienbereiche auf die insgesamt zehn beliebtesten beschränkt und die verbleibenden Studienbereiche in einer Sammelposition zusammengefasst. Sehr klar zeigt sich am Beispiel von Österreich, dass etwa die Hälfte „Mainstream“ studiert, die andere Hälfte jedoch ein abweichendes Interessenspektrum aufweist, was für die beiden anderen Anrainer Italien und Frankreich ähnlich ausfällt. Bemerkenswert erscheint darüber hinaus, dass amerikanische Staatsangehörige für ein Amerikanistikstudium nach Bayern kommen.

Es wäre nun folgerichtig, an dieser Stelle das Auslandsstudium der bayerischen Studierenden zu skizzieren. Dies lässt die Datenlage der amtlichen Statistik allerdings bislang nicht sonderlich gut zu,

weshalb Ausführungen unterbleiben. Auch hier soll die Novellierung des HStatG mit Merkmalen zur internationalen Mobilität Abhilfe schaffen.

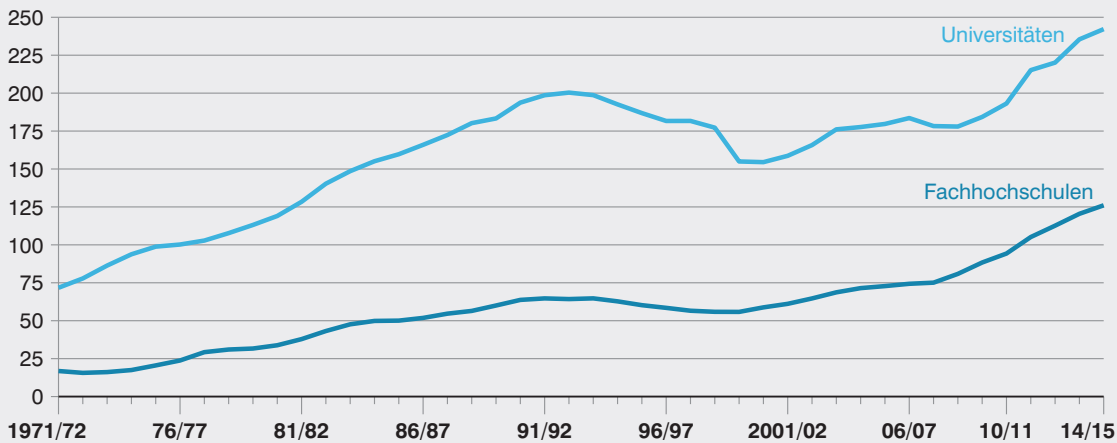
Studierende – Verbleib im akademischen System zur Ausbildung

Wer im Jahr 2014 in Bayern sein Studium begann, zählte zu insgesamt 368 258 Studierenden (Stand: Wintersemester 2014/15) im Freistaat. Wie bereits zuvor zu den Studienanfängern ausgeführt, ist voraussichtlich weder ein weiterer Anstieg noch ein baldiger Abfall zu erwarten. Die Zeitreihe in Abbildung 7 illustriert, dass nach dem kräftigen Anstieg der Studierendenzahlen ab den 70er-Jahren die Entwicklung Mitte der 90er-Jahre einen deutlichen Dämpfer erhielt, bis zur Jahrtausendwende war ein Rückgang auf rund 211 000 Studierende auszumachen. Seit der Jahrtausendwende jedoch hat sich die Zahl bis heute um mehr als 50%, das heißt um über 150 000 Studierende, erhöht.

Eine Differenzierung der zeitlichen Entwicklung der Studierendenzahlen nach Hochschularten (gebündelt zu Universitäten und Fachhochschulen) in Abbildung 8a zeigt Unterschiede in den Größenordnungen von Studierendenbestand und -änderung und suggeriert, dass sich die absoluten Studierendenzahlen an den Fachhochschulen (seit deren Gründung Anfang der 70er-Jahre) weniger volatil entwickelt haben als

Abb. 8a

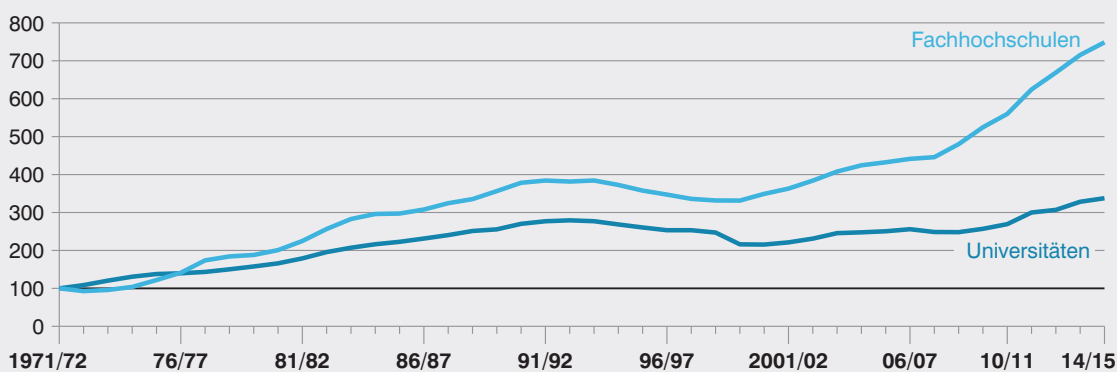
Studierende an Universitäten und Fachhochschulen* in Bayern seit 1971 (jeweils Wintersemester)
in Tausend



* Universitäten einschl. philosophisch-theologischer Hochschulen und Kunsthochschulen, 1970/71 einschl. pädagogischer Hochschulen; Fachhochschulen einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

Abb. 8b

Studierende an Universitäten und Fachhochschulen* in Bayern seit 1971 (jeweils Wintersemester)
(1971/72 = 100)



* Universitäten einschl. philosophisch-theologischer Hochschulen und Kunsthochschulen, 1970/71 einschl. pädagogischer Hochschulen; Fachhochschulen einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

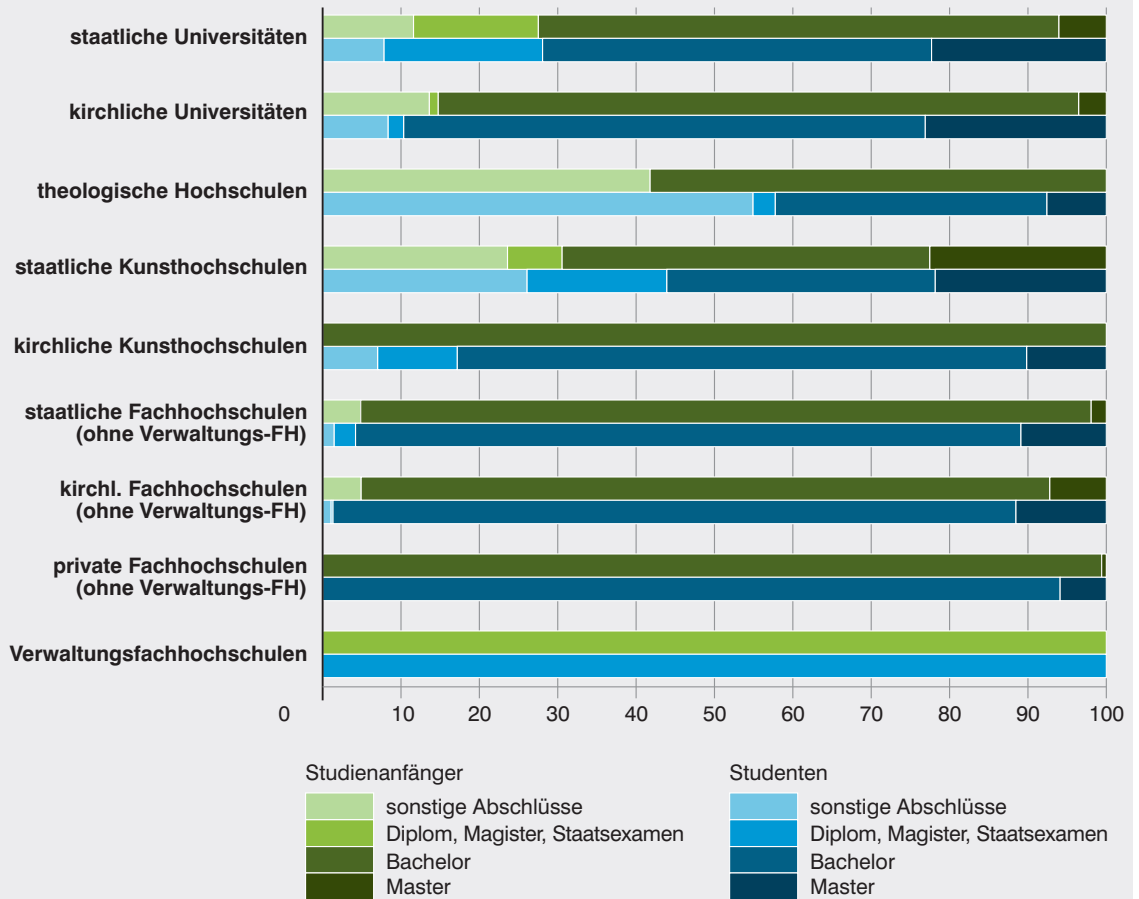
an den Universitäten. Der Einbruch zu Ende der 90er-Jahre erscheint bei den Fachhochschulen nicht so dramatisch, die Entwicklung insgesamt linearer.

Dieselben Daten in Abbildung 8b als Indexpunkte ausgewertet (mit Basis 1971/72) zeigen jedoch ein ganz anderes Bild und verdeutlichen die Dynamik, mit der sich die Fachhochschulen nahezu von Beginn an, insbesondere aber in den letzten Jahren entwickelt haben. In dieser Hinsicht sind sie die klaren Profiteure des Bologna-Prozesses und der Verkürzung der Gymnasialausbildung.

Der Bologna-Prozess, also die Einführung eines zweistufigen Systems von Studienabschlüssen mit dem berufsbildenden Bachelor und dem postgradualen Master auf Basis sogenannter ECTS¹³-Punkte, ist nahezu restlos vollzogen. In Abbildung 9 erscheinen bei den Studienanfängern und Studierenden des Wintersemesters 2014/15 vereinzelt Reste von Diplom- und Magisterstudierenden. Ansonsten handelt es sich bei den Anteilen von Nicht-Bologna-Abschlüssen vor allem um Staatsexamina (Medizin, Jura), spezielle Musik- oder Kirchenprüfungen sowie Zertifikate.

¹³ European Credit Transfer System.

Abb. 9
**Stand des Bologna-Prozesses: Studierende und Studienanfänger in Bayern
im Wintersemester 2014/15 (ohne Lehramtsstudierende)**
in Prozent

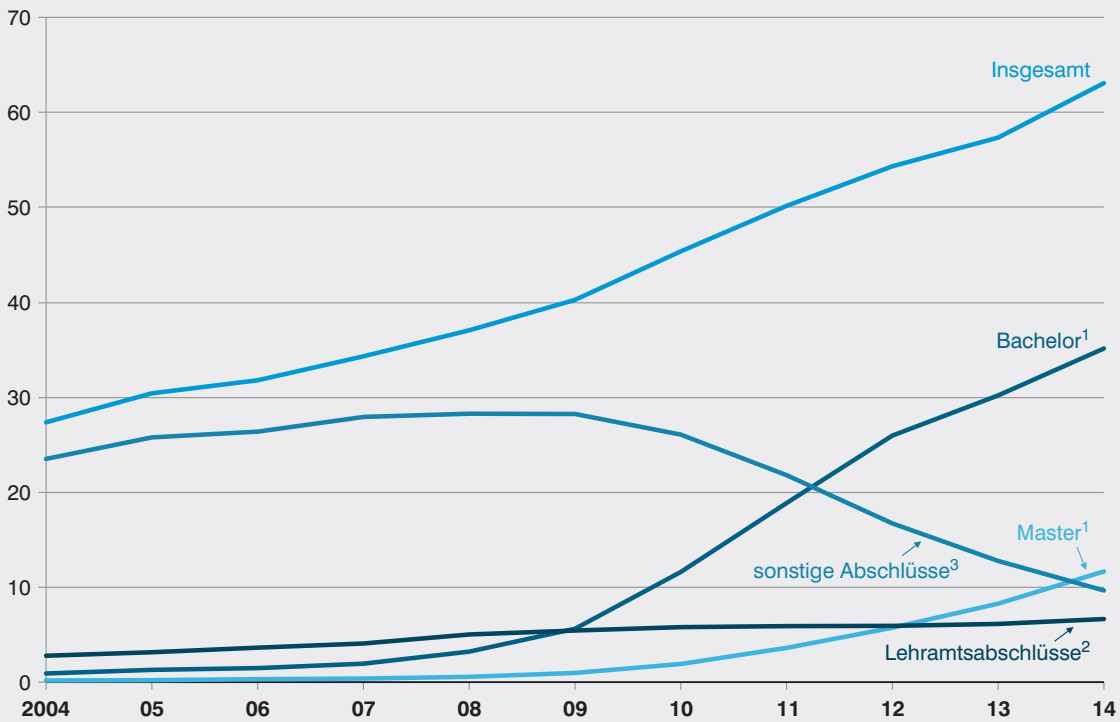


Die Momentaufnahme zur Verteilung der angestrebten Abschlüsse der Studienanfänger und Studierenden wird ergänzt durch Abbildung 10, in der die erfolgreichen Studienabschlüsse als Zeitreihe veranschaulicht werden. Im Prüfungsjahr 2014, also dem Wintersemester 2013/14 und dem Sommersemester 2014, wurden in Bayern 63 080 Prüfungen in sogenannten grundständigen Studiengängen, d. h. im Erst-, Zweit- und konsekutiven Masterstudium, erfolgreich abgelegt. In diesem Jahr überstieg sogar die Anzahl an Masterabschlüssen das erste Mal die Anzahl an Diplomen und sonstigen Abschlüssen, nachdem ab 2009 die Einführung des Bologna-systems richtig Fahrt aufgenommen hatte, wie die Kurven der sonstigen und der Bachelorabschlüsse erweisen. Bei den Lehramtsabschlüssen liegen keine nennenswerten Änderungen vor, obschon auch

hier der Bologna-Prozess zur Ablösung des Diplom-Handelslehrers durch den Master in Wirtschaftspädagogik führt und allgemein die Modularisierung des Studiums auch das Lehramt betrifft. Die entscheidende Abschlussform in diesem Bereich ist allerdings in Bayern nach wie vor das Staatsexamen, was für Kontinuität sorgt.

Abbildung 11 nutzt eine weitere Zeitreihe, in diesem Fall die Verteilung der Studierenden auf bestimmte Fächergruppen, um Trends ausmachen zu können. Unten beginnend ist im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften für die letzten Jahre offensichtlich ein Rückgang zu verzeichnen. Die Besetzung der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ hat sich nicht nennenswert geändert und liegt stabil bei einem Anteil von rund

Abb. 10
Erfolgreiche Abschlüsse in grundständigen* Studiengängen in Bayern seit 2004 nach Abschlussarten
 in Tausend



* Erst- und Zweitstudium sowie konsekutives Masterstudium.
 1 Ohne Lehramtsstudium.
 2 Einschließlich Diplomhandelslehrer.
 3 Diplom, Magister, Staatsexamen und Sonstige.

Abb. 11
Studierende an Hochschulen in Bayern seit Wintersemester 1974/75 nach Fächergruppen
 in Prozent

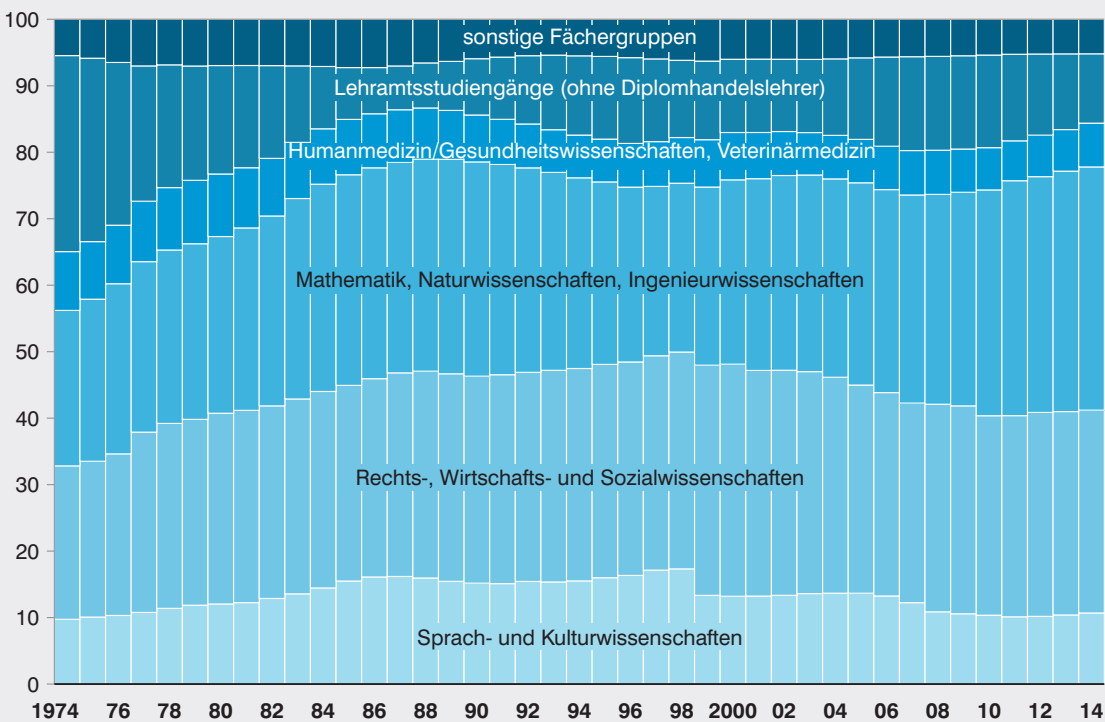
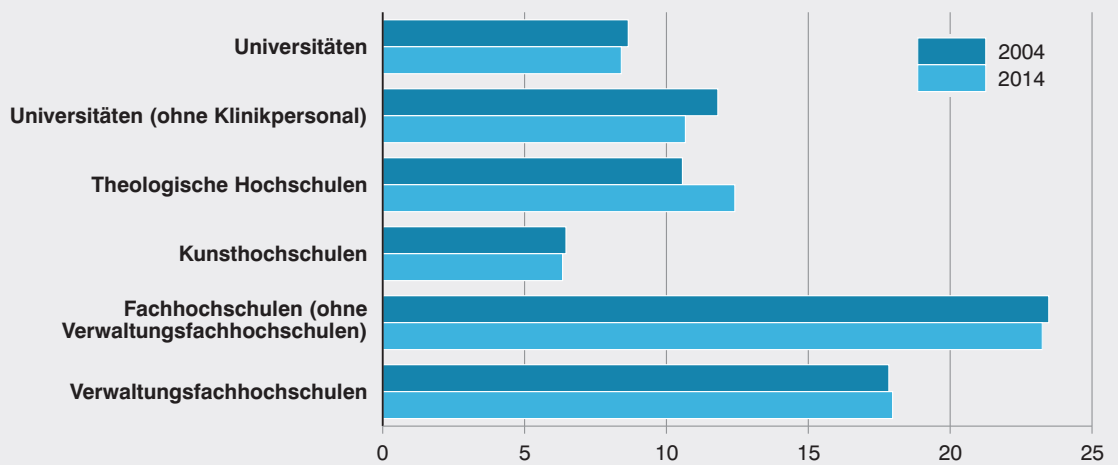


Abb. 12

Betreuungsrelationen* an den Hochschulen in Bayern 2004 und 2014



* Studierende je Lehrpersonal (Vollzeitäquivalente)

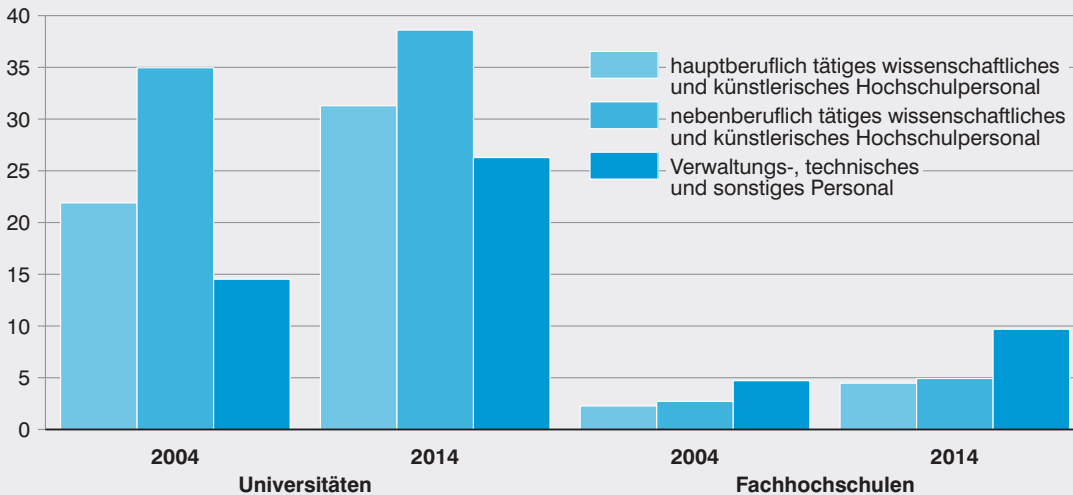
30%. Klarer Gewinner der Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts sind die sogenannten MINT-Fächer, also Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik. Aufgrund des befürchteten Fachkräftemangels wurde (nicht nur) im deutschsprachigen Raum stark für einen Ausbau in diesem Bereich geworben – offensichtlich erfolgreich. Anhand des Diagramms erscheint dies zu lasten der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Lehramtsausbildung erfolgt zu sein. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich um eine relative Darstellung handelt, während absolut betrachtet deutlich gestiegene Studierendenzahlen zugrunde liegen. Zumindest für den Lehramtsbereich ist eine zyklische Entwicklung aber durchaus typisch.

Als Vorankündigung auf den nächsten Abschnitt „Hochschulpersonal“ und zum Abschluss des Kapitels zu den Studierenden werden nachfolgend die sogenannten Betreuungsrelationen besprochen. Diese Quote zeigt, wie viele Studierende auf das Lehrpersonal entfallen. Vor der Besprechung der Ergebnisse sind Erläuterungen zur Berechnungsmethodik vonnöten. Es wurden für 2014 die Studierenden des Wintersemesters 2013/14 genutzt sowie das Personal des Berichtsjahres 2013, das zum 1. Dezember eines Berichtsjahres erhoben wird, um die Datenquellen auf diese Weise (anschaulich gedacht: zum Jahreswechsel 2014) aufeinander zu beziehen. Anders als in den

Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts (vgl. die bereits genannte Fachserie 11) werden die Verwaltungsfachhochschulen nicht ausgeschlossen, Teilzeitstudierende nicht gesondert berechnet und auch Promotionsstudierende nicht ausgenommen. Dadurch ergeben sich leichte Abweichungen, die jedoch die grundlegenden Aussagen nicht beeinträchtigen.

Für die gegenübergestellten Zeiträume 2004 und 2014 offenbart Abbildung 12, dass der enorme Zuwachs an Studierenden um über 100 000 zusätzliche „Lehr- und Betreuungsnachfrager“, keine Verschlechterung bewirkt hat. Bei den Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen hat sich die Betreuungsrelation leicht verbessert, bei den theologischen Hochschulen erkennbar, aber auch nicht dramatisch verschlechtert. Auffällig sind vielmehr die Unterschiede zwischen den Hochschularten. Während an den Fachhochschulen deutlich über 20 Studierende je Lehrpersonal auftreten, muss das Lehrpersonal an Universitäten (ohne Klinikpersonal) und theologischen Hochschulen 2014 jeweils nur ca. 11 bzw. 12 Studierende betreuen. Professoren und Dozenten an Kunsthochschulen betreuen durchschnittlich 6 Studierende. In Abbildung 12 wird auch die Berechnung der Betreuungsrelationen bei Universitäten zunächst mit Klinikpersonal, anschließend ohne Klinikpersonal als Beispiel für spe-

Abb. 13
Personal an Universitäten* und Fachhochschulen in Bayern 2004 und 2014**
 nach Personalart und Tätigkeit
 in Prozent



* Einschließlich philosophisch-theologischer Hochschulen und Kunsthochschulen.

** Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

zielle Abgrenzungssachverhalte gegenübergestellt, da davon auszugehen ist, dass Klinikpersonal eher nicht in der Lehre tätig ist. Je nach Abgrenzung sind mit Klinikpersonal sogar unter 10 (2014: 9) oder die bereits genannten 12 Betreuungsfälle anzusetzen.

Hochschulpersonal – ein möglicher Weiterverbleib im akademischen System

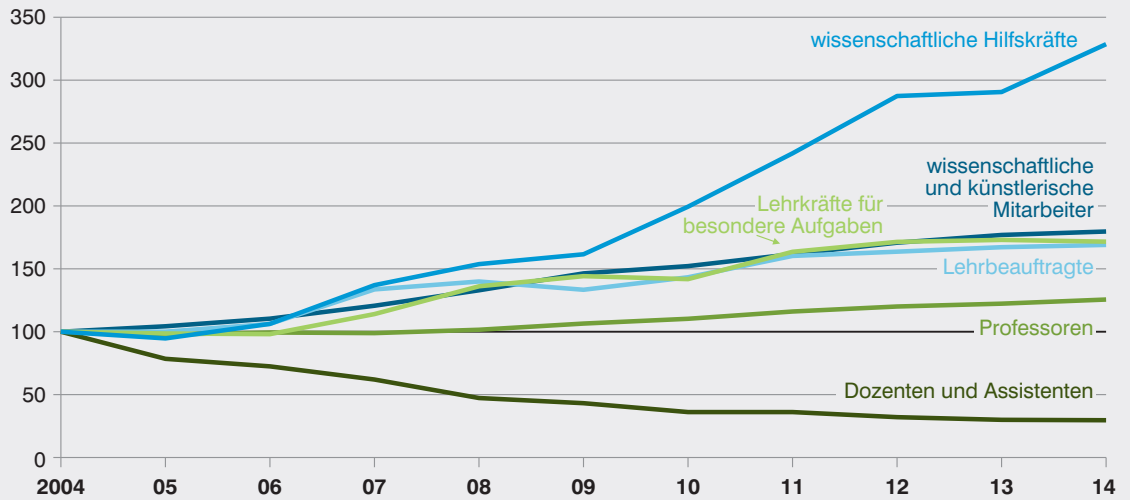
Nach Abschluss des Studiums ist der Verbleib im Hochschulsystem für Akademiker eine Karriereoption. In Abbildung 13 wird zunächst das gesamte Personal, also neben dem wissenschaftlichen auch das Verwaltungs- und technische Personal dargestellt. Ein Vergleich zwischen den Berichtsjahren 2004 und 2014, zusammengefasst nach Universitäten (inklusive theologischer und Kunsthochschulen) und Fachhochschulen (inklusive Verwaltungsfachhochschulen) lässt den Umfang der Ausweitung des Hochschulpersonals als Antwort auf den enormen Anstieg der Studierendenzahlen erkennen. Das hauptberufliche Personal an Universitäten stieg von 2004 bis 2014 um 42,9%, das nebenberufliche Personal um 10,4% und das Verwaltungspersonal um 81%.

Wie bereits bei den Studierenden dargestellt, wiesen die Fachhochschulen eine noch größere Entwick-

lungsdynamik auf. Dort stieg das hauptberufliche Personal um 97%, das nebenberufliche um 81,3% und das Verwaltungspersonal sogar um 105,5%. Das Verwaltungspersonal war in die Berechnung der Betreuungsrelationen selbstverständlich nicht eingegangen. Das Fazit aus der Makroperspektive ist jedoch, dass die Betreuung der Studierenden trotz starker Ausweitung der Studierendenzahlen auf hohem Niveau geblieben ist. Der eigentliche Profiteur der Gesamtentwicklung ist indessen das Verwaltungspersonal, das nicht nur die Hochschulverwaltung in den Stäben der Hochschulleitung umfasst, sondern auch Techniker, Bibliothekskräfte oder Pflegepersonal. Aus einer studentischen Karriereperspektive, verstanden als Chance, im akademischen System zu verbleiben, ist dies aber vielleicht eher ernüchternd.

Allerdings darf unterstellt werden, dass akademische Laufbahnabsichten eher auf das wissenschaftlich-künstlerische Personal abstellen. Dazu verdeutlicht Abbildung 14 die Trends des vergangenen Jahrzehnts (ohne Berücksichtigung studentischer Hilfskräfte) in den jeweiligen Personalgruppen. So hatten die stark gestiegenen Studierendenzahlen vor allem einen umfangreichen Ausbau der wissen-

Abb. 14
Wissenschaftlich-künstlerisches Hochschulpersonal in Bayern seit 2004 nach ausgewählten Personalgruppen
 (2004 = 100)



14 Dies sind nebenberuflich tätige wissenschaftliche Mitarbeiter, vgl. Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006, Art. 33 I 3.

schaftlichen Hilfskräfte zur Folge. Die Schere zwischen der Gruppe der Dozenten sowie Assistenten und den wissenschaftlichen Hilfskräften¹⁴ belegt einen generellen Umbau im Personalkörper des akademischen Systems.

Die Zahl der Professoren ist seit 2004 um über 25% gestiegen, was an sich durchaus eine kräftige Stei-

gerung ist. Und es ist evident, dass höhere Studierendenzahlen nicht generell eine Vervielfachung der Lehrstühle nach sich ziehen, sondern eine Ausweitung des Personalstamms an den Lehrstühlen. Entsprechend hat die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter um rund 80% zugelegt, die der Lehrbeauftragten und Lehrkräfte für besondere Aufgaben jeweils um etwa 70%. Zusammenfassend lässt sich

Abb. 15
Teilzeitbeschäftigtes, hauptberufliches wissenschaftlich-künstlerisches Hochschulpersonal in Bayern seit 2004 in Prozent

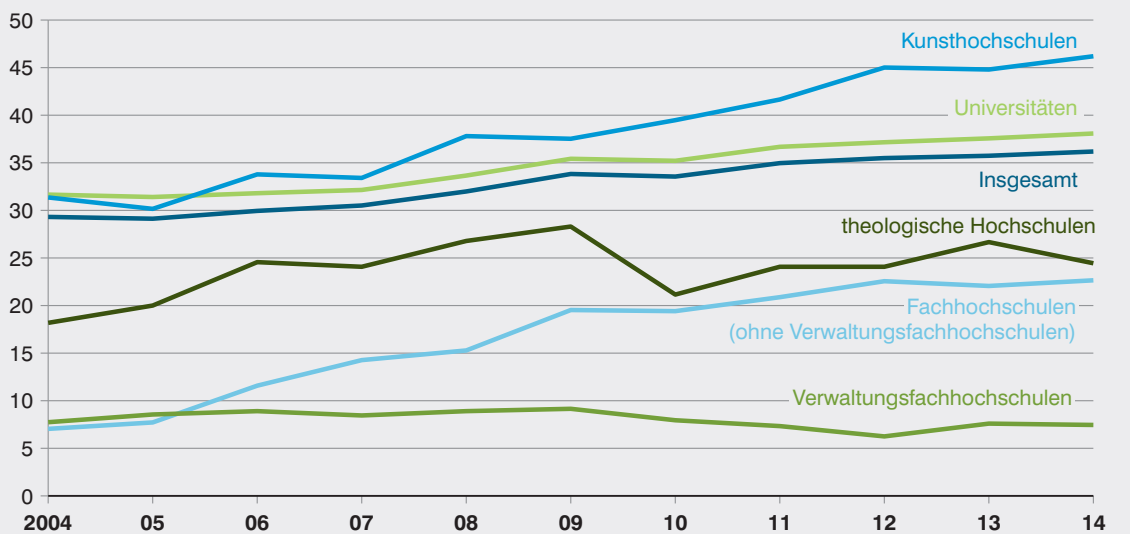
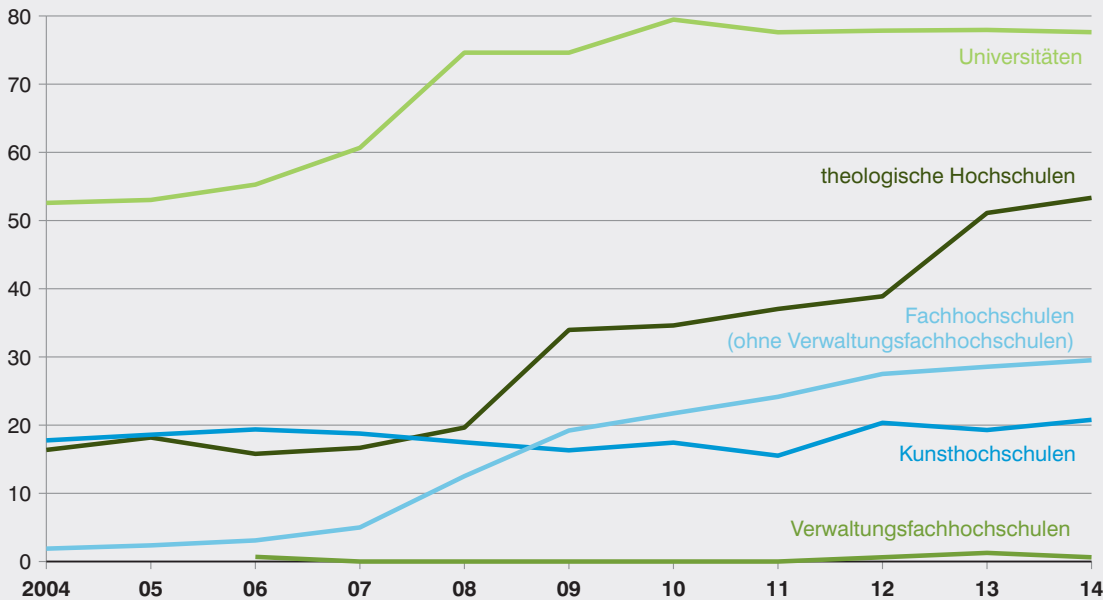


Abb. 16
Befristet beschäftigtes, hauptberufliches wissenschaftlich-künstlerisches Hochschulpersonal in Bayern seit 2004
 in Prozent



also sagen, dass eine vergleichsweise gute Chance auf einen Verbleib im akademischen System in akademischer Verwendung besteht, auch wenn ein deutlicher Umbau erkennbar ist.

Die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse hat sich allerdings zum Teil stark verändert. Hier ist zum einen die weiterhin wachsende Zahl an Teilzeitbeschäftigungen ein ungebrochener Trend, in Abbildung 15 anhand des hauptberuflichen wissenschaftlich-künstlerischen Personals an den verschiedenen Hochschularten dargestellt. Allein die Verwaltungsfachhochschulen sind nicht betroffen, und bei den theologischen Hochschulen liegt ein etwas erratischer Verlauf vor. Während bei den Universitäten eine vergleichsweise moderate Entwicklung von 31,7% Teilzeitquote in 2004 auf 38,1% in 2014 vorliegt, sind die Teilzeitbeschäftigungen an den Fachhochschulen von 7,0% auf 22,7% angestiegen, bei den Kunsthochschulen sogar von 31,4% auf 46,2%. Ein Fazit zur Teilzeitbeschäftigung ist allerdings immer etwas erschwert, da die klassische Orientierung an einem Vollzeitarbeitsplatz und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchaus konkurrierende Ziele sein können.

Leichter fällt da schon eine Einschätzung bei der Betrachtung der befristeten Arbeitsverhältnisse (vgl. Abbildung 16). An den Universitäten war 2004 etwas über die Hälfte des hauptberuflichen wissenschaftlich-künstlerischen Personals „auf Zeit“ beschäftigt, seit 2010 liegt der Anteil inzwischen anhaltend bei rund 80% und könnte damit so etwas wie eine natürliche Obergrenze erreicht haben. Derzeit erlauben die Daten der amtlichen Hochschulstatistik keine Auswertung zu einem Promovierendenstatus, um dieses Thema besser differenzieren zu können, was sich allerdings mit einem novellierten HStatG ändern soll. An den Fachhochschulen hat sich die Quote der befristeten Arbeitsverhältnisse von rund 2% im Jahr 2004 auf rund 30% im Jahr 2014 erhöht. Der abflachende Verlauf der Kurve lässt vermuten, dass die Entwicklung auch hier eine Art Obergrenze gefunden haben könnte.

Fazit und Ausblick auf die Novellierung des HStatG

Die in diesem Artikel präsentierten Daten zeichnen für die Studierenden-, Prüfungs- und Personalstatistik charakteristische Verläufe, die vor allem auf die starke Zunahme der Studierendenzahlen seit

der Jahrtausendwende zurückzuführen sind. Deren starker Anstieg hatte einen erhöhten Umfang der Studienabschlüsse sowie auch Anpassungen im Hochschulpersonalkörper zur Folge. Inzwischen deuten die aktuell im Studienjahr leicht rückläufigen Erstimmatrikulationen darauf hin, dass der Gipfel dieser Entwicklung überschritten ist und, unter Einbeziehung der Vorausberechnungsdaten der KMK, dass die kommenden Jahre eine Plateau-Phase darstellen könnten, bevor ein Rückgang einsetzt. Hierbei sind unvorhergesehene Ereignisse – wie der aus der Tagespresse Anfang September 2015 entnehmbare, kurzfristig erhöhte Lehrerberuf im Schulbereich aufgrund der derzeitigen Flüchtlingszuwanderung und eine mögliche Auswirkung auf den Hochschulbereich – selbstverständlich nicht einkalkuliert.

Als aktuellste Daten wurden vorläufige Ergebnisse zu Studierenden des Sommersemesters 2015 ausgewertet, der Artikel selbst wird zu Beginn des Wintersemesters 2015/16 erscheinen, währenddessen die Umsetzung der HStatG-Novelle vorbereitet wird, die zu Jahresanfang 2016 im Bundestag verabschiedet und bereits ab dem Wintersemester 2016/17 umgesetzt werden soll. Kernpunkt der Novellierung ist – vereinzelt wurden weitere Aspekte im Artikel bereits aufgegriffen – die Einführung einer Verlaufsstatistik zu Studierenden. Dies betrifft Fragestellungen zu Wanderungen, wie sie im ersten Kapitel angerissen wurden, vor allem aber die Analysierbarkeit von Studienerfolg und -abbruch. Wechselt ein Studierender seine Hochschule und damit womöglich sogar das Bundesland, liegt eine Exmatrikulation ohne Studienerfolg vor, die sich nicht ohne Weiteres als tatsächlicher Studienabbruch oder lediglich als Wechselgeschehen kategorisieren lässt. Auswer-

tungen zu solchen Verläufen sind momentan nur unter großem Aufwand als Kohortenbetrachtungen möglich, wobei die Validität der Ergebnisse kaum im Verhältnis zum Aufwand steht. Die Einführung einer Verlaufsstatistik soll solche und andere typisierbare Fälle (und nicht die Personen!) besser nachvollziehbar machen und somit zum Beispiel auch Informationen über die Studierbarkeit von Studiengangangeboten liefern oder Aufschluss über den Übergang vom Bachelor- ins Masterstudium geben.

Im Bereich der Internationalisierung sind Merkmalerweiterungen zur Migration („weitere Staatsangehörigkeit“) sowie zur Auslandsmobilität vorgesehen, was sich letztlich ebenfalls unter dem Stichwort Verlaufsstatistik einordnen lässt. Dies zieht sich weiter in die Verbesserung der Datenlage zum wissenschaftlichen Nachwuchs, für die zum einen die Einführung einer Promovierendenstatistik vorgesehen ist – ungefähr analog zur Studierendenstatistik. Zum anderen sollen die Merkmale im Bereich der Personalstatistik – wie zum Beispiel ein aktueller Promovierenden- bzw. Habilitierendenstatus oder retrospektive Merkmale über den Weg zur Professur (z. B. tenure-track-Modell, Juniorprofessor u. a.) – erweitert werden.

Das zusammenfassende Schlagwort für die geplante HStatG-Novelle ist also das Abbilden von Verläufen. Sollte das Gesetz laut vorliegendem Entwurf¹⁵ beschlossen werden, eröffnen sich neue Möglichkeiten, aus bislang separaten Semesterentitäten nicht nur Zeitreihen zu bilden, sondern auch Wege im und durch das akademische System zu charakterisieren und Datenlücken inhaltlich hochwertig zu schließen.

15 Vgl. Homepage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter: www.bmbf.de, abgerufen am 7. September 2015.

Strafverfolgungsstatistik und Aspekte aus der Strafvollzugsstatistik in Bayern 2014

Dipl.-Wi.Jur. (FH) Reinhard Piegler

Im Jahr 2014 wurden in Bayern 119 697 Personen rechtskräftig verurteilt, das waren um 2,4 % Personen weniger als im Jahr zuvor. Bei den Straftätern handelte es sich überwiegend um Erwachsene, der Anteil der verurteilten Heranwachsenden und Jugendlichen lag im Berichtsjahr bei 8,8 % bzw. 5,4 %. 68,0 % aller Verurteilten waren Deutsche; ihre Anzahl hat gegenüber 2013 um 5,9 % abgenommen. Auch gemessen an ihrem relativen Anteil an der strafmündigen Bevölkerung wurden Deutsche seltener verurteilt: Die Verurteiltenziffer deutscher Staatsbürger lag 2014 bei den Erwachsenen leicht unter dem Vorjahresniveau. Bei den Heranwachsenden und den Jugendlichen war wie schon im Vorjahr ein noch deutlicherer Rückgang zu verzeichnen. Die höchste Ziffer wurde aber nach wie vor für die Heranwachsenden ermittelt. Auch im bayerischen Strafvollzug zeigte sich Ende März 2014 eine rückläufige Tendenz. So waren Ende März 2014 in den 36 bayerischen Justizvollzugsanstalten 8 653 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte inhaftiert, das waren 5,9 % weniger als im Jahr zuvor. 45,8 % der Strafgefangenen verbüßten eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr. Diebstahl und Unterschlagung waren mit einem Anteil von 19,5 % die häufigsten Haftgründe.

Vorbemerkung

Zu der Strafverfolgungsstatistik melden die Strafvollstreckungsbehörden (Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften) in Bayern anonymisierte Daten von rechtskräftig abgeurteilten Personen, die sich wegen Verbrechen oder Vergehen nach dem Strafgesetzbuch, nach anderen Bundesgesetzen oder Vergehen nach bayerischen Landesgesetzen vor Gericht verantworten mussten, gegen die also ein Strafverfahren nach Eröffnung der Hauptverhandlung rechtskräftig abgeschlossen oder ein Strafbefehl erlassen wurde. Ordnungswidrigkeiten, auch wenn sie in die Zuständigkeit der Strafgerichte fallen, werden durch diese Statistik nicht erfasst. Dies gilt ebenso für Ermittlungsverfahren, die von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurden.

Eine weitere Statistik über Straftäter ist die polizeiliche Kriminalstatistik. In dieser werden die von den bayerischen Polizeidienststellen und der Bundespolizei abschließend bearbeiteten rechtswidrigen (Straf-)Taten einschließlich der mit Strafe bedroh-

ten Versuche und die ermittelten Tatverdächtigen erfasst, sofern die Taten im Freistaat Bayern begangen wurden. Einbezogen sind auch die von den Zollbehörden gemeldeten Rauschgiftdelikte. Dagegen sind Grundlage der Strafverfolgungsstatistik die Urteile der Strafgerichte; die erfassten Personen („Abgeurteilte“) sind aufgrund richterlicher Entscheidung verurteilt worden („Verurteilte“) oder es wurde eine andere Entscheidung, wie zum Beispiel Freispruch oder Maßregeln der Besserung und Sicherung, getroffen. Staatsschutz- und Verkehrsdelikte sowie Straftaten, die außerhalb Bayerns begangen wurden, sind – im Gegensatz zur Kriminalstatistik – in der Strafverfolgungsstatistik enthalten, wenn sie von der bayerischen Justiz abgeurteilt wurden.

„Tatverdächtig“ ist jede Person, die aufgrund des polizeilichen Untersuchungsergebnisses zumindest hinreichend verdächtig ist, eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen zu haben. Tatverdächtige können in der Kriminalstatistik mehrfach gezählt sein. Die Abgeurteilten der Strafverfolgungsstatistik werden da-

gegen nur einmal pro Verfahren gezählt, und zwar mit ihrer schwersten Tat. Durch die unterschiedliche Verfahrensdauer bedingt, unterscheiden sich die Statistiken auch in der zeitlichen Verfügbarkeit. Die polizeiliche Kriminalstatistik liegt früher vor als die Strafverfolgungsstatistik, für die noch die richterliche Bewertung der Tat abgewartet werden muss.

Im Rahmen der Strafvollzugsstatistik werden unter anderem Strukturdaten über die Strafgefangenen und die Sicherungsverwahrten in den Justizvollzugsanstalten zum Stichtag 31. März erfasst. Es handelt sich hierbei um demographische und kriminologische Merkmale der wegen Verbüßung einer Freiheitsstrafe (einschließlich Ersatzfreiheitsstrafe) oder Jugendstrafe einsitzenden Strafgefangenen sowie der Sicherungsverwahrten. So wird beispielsweise das Geschlecht, das Alter und die Staatsangehörigkeit erfragt, aber auch die Art der Straftat und die Zahl der Vorstrafen. Nicht einbezogen sind alle anderen Insassen der Justizvollzugsanstalten, wie Personen in Untersuchungs- oder Abschiebehaft.

Zahl der Aburteilungen rückläufig

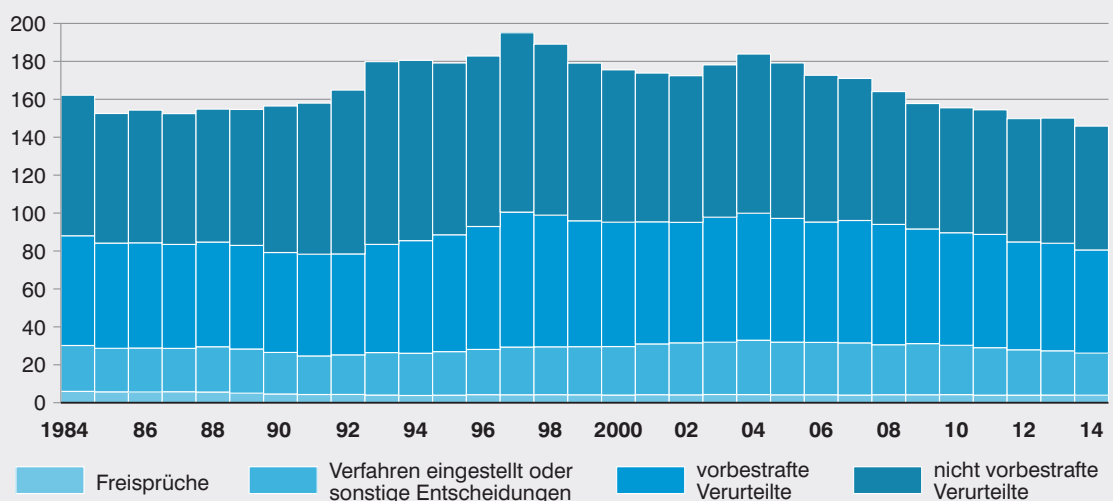
Im Jahr 2014 lag die Zahl der Personen, gegen die ein Strafverfahren vor bayerischen Gerichten rechtskräftig abgeschlossen wurde, mit 145 846 Abgeurteilten um 2,8% niedriger als im Jahr 2013. Abgesehen von einer Unterbrechung im Jahr 2013 ist damit

seit 2004 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen (vgl. Abbildung 1).

Bis 1997 hatte sich die Zahl der Abgeurteilten – von kurzfristigen Unterbrechungen abgesehen – tendenziell aufwärts entwickelt und erreichte 1997 mit 195 069 ihren bislang höchsten Wert. Sie war dann fünf Jahre in Folge wieder rückläufig, stieg 2003 und 2004 erneut an und sinkt seither beständig. So waren beispielsweise 1984, also 30 Jahre zuvor, 162 144 Personen abgeurteilt worden, 1994 waren es 180 524 und weitere 10 Jahre später 183 863 gewesen.

Differenziert nach der Art der Beendigung des Verfahrens dominierten die Verurteilungen. In 82,1% der Verfahren oder bei 119 697 Beschuldigten entschieden die Gerichte im Jahr 2014 auf diese Art der Beendigung. Lediglich in 2,7% der Verfahren (3 975 Personen) erfolgte ein Freispruch. Des Weiteren wurden 15,1% der Verfahren bei 22 009 Personen eingestellt. Die restlichen 165 Fälle (0,1%) wurden durch „sonstige Entscheidungen“ beendet. Hierzu zählen die Anordnung von Maßnahmen der Besserung und Sicherung selbstständig oder neben Freispruch und Einstellung, ferner das Absehen von Strafe sowie die Überweisung an das Familiengericht gemäß § 53 Jugendgerichtsgesetz. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies bei den Verurtei-

Abb. 1
Rechtskräftig Abgeurteilte in Bayern seit 1984 nach Art der Entscheidung
in Tausend



lungen eine Abnahme um 2,4%. Leicht gesunken ist ebenfalls die Zahl der Freisprüche (2,0%). Um 5,1% zurückgegangen ist die Zahl der Einstellungen ohne Maßregeln. Die Anzahl der sonstigen Entscheidungen ist um 4,0% gestiegen. Einen Anstieg gab es ebenfalls beim Absehen von Strafe.

Gegen 14 642 der 145 846 Abgeurteilten des Jahres 2014 wurden – überwiegend zusätzlich zur Verurteilung – insgesamt 14 705 Maßregeln der Besserung und Sicherung verhängt. Während Strafen an die Schuld¹ des Täters anknüpfen und das begangene Unrecht sühnen, geht es bei Maßregeln der Besserung und Sicherung allein um präventive Ziele, z. B. den Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Taten. Von den 2014 verhängten Maßregeln der Besserung und Sicherung entfiel mit 13 704 Fällen der weitaus größte Teil auf die Entziehung der Fahrerlaubnis bzw. Sperre. Außerdem wurden gegen 11 537 Verurteilte 11 612 Nebenstrafen und Nebenfolgen ausgesprochen. Hierbei handelte es sich mit 5 522 Fällen überwiegend um Fahrverbote. Die Entziehung der Fahrerlaubnis bzw. ein Fahrverbot wurde dabei nicht nur ausschließlich bei Straftaten im Straßenverkehr angeordnet, sondern auch bei anderen Straftaten wie zum Beispiel bei Diebstahl und Unterschlagung oder bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Der wesentliche Unterschied zwischen einem Fahrverbot und der Entziehung der Fahrerlaubnis besteht darin, dass beim Fahrverbot der Führerschein „automatisch“ zurückgegeben wird, während bei der Ent-

ziehung der Fahrerlaubnis (auch nach Ablauf der Sperrfrist) bei der Verwaltungsbehörde eine neue Fahrerlaubnis beantragt werden muss.

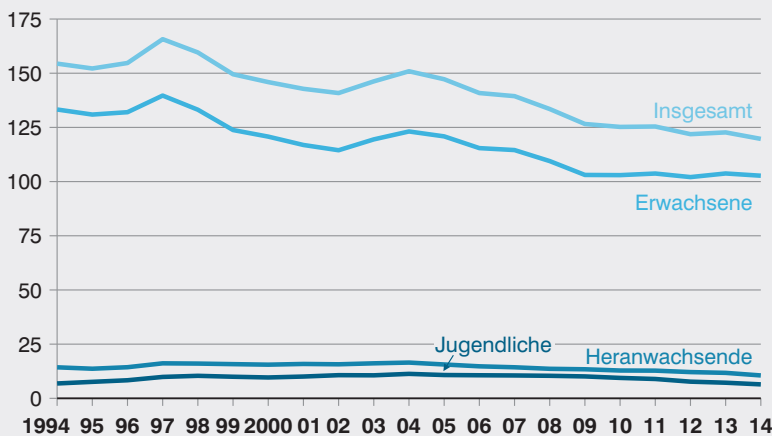
Anteil der Erwachsenen bei Verurteilten nimmt zu

Von den 119 697 Verurteilungen des Jahres 2014 richteten sich 102 707 oder 85,8% gegen Personen im Alter ab 21 Jahren („Erwachsene“), 10 556 oder 8,8% gegen Heranwachsende, die 18 bis unter 21 Jahre alt waren, und 6 434 oder 5,4% gegen strafmündige Jugendliche mit einem Alter von 14 bis unter 18 Jahren. Damit hat sich die Altersstruktur der Verurteilten gegenüber 2013 mit entsprechenden Anteilen von 84,6%, 9,6% und 5,9% diesmal wieder zu Lasten der Erwachsenen verschoben (vgl. Abbildung 2). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Verurteilten bei den Erwachsenen um 1,0% verringert. Mit einem Minus von 10,7% war die Zahl der Verurteilungen bei den Jugendlichen stärker rückläufig als im Jahr zuvor (-6,4%). Bei den Heranwachsenden fiel der Rückgang mit -10,2% ebenfalls deutlich stärker aus. Bei den Verurteilten insgesamt war ein Rückgang von 2,4% zu verzeichnen.

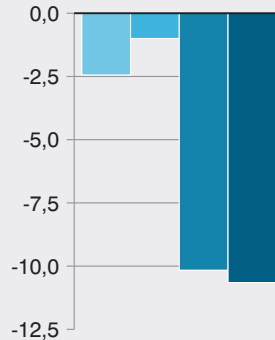
Während Erwachsene nur nach allgemeinem Strafrecht und Jugendliche nur nach Jugendstrafrecht abgeurteilt werden können, gibt es bei den Heranwachsenden beide Möglichkeiten. So wurden die von den Heranwachsenden verübten Straftaten im Jahr 2014 in 25,6% der Verfahren, das sind 2 701 Verurteilungen, nach den für Erwachsene geltenden Vor-

¹ Vgl. auch § 46 Abs. 1 Satz 1 StGB: „Die Schuld des Täters ist Grundlage für die Zumessung der Strafe.“

Abb. 2
Rechtskräftig Verurteilte in Bayern seit 1994 nach Altersgruppen
in Tausend



Veränderung 2014 gegenüber dem Vorjahr



Tab. 1 Rechtskräftig Abgeurteilte in Bayern seit 2005 nach Art der Entscheidung						
Jahr	Abgeurteilte insgesamt	davon				
		Verurteilte	davon		Freisprüche	Verfahren eingestellt oder sonstige Entscheidung ¹
			nicht vorbestraft	vorbestraft		
2005	179 171	147 227	81 981	65 246	4 180	27 764
2006	172 655	140 853	77 374	63 479	4 209	27 593
2007	170 988	139 421	74 895	64 526	4 036	27 531
2008	164 065	133 476	70 045	63 431	4 233	26 356
2009	157 758	126 576	66 119	60 457	4 217	26 965
2010	155 505	125 229	65 861	59 368	4 279	25 997
2011	154 450	125 410	65 702	59 708	3 996	25 044
2012	149 804	121 876	65 013	56 863	3 994	23 934
2013	150 085	122 693	66 006	56 687	4 055	23 337
2014	145 846	119 697	65 283	54 414	3 975	22 174

¹ Als „sonstige Entscheidung“ zählen: Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung (auch neben Freispruch oder Einstellung), außerdem das Absehen von Strafe und die Überweisung an das Familiengericht gemäß § 53 JGG.

schriften des allgemeinen Strafrechts geahndet und in 74,4% oder 7 855 Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht. Gegenüber dem Vorjahr haben sich 2014 die prozentualen Anteile nicht verschoben.

Von den Verurteilten waren, soweit von diesen Personen entsprechende Angaben vorlagen, 54 414 vorbestraft (vgl. Tabelle 1). Der Anteil an den Verurteilten insgesamt betrug 45,5%. Von diesen schon früher Straffälligen waren 37 810 bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, unter ihnen 10 467 Personen drei- oder viermal und 18 458 fünfmal oder öfter. Im Berichtsjahr waren 45,7% der nach allgemeinem Strafrecht und 44,0% der nach Jugendstrafrecht für schuldig Befundenen schon früher als Straftäter erkannt worden. Mehr als vier von zehn nach dem Jugendstrafrecht Verurteilten mit bekannten Vorstrafen waren zuvor einmal strafällig geworden, knapp einer (8,2%) von zehn sogar fünfmal oder öfter.

Frauenanteil an allen Verurteilten leicht angestiegen

Im Berichtszeitraum befanden sich unter den Verurteilten 22 933 Frauen, das waren um 1,3% weniger als im Jahr 2013 (vgl. Tabelle 2). Ihr Anteil an allen Verurteilten betrug 19,2% und ist damit gegenüber dem Vorjahr mit 18,9% leicht angestiegen. Die häufigsten von ihnen begangenen Straftaten waren Diebstahl gemäß § 242 Strafgesetzbuch (StGB) in 4 785 Fällen, Betrug (§ 263 Abs.1 StGB) in 3 371 Fällen, Erschleichung von Leistungen (§ 265a StGB) in 1 647 Fällen, Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB) in 1 489 Fällen und Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB) in 1 370 Fällen. Ein Rückblick auf die vergangenen drei Jahrzehnte zeigt, dass die Zahl der verurteilten Frauen, nach dem Höchststand von 27 242 im Jahr 2004, im Berichtsjahr mit 22 933 gegenüber dem Vorjahr (23 244) wieder leicht abgenommen hat. Ein anderes Bild zeigt sich bei den verurteilten Männern. Der bisherige Höchststand

Tab. 2 Rechtskräftig Verurteilte in Bayern seit 2005 nach Geschlecht und Altersgruppe						
Jahr	Verurteilte insgesamt	davon				
		nach Geschlecht		nach Altersgruppen		
		männlich	weiblich	Erwachsene	Heranwachsende	Jugendliche
Verurteilte insgesamt						
2005	147 227	120 419	26 808	120 862	15 616	10 749
2006	140 853	114 988	25 865	115 444	14 769	10 640
2007	139 421	113 395	26 026	114 545	14 324	10 552
2008	133 476	108 736	24 740	109 461	13 622	10 393
2009	126 576	103 504	23 072	103 065	13 404	10 107
2010	125 229	101 747	23 482	102 980	12 831	9 418
2011	125 410	101 788	23 622	103 714	12 773	8 923
2012	121 876	98 514	23 362	102 074	12 111	7 691
2013	122 693	99 449	23 244	103 742	11 750	7 201
2014	119 697	96 764	22 933	102 707	10 556	6 434

von 139 598 im Jahr 1997 wurde im Berichtsjahr mit 96 764 deutlich unterschritten und ist auch gegenüber dem Vorjahr (99 449) zurückgegangen. Häufigste Straftaten der Männer waren Diebstahl (§ 242 StGB) in 10 395 Fällen, Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) in 10 392 Fällen, Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB) in 9 117 Fällen, Körperverletzung (ohne Straßenverkehr § 223 StGB) in 7 476 Fällen und Betrug (§ 263 Abs.1 StGB) in 6 642 Fällen.

Verurteilungsziffern durchwegs niedriger

Als Maß für die Straffälligkeit der deutschen Bevölkerung kann die Anzahl der deutschen Verurteilten je 100 000 Personen der vergleichbaren deutschen strafmündigen Bevölkerung („Verurteilungsziffer“) dienen. Aus methodischen Gründen werden Verurteilungsziffern nur für die deutsche Bevölkerung errechnet (siehe dazu die Erläuterungen weiter unten). Im Berichtsjahr wurden 820 Deutsche je 100 000 strafmündigen Deutschen in Bayern verurteilt, ein Jahr zuvor waren es noch 873 Deutsche gewesen² (vgl. Tabelle 3).

Die Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt bei der Verurteilungsziffer – wie bei der Absolutzahl auch – erhebliche Unterschiede. Im Jahr 2014 betrug die Verurteilungsziffer der deutschen Männer 1 340, diejenige der deutschen Frauen jedoch nur 329 – jeweils bezogen auf 100 000 der entsprechenden strafmündigen Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr zeigte sich prozentual gesehen bei den Männern mit -6,7%

und bei den Frauen mit -3,7% ein leichter Rückgang.³

Die Verurteilungsziffer der deutschen Erwachsenen belief sich 2014 auf 754 und lag damit wieder leicht unter dem Vorjahresergebnis von 793. Die Verurteilungsziffer der deutschen Jugendlichen verzeichnete den stärksten Rückgang und betrug 1 039 nach 1 171 im Jahr zuvor. Mit 2 173 – nach 2 417 im Vorjahr – wiesen die Heranwachsenden von den drei Gruppen die höchste Verurteilungsziffer auf.

Straftaten Deutscher und Nichtdeutscher

Von den insgesamt 119 697 verurteilten Personen des Jahres 2014 waren 81 344 (68,0%) Deutsche. Ihre Anzahl hat gegenüber 2013 um 5,9% abgenommen. Ausschließlich deutsche Straftäter gab es unter anderem bei der Umweltgefährdenden Abfallbeseitigung (§ 326 Abs. 5 Nr. 1 StGB) mit 13 Verurteilten, sowie bei der Gemeinschädlichen Sachbeschädigung (§ 304 Abs. 2 StGB) mit 10 Verurteilten und bei Straftaten nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) mit 9 Verurteilten. Des Weiteren wurden hohe Anteile verurteilter Deutscher – unter Zugrundelegung der Straftaten mit größeren Fallzahlen – beispielsweise bei folgenden Straftaten ermittelt: Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften nach § 184b StGB (95,3%; 265 Verurteilte), Tierschutzgesetz (95,2%; 138 Verurteilte), Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB (95,5%; 107 Verurteilte), Verstoß gegen Weisungen

² Verurteilungsziffern sind jeweils auf ganze Werte gerundet.

³ Veränderungen in Prozent wurden jeweils mit der nicht gerundeten Verurteilungsziffer errechnet.

Tab. 3 Verurteilungsziffern der rechtskräftig Verurteilten in Bayern seit 2005 nach Geschlecht und Altersgruppen (nur deutsche Verurteilte)

Jahr	Verurteilte insgesamt	davon				
		nach Geschlecht		nach Altersgruppen		
		männlich	weiblich	Erwachsene	Heranwachsende	Jugendliche
Verurteilte Deutsche je 100 000 der entsprechenden strafmündigen deutschen Bevölkerung						
2005	1 139	1 915	416	1 008	3 462	1 697
2006	1 089	1 825	401	965	3 227	1 635
2007	1 086	1 808	409	966	3 032	1 664
2008	1 033	1 719	390	917	2 853	1 634
2009	978	1 633	361	860	2 738	1 651
2010	952	1 578	362	845	2 615	1 550
2011	938	1 551	359	837	2 588	1 462
2012	894	1 468	350	806	2 487	1 263
2013	873	1 437	341	793	2 417	1 171
2014	820	1 340	329	754	2 173	1 039

während der Führungsaufsicht gemäß § 145a StGB (87,4%; 173 Verurteilte) und Untreue gemäß § 266 StGB (87,0%; 168 Verurteilte).

Insgesamt waren 38 353 (32,0%) der im Jahr 2014 für schuldig befundenen Personen Ausländer oder Staatenlose bzw. ohne Angabe; das ist ein Anstieg um 2 144 oder 5,9%. Zu den am stärksten vertretenen Staatsangehörigkeiten gehörten mit Anteilen von 13,5% die türkische, mit 13,2% die rumänische, mit 6,7% die polnische, mit 5,2% die italienische, mit 4,2% die serbische und mit 3,2% die österreichische. Die Bürger aller 28 EU-Staaten waren mit 50,0% vertreten, 0,9% waren Staatenlose. Besonders hohe Anteile verurteilter Ausländer gab es 2014 bei Straftaten gegen das Aufenthaltsgesetz mit 96,2% oder 2 390 Verurteilten und gegen das Asylverfahrensgesetz mit 99,7% oder 325 Verurteilten. Gegen diese Gesetze können in der Regel nur Ausländer verstoßen, verurteilte Deutsche sind wegen verbotener Anstiftung oder Beihilfe beispielsweise beim Einschleusen von Ausländern schuldig. Aber auch bei einigen Straftaten gegen das Strafgesetzbuch ist der Ausländeranteil sehr hoch: Fälschung von Zahlungskarten mit Garantiefunktion und Vordrucken für Euroschecks nach § 152b StGB (93,1%, 27 Verurteilte), Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen (92,0%, 185 Verurteilte), Grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle (vorsätzlich) gemäß § 326 Abs. 2 StGB (83,3%; 10 Verurteilte), Unerlaubte Veranstaltung eines Glückspiels, einer Lotterie oder einer Ausspielung nach § 284 StGB Abs. 1 und 4, § 287 StGB (90,0%; 9 Verurteilte) und Fälschung technischer Aufzeichnungen gemäß § 268 StGB (80,4%, 78 Verurteilte). Die häufigste von Ausländern begangene Straftat war der Diebstahl gemäß § 242 StGB mit einem Anteil von 17,1% an den betreffenden Verurteilungen, gefolgt von Betrug gemäß § 263 Abs. 1 StGB mit 6,7%, Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) mit 6,4%, Erschleichen von Leistungen gemäß § 265a StGB mit 6,7% und Trunkenheit im Verkehr gemäß § 316 StGB mit 5,6%.

Selbst wenn man nur diejenigen Straftaten berücksichtigt, die sowohl Deutsche als auch Nichtdeutsche begehen können – also bestimmte Straftaten gegen Steuergesetze unberücksichtigt lässt, die nur

Inländer begehen können, oder etwa auch Straftaten gegen das Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz außer Acht lässt, die in der Regel nur Ausländer begehen können – sind vergleichende Aussagen über ein kriminelles Potential beider Gruppen kaum zu treffen, da vergleichbare praktikable Bezugsgrößen fehlen.

Beispielsweise

- sind die Gruppen der Deutschen und Nichtdeutschen hinsichtlich ihres sozialen Status nach der Ausbildung, der Berufstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit, des Einkommens und der Wohnverhältnisse völlig unterschiedlich zusammengesetzt;
- handelt es sich bei Ausländern überwiegend um Personen jüngeren und mittleren Alters, die auch bei Deutschen häufiger Straftaten begehen;
- gehören die verurteilten Deutschen wohl weit überwiegend der inländischen Wohnbevölkerung an und sind somit räumlich und zeitlich eher an den Wohnort gebunden, während bei Nichtdeutschen der Anteil der Personen mit höchst unterschiedlicher Aufenthaltsdauer in Deutschland vermutlich weitaus höher liegt. Auch gibt es etwa Banden von Taschen- und Autodieben, die ausschließlich zur Begehung von Straftaten nach Bayern einreisen und danach sofort wieder ausreisen;
- fehlen Angaben über die Zahl der sich in Bayern illegal aufhaltenden Personen. Bei Errechnung einer Verurteiltenziffer für die ausländische Bevölkerung wäre diese daher in der Folge typischerweise überzeichnet: Während die Zahl der sich illegal in Bayern aufhaltenden Personen nicht bekannt ist und daher im Nenner der Verurteiltenziffer fehlt, wären diese Personen bei einer Verurteilung in Bayern jedoch im Zähler mitberücksichtigt.

Freiheitsstrafen und Geldstrafen

Geldstrafen und Freiheitsstrafen sind nur bei Verurteilung nach allgemeinem Strafrecht möglich. Die Geldstrafe wird in Tagessätzen verhängt und beträgt mindestens fünf und, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt, höchstens 360 volle Tagesätze. Die Höhe eines Tagessatzes wird unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

Abb. 3
 Nach allgemeinem Strafrecht zu Freiheitsstrafe Verurteilte in Bayern 2014
 nach Dauer der Freiheitsstrafe und Strafaussetzung zur Bewährung

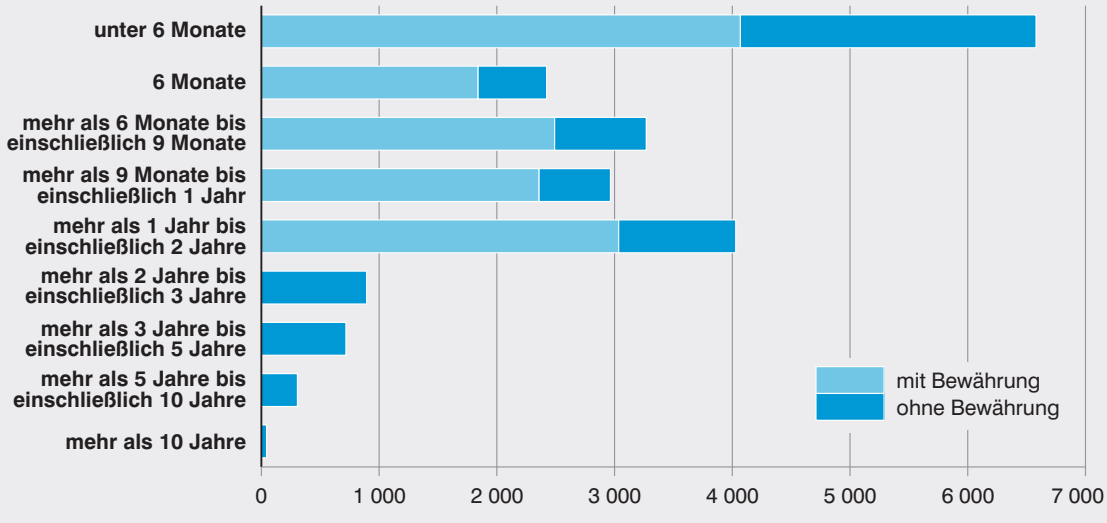
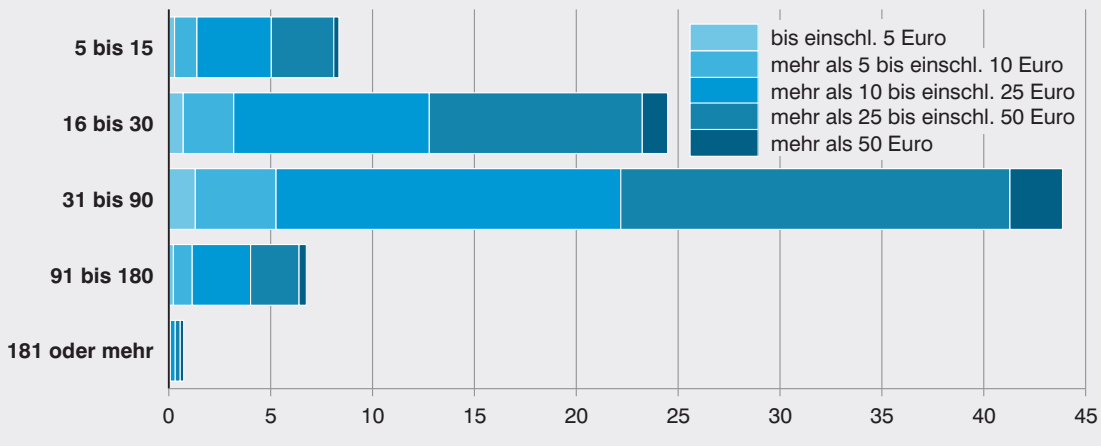


Abb. 4
 Nach allgemeinem Strafrecht zu Geldstrafe Verurteilte in Bayern 2014
 nach Anzahl und Höhe der Tagessätze
 in Tausend

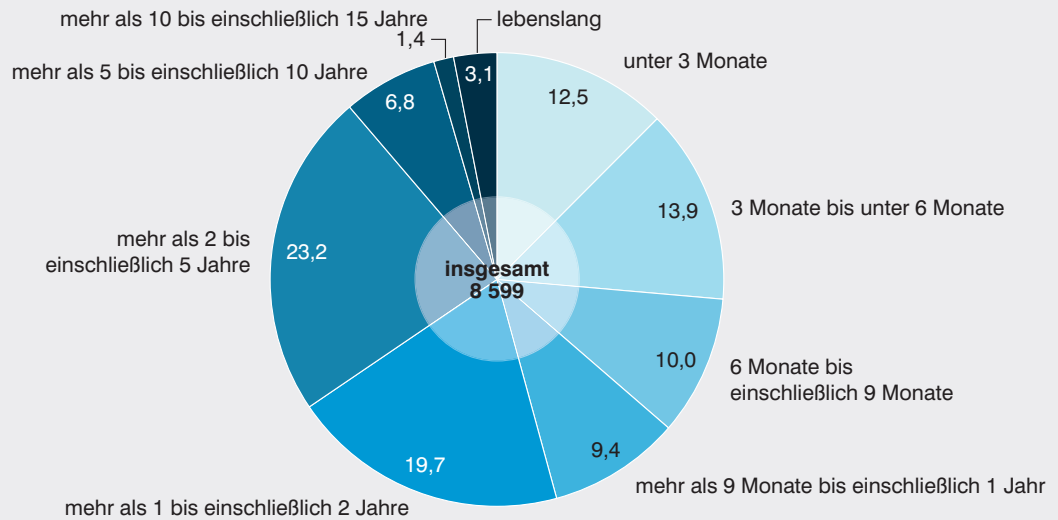


des Täters festgesetzt (§ 40 StGB). Die Freiheitsstrafe ist zeitig, wenn das Gesetz nicht lebenslange Freiheitsstrafe androht. Das Höchstmaß der zeitigen Freiheitsstrafe sind 15 Jahre, das Mindestmaß ein Monat (§ 38 StGB). 2014 wurden 84 179 Straftäter zu einer Geldstrafe sowie 21 228 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Veränderung von jeweils -0,4% bzw. -4,4%. Die Abbildungen 3 und 4 geben einen Überblick über die Höhen der jeweiligen Geld- und Freiheitsstrafen.

Tab. 4 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach Vollzugsarten seit 2005

Jahr	Personen insgesamt	Vollzugsart		
		Freiheitsstrafe	Jugendstrafe	Sicherungsverwahrung
2005	9 367	8 511	802	54
2006	9 423	8 610	759	54
2007	9 860	9 026	777	57
2008	9 628	8 845	729	54
2009	9 548	8 782	704	62
2010	9 522	8 767	682	73
2011	9 601	8 827	706	68
2012	9 469	8 751	673	45
2013	9 198	8 489	660	49
2014	8 653	7 980	619	54

Abb. 5
Strafgefangene in Bayern am 31. März 2014 nach der voraussichtlichen Dauer der Strafe
 in Prozent



Weniger Strafgefangene

Nach der Strafvollzugsstatistik waren zum Stichtag 31. März 2014 in den 36 bayerischen Justizvollzugsanstalten 8 653 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte inhaftiert. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 5,9% oder 545 Personen. Hierin sind Personen in Untersuchungshaft, im Jugendarrest und Personen in sonstiger Freiheitsentziehung (z. B. Strafarrrest oder Abschiebehaft) nicht einbezogen. Die Zahl der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten sank somit annähernd auf das Niveau des Jahres 2003 (8 655 Personen). Seit dem Höchststand im Jahr 2007 ist die Zahl der Inhaftierten bis zum Jahr 2014 tendenziell gesunken (vgl. Tabelle 4).

Fast die Hälfte der Strafgefangenen verbüßte eine Haftstrafe bis zu einem Jahr

Gemessen an der voraussichtlichen Vollzugsdauer verbüßte 2014 die größte Gruppe der Strafgefangenen mit 3 935 Personen oder 45,8% eine Haftstrafe bis zu einem Jahr. Zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mehr als einem und bis zu zwei Jahren wurden 1 698 Strafgefangene verurteilt, was einem Anteil von 19,7% entsprach. Ein Urteil von mehr als zwei und bis zu fünf Jahren Vollzugsdauer wurde gegen 1 998 Personen oder 23,2% ausgesprochen. Gut 6,8% oder 582 Strafgefangene wurden mit einer Haft-

strafe von mehr als fünf und bis zu zehn Jahren belegt. Eine Haftstrafe von zehn bis fünfzehn Jahren erhielten 122 Personen oder 1,4%. 3,1% oder 264 Personen verbüßten eine lebenslange Haftstrafe (vgl. Abbildung 5). Daneben befanden sich 54 ausschließlich männliche Personen in Sicherungsverwahrung.

Gefangene überwiegend Erwachsene

Im Jahr 2014 machten die über 21-jährigen Erwachsenen mit rund 95,2% den größten Anteil aller Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten aus. In dieser Altersgruppe gab es 8 235 Inhaftierte, 492 Personen weniger als ein Jahr zuvor. Vergleichsweise gering waren mit 4,1% der Anteil der 18- bis unter 21-jährigen Heranwachsenden und mit 0,7% der Anteil der 14- bis unter 18-jährigen Jugendlichen. Bei den Heranwachsenden ging die Zahl der Gefangenen ebenfalls zurück und erreichte den niedrigsten Stand im vergangenen Zehnjahreszeitraum. Sie sank gegenüber dem Vorjahr um 13,8% auf 356. Die Zahl der jugendlichen Inhaftierten ist im Vergleich zum Vorjahr hingegen um 6,9% auf 62% gestiegen.

Am Stichtag 31. März 2014 befanden sich 651 Frauen in den bayerischen Strafvollzugsanstalten. Dies entsprach einem Frauenanteil von 7,5% an allen Strafgefangenen. Im Vergleich zum Vorjahr ist

die Zahl der weiblichen Strafgefangenen um 25 Personen und die der männlichen Inhaftierten um 520 Personen gesunken.

Von den 8 653 Inhaftierten besaßen 6 240 eine deutsche und 2 413 eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit. Damit waren 72,1% der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten Deutsche. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (vgl. Tabelle 5).

63,6% (5 506 Personen) der Insassen waren ledig, 17,2% (1 490 Personen) geschieden, 17,7% (1 530 Personen) verheiratet und 1,5% (127 Personen) verwitwet.

Diebstahl und Unterschlagung häufigster Haftgrund

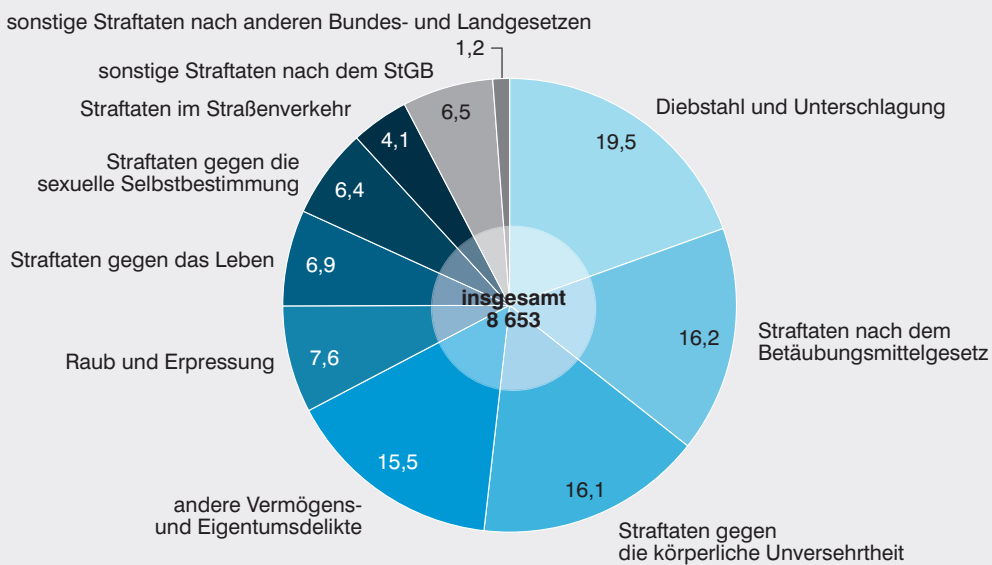
Zu 19,5% lag der Haft bzw. Sicherungsverwahrung eine Straftat aus der Deliktsgruppe Diebstahl und Unterschlagung zugrunde. Gefolgt von Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (16,2%)

Tab. 5 **Strafgefangene und Sicherungsverwahrte nach Staatsangehörigkeit und Vollzugsart seit 2005**

Jahr	Personen insgesamt	davon			darunter Offener Vollzug
		Deutsche	Ausländer	Anteil der Deutschen in Prozent	
2005	9 367	7 063	2 304	75,4	617
2006	9 423	7 143	2 280	75,8	696
2007	9 860	7 480	2 380	75,9	643
2008	9 628	7 243	2 385	75,2	630
2009	9 548	7 168	2 380	75,1	657
2010	9 522	7 190	2 332	75,5	612
2011	9 601	7 125	2 476	74,2	627
2012	9 469	7 044	2 425	74,4	693
2013	9 198	6 773	2 425	73,6	607
2014	8 653	6 240	2 413	72,1	581

und Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit (16,1%). Andere Vermögens- und Eigentumsdelikte bildeten in 15,5% der Fälle die Haftgrundlage. Raub und Erpressung (7,6%), Straftaten gegen das Leben (6,9%) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (6,4%) standen zusammen in rund einem Fünftel der Fälle in Zusammenhang mit der Haft (vgl. Abbildung 6).

Abb. 6 **Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Bayern am 31. März 2014 nach Deliktgruppen in Prozent**



Gastbeitrag*

Die allgemeine Revisionspolitik des Statistischen Bundesamtes

Irina Meinke

In vielen Statistiken werden bereits veröffentlichte statistische Ergebnisse im Rahmen von sogenannten Revisionen überarbeitet, um neue, bisher nicht verfügbare Daten oder methodische und konzeptionelle Änderungen einzuarbeiten. Revisionen sind somit in vielen Prozessen der Statistikproduktion fest verankert. Das Statistische Bundesamt will mit seiner allgemeinen Revisionspolitik seine Revisionsverfahren für die Nutzerinnen und Nutzer der amtlichen Statistik transparent und nachvollziehbar machen. Dieser Beitrag stellt die Hintergründe, die Ziele und die Kernbestandteile der im Juni 2015 veröffentlichten allgemeinen Revisionspolitik vor und zeigt die Verbreitung der allgemeinen Revisionspolitiken im Europäischen Statistischen System auf.

Schlüsselwörter: Revision – Qualität – Statistikproduktion – Verhaltenskodex für europäische Statistiken

Einleitung¹

Da die Nutzerinnen und Nutzer in der Regel einerseits hochaktuelle Daten, andererseits aber auch genaue und belastbare Statistiken fordern, befindet sich die amtliche Statistik oft in einem Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder betreiben einen erheblichen Aufwand, um diesen beiden Qualitätsanforderungen gerecht zu werden. Um möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen bereitstellen zu können, werden daher in manchen Statistikbereichen zunächst vorläufige, mit gewissen Unsicherheiten behaftete Werte auf unvollständiger Datengrundlage erstellt und veröffentlicht. Sobald sich die Datensituation im Zeitablauf verbessert, werden die vorläufigen Ergebnisse dann im Rahmen von sogenannten Revisionen durch qualitativ höherwertige ersetzt.

Des Weiteren können auch methodische oder konzeptionelle Änderungen dazu führen, dass statistische Angaben revidiert werden. Methoden- oder konzeptwechselbedingte Revisionen dienen der Qualitätssicherung der Daten sowie der Bereitstellung relevanter Statistiken, die internationalen Kon-

ventionen, geänderten Rahmenbedingungen und dem Nutzerbedarf entsprechen. Solche Revisionen können allerdings die Vergleichbarkeit von Zeitreihen einschränken: Um zu vermeiden, dass durch verbesserte Methoden oder neue Konzepte Brüche in einer Zeitreihe auftreten und die Datenanalyse verzerren, werden solche Überarbeitungen meist auf einmal (zum Beispiel in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Rahmen einer sogenannten Generalrevision) eingeführt.

* Der vorliegende Beitrag ist im Monatsheft „WISTA – Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamtes in der Ausgabe 4/2015 erschienen und wird hier im Originalwortlaut mit Genehmigung des Statistischen Bundesamtes nachgedruckt. Die Autorin, Frau Irina Meinke, arbeitet dort im Referat „Datenqualität, abteilungsübergreifende Methodenentwicklung, Wissenschaftskontakte.“ Das Bayerische Landesamt für Statistik dankt dem Statistischen Bundesamt für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

¹ Teile dieses Aufsatzes stellen einen Auszug aus der Veröffentlichung „Allgemeine Revisionspolitik 2015“ des Statistischen Bundesamtes dar (www.destatis.de, im Bereich Methoden > Qualität > Allgemeine Revisionspolitik).

Für die Nutzerinnen und Nutzer einer Statistik können Revisionen einen erheblichen Aufwand nach sich ziehen. Sie müssen ihre Analysen, die sie anhand vorläufiger Ergebnisse vorgenommen haben, überarbeiten und an die neuen revidierten Ergebnisse anpassen. Revisionen können somit als „Preis“ für möglichst aktuelle, genaue und vergleichbare statistische Ergebnisse angesehen werden. Revisionen stehen dabei in einem Zielkonflikt: Einerseits sollen alle neuen Informationen und Konzepte zeitnah in den Ergebnissen Berücksichtigung finden und somit eine möglichst aktuelle Bewertung der jeweiligen Situation ermöglichen. Andererseits können umfangreiche und/oder zu häufige Revisionen das Vertrauen in die amtliche Statistik belasten und deren Glaubwürdigkeit beschädigen – insbesondere, wenn Revisionen den Nutzerinnen und Nutzern nicht angemessen erklärt und kommuniziert werden.

Ziele und Nutzen einer Revisionspolitik

Mit der Veröffentlichung der allgemeinen Revisionspolitik werden drei Ziele verfolgt, die im Folgenden näher vorgestellt werden. Auch werden in diesem Kapitel die Vorteile der allgemeinen Revisionspolitik sowohl für Nutzer amtlicher Statistiken als auch für Fachstatistiker verdeutlicht.

Revisionsverfahren transparent und nachvollziehbar machen

Mit seiner allgemeinen Revisionspolitik macht das Statistische Bundesamt seine Revisionsverfahren nach außen transparent und nachvollziehbar, sichert so das Vertrauen in die amtliche Statistik und verbessert weiterhin die Nutzbarkeit von Statistiken. Die Revisionspolitik stellt somit einen wichtigen Baustein in der Kommunikation mit den Nutzerinnen und Nutzern amtlicher Statistiken dar. Bislang werden zwar einzelne statistikspezifische Revisionspraktiken des Statistischen Bundesamtes gut dokumentiert und kommuniziert, aber die entsprechenden Informationen sind im Internetangebot oder in diversen Dokumenten verstreut. Zudem liegen solche Dokumente nur für einen kleinen Teil der etwa 85 Statistiken vor, die Revisionen vornehmen. Ein Schlüsseldokument, das statistikübergreifend und allgemein über Revisionen informiert, fehlte bislang. Daher ist es das besondere Anliegen der allgemeinen Revisionspolitik, die Revi-

sionspraxis des Statistischen Bundesamtes grundlegend zu erklären und verständlich zu machen.

Einen Orientierungsrahmen bilden

Die Revisionspolitik ist ein wichtiges Kommunikationsinstrument: Sie ist nicht nur an die Nutzerinnen und Nutzer amtlicher Statistiken gerichtet, sondern sie bildet gleichzeitig einen Orientierungsrahmen für die Fachbereiche des Statistischen Bundesamtes bei der Ausarbeitung von statistik(bereichs)spezifischen Revisionspolitiken. Kern der allgemeinen Revisionspolitik ist die Formulierung statistikübergreifender Revisionsgrundsätze, die allgemeine Standardregeln für Revisionen beschreiben. Diese Revisionsgrundsätze gelten gleichermaßen für alle Statistiken (einschließlich Rechensystemen), bei denen Revisionen vorgenommen werden. Gleichzeitig lassen sie genügend Spielraum für statistikspezifische Besonderheiten, die aus den speziellen Befragungs-, Erhebungs- und/oder Berechnungsverfahren oder aus den besonderen rechtlichen Bestimmungen resultieren. Die Ausarbeitung einer statistik(bereichs)spezifischen Revisionspolitik bietet die Möglichkeit, Detailregelungen oder weitere Konkretisierungen zu formulieren, die in einer allgemeinen Revisionspolitik nicht möglich sind. Beispiele dafür sind die Angabe von Schwellenwerten oder Revisionsmaßen, die nicht über- oder unterschritten werden sollen und deren Erreichen entsprechende Maßnahmen einleiten können. Auch kann mit der Ausarbeitung einer statistik(bereichs)spezifischen Revisionspolitik den unterschiedlichen Nutzerbedürfnissen angemessen Rechnung getragen werden.

Einheitliche Begriffe unterstützen

Weiterhin soll die allgemeine Revisionspolitik die einheitliche Verwendung von Begriffen unterstützen. Bisher werden in den Fachbereichen teilweise verschiedene Bezeichnungen für Revisionen verwendet, das kann die Nutzerinnen und Nutzer amtlicher Statistiken unter Umständen verwirren. So wird in der Unternehmensstatistik von Ergebniskorrekturen, bei den Konjunkturindikatoren von Rückkorrekturen, bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Generalrevisionen und bei den Preisstatistiken von turnusmäßigen Überarbeitungen gesprochen. Gemeint sind dabei stets Revisionen im Sinne der allgemeinen Revisionspolitik.

Grundlagen

Zentrale Grundlage für die Ausarbeitung der allgemeinen Revisionspolitik sind die bewährten Revisionspraktiken in den verschiedenen Fachbereichen des Statistischen Bundesamtes, die in dem Dokument verallgemeinert und statistikübergreifend festgehalten werden.

Die allgemeine Revisionspolitik leitet sich außerdem von den „Leitlinien für eine Revisionspolitik für die Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren“² des Europäischen Statistischen Systems (ESS) ab. Diese lassen sich auf alle Statistiken, bei denen Revisionen durchgeführt werden, verallgemeinern und sind im Februar 2012 vom Ausschuss für das ESS gebilligt worden.

Weiterhin steht die allgemeine Revisionspolitik im Einklang mit dem Verhaltenskodex für europäische Statistiken.³ In den Grundsätzen 6 „Unparteilichkeit und Objektivität“, 8 „Geeignete statistische Verfahren“ und 12 „Genauigkeit und Zuverlässigkeit“ finden sich Indikatoren, die direkt auf Revisionen eingehen:

- Alle größeren Revisionen und Änderungen der Methoden werden vorab angekündigt. (Indikator 6.6)
- Revisionen erfolgen nach standardisierten, bewährten und transparenten Verfahren. (Indikator 8.6)
- Zur Verbesserung statistischer Prozesse werden Datenrevisionen regelmäßig analysiert. (Indikator 12.3)

Kernbestandteile

Die Kerninhalte der allgemeinen Revisionspolitik sind die Definition des Begriffs „Revision“, die Unterscheidung der verschiedenen Revisionstypen sowie die Formulierung von allgemeinen Grundsätzen zu den Revisionsverfahren. Diese werden im Folgenden näher erläutert.

Definition und Abgrenzung zu Fehlerkorrekturen

In der amtlichen Statistik bezeichnet Revision eine Überarbeitung bereits veröffentlichter Ergebnisse, indem neue, bisher nicht verfügbare Daten von außerhalb der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hinzukommen und in die Berechnung einbe-

zogen werden oder indem methodische und konzeptionelle Änderungen (auch rückwirkend) vorgenommen werden. Die bereits veröffentlichten Daten werden durch die revidierten Werte ersetzt und verlieren ihre Gültigkeit.

Eine Revision stellt keine Fehlerkorrektur im Sinne der „Richtlinie zum Umgang mit Veröffentlichungsfehlern“ dar.⁴ Bei Veröffentlichungsfehlern handelt es sich um inkorrekte Angaben, die durch einen unbeabsichtigten Fehler im Prozess der Statistikerstellung (wie Fehler in der Datenaufbereitung) oder Veröffentlichung (wie Tippfehler oder Zahlendreher) innerhalb der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verursacht werden. Dagegen sind Revisionen von außen bedingt, weil neue Informationen vorliegen, die bei der Erstveröffentlichung noch nicht bekannt waren und somit nicht berücksichtigt werden konnten (zum Beispiel wenn Auskunftgebende die bereits in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder eingegangenen Meldungen vervollständigen oder berichtigen), oder weil – beispielsweise aufgrund internationaler Vorgaben – verbesserte Methoden oder neue Konzepte entwickelt wurden und anzuwenden sind.

Typen von Revisionen

Das Statistische Bundesamt berücksichtigt verschiedene Ursachen, die eine Revision bedingen können, sowie unterschiedliche Revisionshäufigkeiten und unterscheidet daher zwischen folgenden Revisionsarten:

Routinemäßige Revisionen

Routinemäßige Revisionen finden regelmäßig, zu vorher festgelegten Zeitpunkten statt und können somit im Voraus angekündigt werden. Sie betreffen üblicherweise nur Daten am aktuellen Rand und sind in den Prozessen der Statistikproduktion fest verankert. Routinemäßige Revisionen können notwendig sein, wenn einzelne Statistiken sukzessive vervollständigt werden oder wenn Auskunftgebende bereits abgegebene Meldungen richtigstellen.

Beispiel für routinemäßige Revisionen:

Das Ergebnis der vorläufigen Berechnungen des monatlichen Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe wird schon etwa 38 Tage nach Ende eines Monats veröffentlicht. So-

2 Die „Leitlinien für eine Revisionspolitik für die Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren“ des Europäischen Statistischen Systems stehen auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung (www.destatis.de, im Bereich Publikationen > Themenübergreifendes, Regionales > ESS guidelines on revision policy for PEEIs – 2013 edition). Die Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren sind ein Satz von Wirtschaftsindikatoren zur Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Sie stellen ein wichtiges Instrument für die Beobachtung des Euroraums dar. Zur Liste der Indikatoren gehören Bruttoinlandsprodukt, private Konsumausgaben, Außenhandelsbilanz und Dreimonatszinssätze. Die Liste der ursprünglich 19 wichtigen Indikatoren, die im Jahr 2002 vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) ausgewählt wurden, ist inzwischen auf 26 Indikatoren angewachsen (Eurostat, 2014).

3 Weiterführende Informationen zum Verhaltenskodex für europäische Statistiken stehen auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung (www.destatis.de, im Bereich Methoden > Qualität > Qualitätsleitlinien).

4 Das Statistische Bundesamt wendet seit dem Jahr 2013 die „Richtlinie zum Umgang mit Veröffentlichungsfehlern“ an (www.destatis.de, im Bereich Methoden > Qualität > Richtlinie zum Umgang mit Veröffentlichungsfehlern).

mit ist der Produktionsindex sehr schnell verfügbar und ermöglicht eine zeitnahe sowie aktuelle Bewertung der konjunkturellen Entwicklung. Vier Wochen später erfolgt unter anderem auf der Grundlage nachträglich eingegangener Produktionsmeldungen die Berechnung der berichtigten Produktionsindizes; diese werden mit den vorläufigen Indizes des Folgemonats veröffentlicht.

Nicht jede Revision führt zwangsläufig zu endgültigen Resultaten. Bei manchen Statistiken (beispielsweise bei der Außenhandelsstatistik) führt der Weg zu den endgültigen Ergebnissen über mehrere routinemäßige Revisionen. Je nach Gegebenheit kann es aber auch sein, dass vorläufige Ergebnisse in einer einmaligen Revision durch endgültige Daten ersetzt werden.

Unter routinemäßigen Revisionen werden auch Revisionen saisonbereinigter Werte gezählt, und zwar solche, die durch Revisionen von (unbereinigten) Zeitreihenwerten oder durch das Einbeziehen eines zusätzlichen (unbereinigten) Zeitreihenwertes in die Analyse verursacht werden. Jede Änderung eines (unbereinigten) Zeitreihenwertes wird in der Regel (und somit routinemäßig) auch eine Änderung des saisonbereinigten Wertes zur Folge haben.⁵

Beispiel für routinemäßige Revisionen saisonbereinigter Werte:

Das Statistische Bundesamt berechnet monatlich den Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe, erstellt daraus eine Zeitreihe und führt eine Saisonbereinigung durch. Nach einem Monat wird zumindest der letzte Wert der Zeitreihe revidiert und die Zeitreihe um den Indexwert für den neuen Monat verlängert. Beide Sachverhalte führen jeweils grundsätzlich dazu, dass bei der neuerlichen Saisonbereinigung der Reihe verfahrensbedingt auch saisonbereinigte Werte für weiter zurückliegende Monate revidiert werden. Dies liegt daran, dass die neuen Reihenwerte unter anderem auch die Einschätzung von saisonalen Gegebenheiten in den entsprechenden Vorjahresmonaten beeinflussen.

Methodenwechselbedingte Revisionen

Methodenwechselbedingte Revisionen sind geplant und können somit im Voraus angekündigt

werden. Sie bedeuten eine (oft auch rückwirkende) Überarbeitung bisheriger Ergebnisse aufgrund geänderter statistischer Methoden oder Konzepte. Sie finden seltener statt als routinemäßige Revisionen, in der Regel nur alle fünf bis zehn Jahre. Würden sie nicht durchgeführt werden, wäre ein Bruch in der Zeitreihe die Folge. Ursachen für methodenwechselbedingte Revisionen können die Einführung eines neuen Basisjahres oder eines geänderten Berechnungsverfahrens sein, die Verfügbarkeit einer neuen oder der Wegfall einer bestehenden Datenquelle (Verwaltungsdaten oder Daten, die lediglich alle fünf bis zehn Jahre erhoben werden, wie Zensusdaten oder Daten der Arbeitskostenerhebung) sowie neue beziehungsweise geänderte Klassifikationen oder Definitionen (etwa aufgrund internationaler oder europäischer Vorgaben). Methodenwechselbedingte Revisionen sollen die Qualität und Relevanz der statistischen Daten sichern. Um die Belastung der Nutzerinnen und Nutzer möglichst gering zu halten, ist das Statistische Bundesamt bemüht, solche methodenwechselbedingten Revisionspunkte zu bündeln.

Beispiel für methodenwechselbedingte Revisionen:

Die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 2014 diente in erster Linie dazu, die neuen Konzepte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 einzuführen. Das ESVG ist das rechtsverbindliche, international kompatible EU-Regelwerk zur Rechnungslegung für eine systematische und detaillierte Beschreibung einer Volkswirtschaft. Die Revision 2014 wurde ebenfalls dazu genutzt, neue Datenquellen einzuarbeiten – wie zum Beispiel die Ergebnisse des Zensus 2011 – sowie die Berechnungsverfahren zu überprüfen.⁶

Außerplanmäßige Revisionen

Außerplanmäßige Revisionen stellen einen Sonderfall dar: Diese Revisionen werden gegenüber der ursprünglichen Planung zusätzlich durchgeführt, finden nicht plan- und regelmäßig statt und können daher nicht immer langfristig im Voraus angekündigt werden. Es wird außerplanmäßig revidiert, wenn beispielsweise mit der Überarbeitung nicht bis zur nächsten geplanten methodenwechselbedingten

⁵ Revisionen saisonbereinigter Werte können auch durch Methodenwechsel bedingt sein. Dies ist beispielsweise bei Saisonbereinigungen mit den Verfahren aus der X-11-Familie (zum Beispiel X-12-ARIMA) der Fall. Hier kommt es vor, dass revidierte oder zusätzliche Reihenwerte zu Veränderungen bei verfahrensinternen Methoden und Modellen führen. Solche Methodenwechsel finden entweder plan- und regelmäßig (zum Beispiel einmal im Jahr) oder unter Umständen auch außerplanmäßig statt. Informationen zum Umgang mit solchen Revisionen können der Publikation „ESS Guidelines on Seasonal Adjustment“ im Internetangebot von Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/>) entnommen werden. Sie werden daher im Folgenden nicht weiter behandelt.

⁶ Das Statistische Bundesamt informiert auf seiner Webseite im Themenbereich Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ausführlich über die Revisionen der VGR (www.destatis.de, im Bereich Zahlen & Fakten > Gesamtwirtschaft & Umwelt > Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen > Erläuterungen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen > Revisionen der VGR).

Revision gewartet werden kann. Außerplanmäßige Revisionen werden zum Beispiel durchgeführt bei unvorhersehbaren Änderungen in den Inhalten von Verwaltungsdatenquellen, bei Revisionen von Daten anderer Datenproduzenten, die in die Berechnungen der amtlichen Statistik einfließen, oder bei (Natur-)Ereignissen, die den Erhebungsgegenstand deutlich verändern.

Statistikübergreifende Grundsätze zu Revisionen

Die allgemeine Revisionspolitik des Statistischen Bundesamtes ist an den folgenden vier Grundsätzen ausgerichtet:⁷

1. Informationsgewinn und Nutzerbelastung stehen in einem angemessenen Verhältnis.
2. Revisionszyklen sind innerhalb von Statistikbereichen und international abgestimmt.
3. Revisionen werden den Nutzerinnen und Nutzern vorab transparent kommuniziert.
4. Revisionsanalysen werden zur Sicherung und Verbesserung der Datenqualität sowie der Revisionsverfahren und -methoden durchgeführt.

Der erste Grundsatz „Informationsgewinn und Nutzerbelastung stehen in einem angemessenen Verhältnis“ zeigt auf, dass sich eine übermäßige Belastung der Nutzerinnen und Nutzer durch zu häufige Revisionen mit zu geringem Informationsgehalt negativ auf das Vertrauen in die amtliche Statistik auswirken kann. Daher ist es wichtig, die Belastung der Nutzerinnen und Nutzer durch Revisionen im Auge zu behalten. Die veröffentlichten Ergebnisse sollen für die Nutzerinnen und Nutzer brauchbare Informationen darstellen, indem signifikante Unterschiede zwischen dem vorläufigen und dem endgültigen Ergebnis (beziehungsweise der ersten und der späteren Schätzung) bestehen oder Änderungen gebündelt in einem Paket eingeführt werden.

Der zweite Grundsatz „Revisionszyklen sind innerhalb von Statistikbereichen und international abgestimmt“ besagt, dass der Revisionszeitpunkt, die Revisionshäufigkeit und der Umfang der rückwirkend zu überarbeitenden Zeiträume innerhalb von Statistikbereichen und international abgestimmt werden sollen.

Der dritte Grundsatz lautet „Revisionen werden den Nutzerinnen und Nutzern vorab transparent kom-

muniziert“. Er regelt, welche Informationen mitgeteilt werden sollen (wie der Revisionszyklus, alle Änderungen am Revisionszyklus, die Revisionsgründe und die Ergebnisse der Revisionsanalysen), welche Kommunikationskanäle dafür genutzt werden können (wie Qualitätsberichte, Pressemitteilungen, die Homepage des Statistischen Bundesamtes, Fachserien, WISTA) und zu welchen Zeitpunkten die Kommunikation stattfinden soll (so sollen durch methodenwechselbedingte Revisionen jährlicher und vierteljährlicher Statistiken mindestens drei Monate und die monatlicher Statistiken mindestens einen Monat im Voraus angekündigt werden).

Der letzte Grundsatz besagt, dass „Revisionsanalysen zur Sicherung und Verbesserung der Datenqualität sowie der Revisionsverfahren und -methoden durchgeführt werden“. Für Revisionsanalysen können verschiedene Revisionsmaße berechnet werden. Außerdem sollen Revisionsanalysen nach Möglichkeit regelmäßig und unter Betrachtung mehrerer Revisionszyklen erfolgen. Dazu ist es erforderlich, die verschiedenen Datenstände zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu archivieren.⁸

Verbreitungsgrad allgemeiner Revisionspolitiken im ESS

Nachdem die Hintergründe, die Ziele und die Kernbestandteile der allgemeinen Revisionspolitik vorgestellt wurden, wird in diesem Kapitel die Verbreitung der allgemeinen Revisionspolitik im Europäischen Statistischen System (ESS) aufgezeigt. Um festzustellen, bei welchen Statistikämtern der ESS-Mitgliedstaaten bereits eine Revisionspolitik existiert, hat das Statistische Bundesamt im März 2014 eine Umfrage bei den Statistischen Ämtern aller 28 EU- und den 4 EFTA-Mitgliedstaaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) durchgeführt. 21 der 32 Befragten haben an der Umfrage teilgenommen.

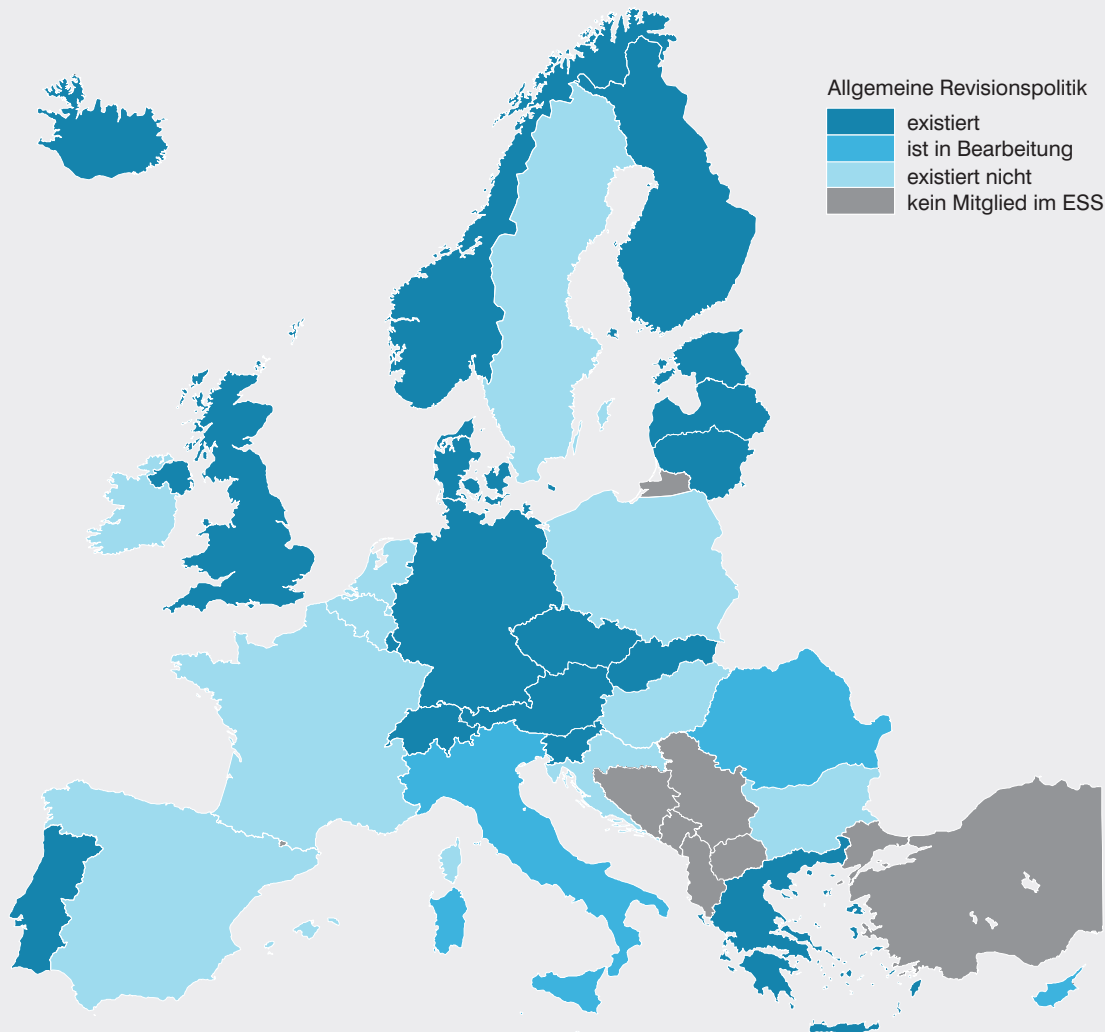
Die Abbildung 1 basiert auf den Ergebnissen der Umfrage sowie auf den Recherchen der Autorin und zeigt, dass neben Deutschland 16 weitere ESS-Mitgliedstaaten eine allgemeine Revisionspolitik ausgearbeitet haben. Einige Vorreiter wie Malta und Portugal haben ihre Revisionspolitik bereits 2004 und 2008 veröffentlicht. Viele der Revisionspolitiken scheinen in den Jahren 2013 und 2014 ausgearbei-

⁷ Ausführliche Erläuterungen zu den statistikübergreifenden Revisionsgrundsätzen, die für die unterschiedlichen Revisionstypen weiter konkretisiert werden, vgl. Statistisches Bundesamt, 2015.

⁸ Für Revisionsanalysen kann zum Beispiel die Echtzeitdatenbank der Deutschen Bundesbank herangezogen werden, die die Datenstände für etwa 280 Wirtschaftsindikatoren aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der monatlichen Konjunktur- und Arbeitsmarktberichterstattung sowie der Preisstatistik in chronologischer Ordnung archiviert (www.bundesbank.de, im Bereich Statistiken > Zeitreihen-Datenbanken > Echtzeitdatenbank).

Abb. 1

Verbreitungsgrad allgemeiner Revisionspolitiken im Europäischen Statistischen System (ESS)



Die Grafik basiert auf Ergebnissen einer Umfrage und auf Recherchen der Autorin.
Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen.

tet worden zu sein (Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Lettland, Litauen, Österreich, Tschechische Republik).⁹ Daraus kann geschlossen werden, dass in den letzten beiden Jahren auf europäischer Ebene beträchtliche Arbeit in diesem Bereich geleistet wurde. Vermutlich ist dies auf die Veröffentlichung der „Leitlinien für eine Revisionspolitik für die Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren“ des ESS zurückzuführen, auf die viele der nationalen Statistikämter zurückgegriffen haben, um ihre allgemeinen Revisionspolitiken auszuarbeiten. Die ESS-Leitlinien dienen als Orientierungshilfe und sollen die nationalen Statistikämter dazu ermutigen,

Revisionspolitiken auf institutioneller Ebene auszuarbeiten. Sie verfolgen das Ziel, ein gemeinsames Verständnis des Begriffs „Revision“, der verschiedenen Revisionstypen und der Revisionsgrundsätze herzustellen, um so die Revisionspraktiken der verschiedenen nationalen Statistikämter auf europäischer Ebene besser aufeinander abzustimmen. Die ESS-Leitlinien liefern einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung der Revisionspolitiken innerhalb des ESS. Drei weitere ESS-Mitgliedstaaten (Zypern, Italien und Rumänien) haben angegeben, dass sie dabei sind, eine allgemeine Revisionspolitik zu erstellen. (vgl. Abbildung 1)

⁹ Diese Aussage wurde bewusst vorsichtig formuliert, da aus den jeweiligen Revisionspolitiken nicht eindeutig zu erkennen ist, ob es sich bei der angegebenen Jahreszahl um das Jahr der Veröffentlichung oder um das Jahr der Aktualisierung handelt.

In den kommenden Jahren wird also die Mehrheit der ESS-Mitgliedstaaten über eine allgemeine Revisionspolitik verfügen (und zwar 20 von 32 ESS-Mitgliedstaaten). Die Ergebnisse der Umfrage und der eigenen Recherchen zeigen, dass allgemeine Revisionspolitiken im ESS weit verbreitet sind und mittlerweile zu den Standardpublikationen zählen.

Fazit

Auf europäischer Ebene geben die „Leitlinien für eine Revisionspolitik für die Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren“ den ESS-Mitgliedstaaten eine Orientierungshilfe für die Ausarbeitung nationaler Revisionspolitiken. Dabei wird das Ziel verfolgt, ein gemeinsames Verständnis des Begriffs „Revision“, der verschiedenen Revisionstypen und der Revisionsgrundsätze herzustellen, um so auch die Revisionspraktiken der verschiedenen nationalen Statistikämter besser aufeinander abstimmen zu können. Die ESS-Leitlinien liefern somit einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung der Revisionspolitiken innerhalb des ESS.

Auf nationaler Ebene stellt die allgemeine Revisionspolitik einen wichtigen Schritt dar, um die Re-

visionsverfahren des Statistischen Bundesamtes transparent und nachvollziehbar zu machen, um die Ausarbeitung von statistik(bereichs)spezifischen Revisionspolitiken zu unterstützen und um die einheitliche Verwendung von Begriffen voranzubringen. Ferner ist es das Ziel, im Laufe des Jahres 2015 die allgemeine Revisionspolitik des Statistischen Bundesamtes auch bei den Statistischen Ämtern der Länder sowie bei den anderen nationalen Datenproduzenten bekannt zu machen und darauf hinzuwirken, dass auch dort Revisionspolitiken ausgearbeitet werden, die mit der allgemeinen Revisionspolitik des Statistischen Bundesamtes in Einklang stehen.

Ergänzend zur allgemeinen Revisionspolitik soll im Sommer 2015 ein umfassender Revisionskalender veröffentlicht werden, der einen Überblick darüber geben soll, bei welchen Statistiken Revisionen durchgeführt werden und nach welchem Zyklus diese erfolgen. Der Revisionskalender soll den Nutzerinnen und Nutzern die zeitliche Planung von Revisionen aufzeigen und stellt somit eine wichtige und wertvolle Ergänzung zur allgemeinen Revisionspolitik dar.

Literaturverzeichnis

- Europäisches Statistisches System, Verhaltenskodex für europäische Statistiken. Luxemburg 2011 [Zugriff am 2. Juni 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat>.
- Europäisches Statistisches System, Quality Assurance Framework of the European Statistical System. Luxemburg 2012 [Zugriff am 2. Juni 2015]. Verfügbar unter <http://ec.europa.eu/eurostat>.
- Eurostat, ESS guidelines on revision policy for PE-EIs. Luxemburg 2013 [Zugriff am 2. Juni 2015]. Verfügbar unter www.destatis.de/Europa.
- Eurostat, Statistics Explained: Glossar, Wichtigste Europäische Wirtschaftsindikatoren (WEWI). Luxemburg 2014 [Zugriff am 2. Juli 2015]. Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat>.
- Klumpen, Dorothea/Schäfer, Dieter, Der Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) in überarbeiteter Fassung 2011. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 12/2012, S. 1035 ff.
- Kopsch, Günter/Köhler, Sabine/Körner, Thomas, Der Verhaltenskodex Europäische Statistiken (Code of Practice). In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 8/2006, S. 793 ff.
- Meinke, Irina/Schmidt, Peter, Good governance in statistics: The development of a revision policy for the German Federal Statistical Office in the European context. Paper im Rahmen der European Conference on Quality in Official Statistics (Q2014) [Zugriff am 2. Juni 2015]. Verfügbar unter: www.q2014.at.
- Statistisches Bundesamt (Herausgeber), Allgemeine Revisionspolitik 2015. Wiesbaden 2015 [Zugriff am 1. Juli 2015]. Verfügbar unter: www.destatis.de.
- von Oppeln-Bronikowski, Sibylle/Meinke, Irina/Günther, Hannah/Kronz, Christine. The 20th anniversary of the Fundamental Principles of Official Statistics. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 9/2014, S. 495 ff.

Die Rinderhaltung in Bayern

Im Dürrejahr 1947 ist der Rinderbestand in Bayern gegenüber 1916 um 13 vH auf 3.21 Millionen Stück gesunken. 697 000 Großviehschlachtungen wurden 1947 in Bayern gemeldet. Allein nach Nordrhein-Westfalen wurden 27 700 Stück lebendes Schlachtgroßvieh ausgeführt.

Bayern hat schon immer eine beherrschende Stellung in der Nutztierhaltung Deutschlands eingenommen. Neben einer beachtlichen Schweine- und Geflügelhaltung und einer bedeutenden Pferdezucht ist es vor allem die Rinderzucht und Rinderhaltung, die der bayerischen Viehwirtschaft ihr Gepräge und ihre volks- und betriebswirtschaftliche Bedeutung verleiht.

Seit Jahren schon hat sich in Bayern der Rinderbestand auf ziemlich gleichbleibender Höhe gehalten. So wurden im Jahre 1925 rund 3.30 Millionen Rinder gezählt. Der Bestand stieg in den folgenden Jahren, abgesehen von kleineren Schwankungen, stetig leicht an bis auf 3.74 Millionen Stück im Jahre 1933. Der bisher höchste Stand wurde 1937 mit rund 3.88 Millionen Rindern erreicht, der zweithöchste 1944 mit 3.82 Millionen Stück. Einen ziemlich einschneidenden Abbau des Rinderstapels brachte erst wieder das Dürrejahr 1947; die Dezemberzählung ergab für ganz Bayern nur noch 3.21 Millionen Rinder und damit gegenüber 1946 eine Verminderung um 13 vH.

Die Viehdichte

Nicht alle Regierungsbezirke Bayerns weisen jedoch einen gleich starken Rinderbesatz auf. Setzt man die Rinderzahl in Beziehung zur Einwohnerzahl, um so die Viehdichte festzustellen, dann ergibt sich, daß in Bayern insgesamt auf 1000 Einwohner 356 Rinder treffen. Am dichtesten besetzt erscheint der Regierungsbezirk

Regierungsbezirk	Rinder auf 1000 Einwohner
Schwaben	mit 521 Rindern auf 1000 Einwohner, es folgen dann
Niederbayern	475
Oberpfalz	404
Oberbayern	316
Unterfranken	293
Oberfranken	267
Mittelfranken	262

Es sind also vor allem die südbayerischen Bezirke, die auf Grund ihrer natürlichen Voraussetzungen und Haltungsbedingungen eine besonders starke Rindviehdichte aufweisen.

Ein weitaus eindringlicheres Bild ergibt sich, wenn man den Rinderbestand auf je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bezieht. Deutlich hebt sich dann wiederum der Regierungsbezirk Schwaben heraus. Von den 19 schwäbischen Landkreisen weisen allein 9 einen Besatz von 100 und mehr Rindern je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf, während in keinem anderen bayerischen Regierungsbezirk nur ein Landkreis mit einer derartig hohen Rindviehdichte vorhanden ist. Nächst Schwaben ist die Rinderhaltung sodann auch in Oberbayern verhältnismäßig sehr stark, wo in 7 Kreisen immerhin 90 bis 100 Rinder auf je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche treffen. Sonst erreichen diesen Stand nur noch einige Kreise des Bayerischen Waldes (Viechtach, Cham, Waldmünchen, Oberviechtach).

Eigenart der bayerischen Rinderhaltung

Besonders erfreulich an der bayerischen Rinderzucht ist ihre Bodenständigkeit. Die bayerische Milchleistung konnte seit jeher zum größten Teil mit wirtschaftseigenem Futter erzielt werden. Der Verbrauch an Handelskraftfuttermitteln als zusätzlichem Eiweißfutter war in Bayern immer sehr gering. Weiterhin ist die Tatsache zu nennen, daß fast der gesamte Nachwuchs an Vattieren im Lande selbst gezogen wird.

Dabei wurde von den bayerischen Rinderbeständen immer eine dreifache Leistung verlangt und als Zuchtziel von den heimischen Höhenviehrrassen auch erreicht: eine bedeutende Milch-, Fleisch- und Arbeitsleistung.

Trotz der überragenden Bedeutung der Milchleistung gerade in der heutigen Ernährungswirtschaft, bedingt durch die Schwierigkeit unserer Fettversorgung, sind Fleisch- und Arbeitsleistung auch heute noch Faktoren, die im bayerischen Raum bei der Züchtung berücksichtigt werden müssen. Man darf nicht vergessen, daß Bayern heute wieder die Vorratskammer der Vereinigten Westzonen für Fleisch geworden ist und daß für den kleinbäuerlichen Betrieb die Kuh immer noch das wirtschaftlichste Gespannter ist. Nach der Viehzählung 1947 befanden sich in Bayern unter 1.6 Millionen Kühen allein 670 000 Zugkühe. Dabei sind die Verhältnisse in den einzelnen Regierungsbezirken wiederum sehr verschieden. In den fränkischen Bezirken mit ihrer vorwiegend kleinbäuerlichen Struktur wird der weitaus größte Teil aller Kühe außer zur Milchleistung auch zum Zuge verwandt, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Unterfranken	161 000 Kühe, davon 125 000 Arbeitskühe,
Oberfranken	157 000 " " 119 000 "
Mittelfranken	167 000 " " 107 000 "

während sich in den südbayerischen Bezirken Oberbayern, Schwaben und Niederbayern ein umgekehrtes Verhältnis ergibt. Natürlich spielt daneben auch das Ochsenespann in verschiedenen Landesteilen eine große Rolle, so namentlich in Niederbayern, Oberbayern und in der Oberpfalz.

Bedeutender als die Arbeitsleistung, zumal in unserer angespannten Ernährungslage, sind die Leistungen des bayerischen Rinderbestandes für die Fleischversorgung. Bayerns Schlachtvieh wurde schon immer auf die Schlachtviehmärkte der deutschen Industriegebiete geliefert und auch heute versorgt Bayern in erheblichem Maße das Ruhrgebiet und die Stadt Berlin. So wurden im Jahr 1947 allein nach Nordrhein-Westfalen 27 700 Stück lebendes Schlachtgroßvieh ausgeführt, bei 697 000 Schlachtungen von Großrindern in Bayern insgesamt.

Vor allem betont die Zucht jedoch bereits seit dem ersten Weltkrieg die Entwicklung der Milchleistung, ein Ziel, das in späteren Jahren noch durch den Ausbau des Molkeprogramms und höhere Milchpreise gefördert wurde. Zwar hat die Milchmengenerzeugung der bayerischen Kuh nie die Leistung der Kühe norddeutscher Gebiete wie Niedersachsen, Mecklenburg, Pommern usw. zu erreichen vermocht; doch ist der Fettgehalt der in Bayern erzeugten Milch immer wesentlich größer gewesen. Dadurch gleicht sich die niedrigere Milchleistung wieder völlig aus.

Die unterschiedliche Leistungsfähigkeit nord- und süddeutscher Milchkühe beruht zum großen Teil auf ihrer verschiedenen Rassenzugehörigkeit. Beim Niederungsvieh der norddeutschen Gebiete ist eben die Milchleistung je Kuh durchweg höher als beim Höhenvieh, während umgekehrt der Fettgehalt der Milch nicht unerheblich hinter dem der Höhenschläge zurückbleibt.

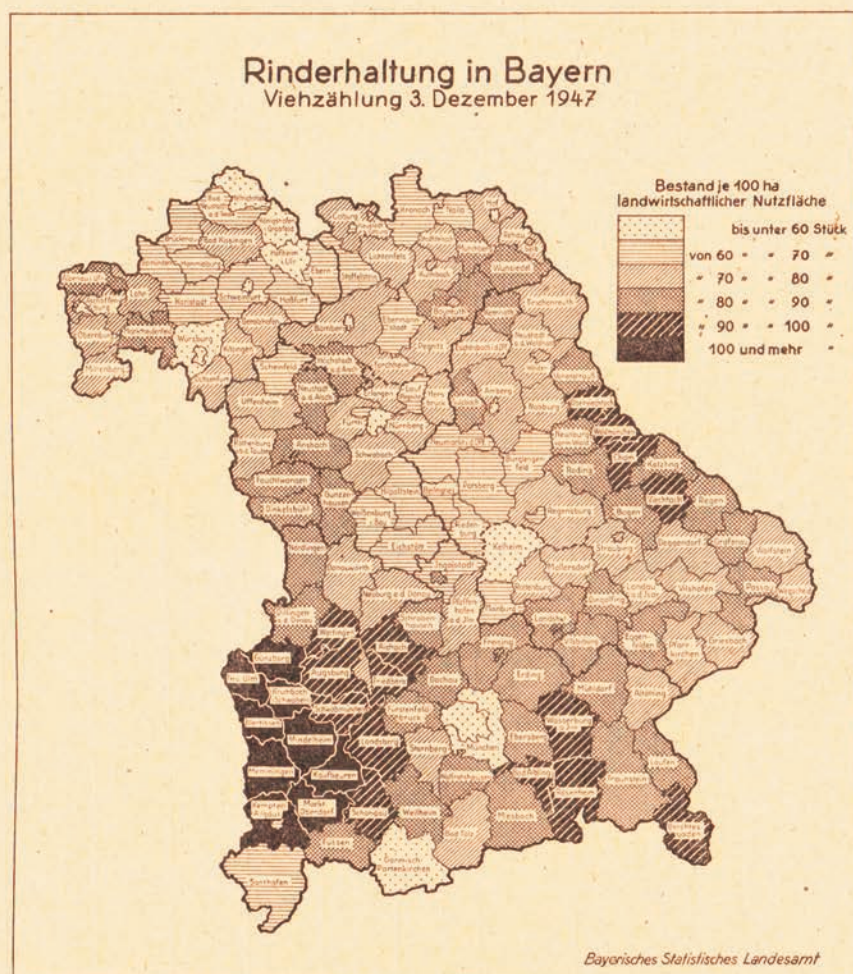
Die bevorzugten Rinderrassen

Am meisten verbreitet ist in Bayern das Höhenfleckvieh. 2.6 Millionen Stück dieser Rasse, die damit 70 vH der Gesamttrindviehhaltung ausmachten, wurden im Jahre 1936 gezählt. Als zweiter wichtiger Schlag ist das gelbe Frankevieh mit 448 000 Stück zu nennen, das 11.9 vH des gesamten Rindviehbestandes stellte. Das engere Verbreitungsgebiet dieser Rasse liegt in den fränkischen Regierungsbezirken. In diesen Gebieten wurden insgesamt 435 000 Stück Frankevieh gehalten, wobei Unterfranken mit allein 258 000 Stück bei weitem an der Spitze steht. Als weitere Rassengruppe des in Bayern verbreiteten Höhenviehs folgt das graubraune Gebirgsvieh, das fast ausschließlich in den viehwirtschaftlich hoch entwickelten Bezirken des bayerisch-württembergischen Allgäus gehalten wird. Im Regierungsbezirk Schwaben, vor allem in der südlichen Hälfte, besteht die Rindviehhaltung zu über 90 vH aus Tieren dieser Rasse. In größerer Zahl kommt das graubraune Gebirgsvieh auch noch in den angrenzenden Gebieten von Oberbayern vor. Ferner wäre noch das Murnau-Werdenfeler Rind zu erwähnen, von dem 23 000 Stück in den Kreisen Garmisch-Parten-

kirchen und Weilheim gehalten wurden. Als ausgesprochener Gebirgsschlag ist im Berchtesgadener Land und in den angrenzenden Bezirken von Traunstein und Laufen außerdem das Pinzgauer Rind vorhanden; 75000 Tiere dieses Schlages sind in den genannten Gebieten ermittelt worden. Schließlich wäre noch das Kelheimer Rind (21000 Stück), das im südwestlichen Teil der Oberpfalz zu Hause ist, sowie das bayerische Rotvieh, das früher weit verbreitet in der Oberpfalz, 1936 nur noch mit rund 12000 Stück in den Kreisen Tirschenreuth und Neustadt a. d. Waldnaab zu finden war, zu nennen.

Diese verschiedenen Rassen des Höhengviehs, die sich seit vielen Jahrzehnten in Bayern schon bewährt haben, werden auch künftig die Grundlage abgeben für neue Züchtungsversuche. Dabei wird die Zukunftsaufgabe der

Züchtung nicht auf dem Gebiet weiterer zahlenmäßiger Vermehrung zu suchen sein, sondern in einer Verbesserung der Leistung der Tierbestände bei besserer Futterausnutzung bestehen. Daß auf diesem Gebiet noch große Erfolge erzielt werden können, beweist die Tatsache, daß die Milcherzeugung der Zuchtverbandsmitglieder in Bayern trotz wesentlich besserer Jungviehaufzucht um 1,6 kg je Tag und Kuh höher liegt als die der übrigen Betriebe. Eine gute Tierhaltung ist nämlich nicht nur eine Lebensfrage für jeden landwirtschaftlichen Betrieb, sondern zweifellos auch eine Frage der bayerischen Volkswirtschaft überhaupt, wenn man bedenkt, daß in Bayern die Erträge der Viehwirtschaft von jeher höher lagen als die Einnahmen aus den bayerischen Forsten und der bayerischen Industrie zusammen. Dr. Josefine Raab



Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014					2015
		Monatsdurchschnitt			Januar	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 520	12 604	12 692	12 606	12 676	12 687	12 692	12 692	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 148	4 969	5 194	1 359	6 700	5 613	3 048	6 254	1 447
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	4,7	...	1,3	6,4	5,2	2,9
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 921	9 131	9 496	6 748	10 800	10 475	8 489	12 116	6 798
* G je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,5	8,7	...	6,3	10,4	9,7	8,1
* Gestorbene ³	Anzahl	10 453	10 575	10 344	9 862	10 503	10 500	9 887	13 323	10 849
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,9	10,1	...	9,2	10,1	9,7	9,5
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	23	25	26	21	35	28	22	39	30
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,6	2,7	2,8	3,1	3,2	2,7	2,6	3,2	4,4
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	12	13	16	12	23	22	14	19	13
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,4	1,6	1,8	2,1	2,1	1,6	1,6	1,9
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 532	-1 444	- 848	-3 114	297	- 25	-1 398	-1 207	-4 051
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,5	- 1,4	...	- 2,9	0,3	0,0	- 1,3
* Totgeborene ²	Anzahl	25	29	31	17	38	31	27	52	18
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	28 295	30 527	33 365	28 835	48 117	41 110	28 913	25 690	32 197
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	17 733	20 014	23 008	19 956	33 159	26 052	19 479	17 764	22 582
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 663	22 390	25 639	24 108	31 386	29 919	22 988	25 412	23 565
* darunter in das Ausland	Anzahl	11 391	13 050	15 839	14 979	18 149	16 473	13 952	17 697	14 196
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 563	10 514	10 356	8 879	14 958	15 058	9 434	7 926	9 615
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 272	9 340	9 800	9 129	13 237	13 466	9 036	7 715	9 369
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	7 632	8 137	7 726	4 727	16 731	11 191	5 925	278	8 632
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	42 140	43 522	44 525	43 114	56 621	52 909	41 985	38 742	44 064
		2013	2014	2013	2014				2015	
		Jahresdurchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Arbeitsmarkt⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 930,7	5 065,2	5 008,9	4 938,1	5 012,2	5 065,1	5 146,9	5 090,4	...
* Frauen	1 000	2 258,9	2 318,1	2 287,4	2 272,1	2 295,0	2 310,6	2 349,5	2 345,9	...
* Ausländer	1 000	492,5	533,8	512,0	496,4	512,2	540,0	563,4	549,9	...
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	1 231,4	1 266,8	1 246,4	1 244,0	1 247,1	1 266,1	1 287,9	1 296,3	...
* darunter Frauen ⁷	1 000	1 021,2	1 049,6	1 032,7	1 032,3	1 036,3	1 047,6	1 063,8	1 072,6	...
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	24,3	25,8	26,3	21,8	25,2	27,6	27,8	23,0	...
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 668,4	1 697,7	1 696,1	1 666,5	1 681,4	1 699,0	1 727,5	1 697,7	...
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 391,5	1 414,8	1 404,3	1 399,2	1 404,1	1 410,9	1 431,8	1 424,1	...
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 321,2	1 343,8	1 333,0	1 328,6	1 333,7	1 339,6	1 360,2	1 353,5	...
* F Baugewerbe	1 000	277,0	282,9	291,8	267,3	277,2	288,1	295,7	273,7	...
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 235,2	3 341,6	3 283,6	3 247,1	3 305,5	3 338,3	3 391,5	3 369,6	...
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 088,8	1 097,6	1 106,0	1 092,2	1 084,4	1 096,0	1 114,9	1 102,9	...
* J Information und Kommunikation	1 000	172,7	178,5	174,1	173,3	177,3	178,2	180,4	183,0	...
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	188,9	189,4	190,6	189,7	188,9	187,9	190,6	190,4	...
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	29,9	30,1	30,0	29,9	29,8	30,0	30,5	30,5	...
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	597,7	618,3	616,5	596,8	606,1	622,8	637,0	620,2	...
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	985,5	1 054,8	993,6	995,3	1 047,4	1 050,1	1 062,8	1 070,4	...
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	171,6	172,9	172,9	170,0	171,5	173,3	175,2	172,3	...
		2012	2013	2014	2014			2015		
		Jahresdurchschnitt			August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Arbeitslose	1 000	248,8	264,5	264,6	262,8	258,8	238,8	243,7	253,5	248,9
* darunter Frauen	1 000	118,7	123,5	123,2	128,0	126,5	113,0	116,1	121,7	120,4
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁸⁻⁹	%	3,7	3,8	3,8	3,7	3,7	3,4	3,4	3,6	3,5
* Frauen	%	3,7	3,8	3,7	3,9	3,8	3,4	3,5	3,6	3,6
* Männer	%	3,6	3,9	3,8	3,6	3,6	3,3	3,4	3,5	3,4
* Ausländer	%	8,5	8,8	8,7	8,3	8,2	8,0	8,1	8,2	8,2
* Jugendliche	%	3,0	3,2	3,2	4,2	4,0	2,5	3,0	3,9	3,6
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	18,2	19,9	17,7	6,0	9,0
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	70,1	64,4	73,1	75,7	77,0	88,0	91,7	92,7	94,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
 5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

Daher sind die Zahlen zu den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab dem Stichtag 31.03.2014 nicht mit den Zahlen früherer Stichtage vergleichbar.
 6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
 7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
 8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
 9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
 10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
 11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014		2015			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Landwirtschaft										
Schlachtungen¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	528,4	520,7	519,3	518,4	478,2	473,8	526,6	495,0	468,8
darunter Rinder	1 000	75,0	74,1	75,9	75,8	68,7	67,1	74,3	73,3	62,2
darunter Kälber ²	1 000	1,8	1,7	1,6	1,2	1,2	1,3	1,1	1,0	0,9
Jungrinder ³	1 000	0,6	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4
Schweine	1 000	442,3	436,1	432,9	433,6	402,5	398,2	443,7	413,6	400,7
Schafe	1 000	10,4	9,9	9,8	8,4	6,4	7,9	8,1	7,4	5,5
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	522,1	515,3	514,2	515,0	475,2	470,8	523,4	492,2	466,3
darunter Rinder	1 000	74,1	73,2	75,1	75,2	68,1	66,5	73,7	72,9	61,8
darunter Kälber ²	1 000	1,7	1,5	1,5	1,1	1,1	1,2	1,0	0,9	0,9
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,5	0,3	0,3
Schweine	1 000	438,2	432,9	429,9	431,9	401,0	396,6	441,9	412,1	399,5
Schafe	1 000	9,2	8,7	8,6	7,5	5,7	7,1	7,3	6,6	4,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	341,2	343,0	343,9	342,8	342,5	348,4	347,3	342,7	341,9
darunter Kälber ²	kg	108,1	109,7	112,5	109,4	114,0	111,1	109,5	107,5	111,4
Jungrinder ³	kg	186,2	177,0	183,3	189,5	184,5	181,3	158,5	179,2	183,0
Schweine	kg	95,4	95,4	95,8	94,7	95,0	96,1	95,3	94,4	94,5
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	68,0	67,3	67,7	67,2	61,9	61,8	68,2	64,3	59,3
darunter Rinder	1 000 t	25,6	25,4	26,0	25,9	23,5	23,3	25,8	25,1	21,3
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	42,2	41,6	41,5	41,1	38,3	38,3	42,3	39,1	37,9
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,4	66,7	67,2	66,8	61,5	61,5	67,9	64,1	59,0
* darunter Rinder	1 000 t	25,3	25,2	25,8	25,8	23,3	23,2	25,6	25,0	21,1
* darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	41,8	41,3	41,2	40,9	38,1	38,1	42,1	38,9	37,8
* Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	3 900	3 964	4 730	4 725	4 749	5 072	5 063
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 431	3 472	4 153	4 170	4 213	4 507	4 195
* Konsumeier ⁶	1 000	86 410	86 782	101 881	94 433	98 999	114 889	110 917
* Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	13,3	13,4	14,5	15,5	13,4	7,0	7,8
Getreideanlieferungen^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	8,8	5,3r	4,5	12,6	9,2	2,0	2,1r	14,8r	6,7
Weizen	1 000 t	130,0r	53,1r	39,3r	40,2	119,6	21,9r	26,9r	52,1r	85,3
Gerste	1 000 t	33,6r	12,6r	7,2r	18,4	13,3	6,8r	9,6r	31,8	13,7
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,6	0,6	0,3	0,3	0,7	0,3	0,1r	0,4	0,8
Vermahlung von Getreide^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	98,7r	107,4	104,5	108,2	97,9r	101,8	107,0r	108,5	102,1
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,7r	11,5	11,1	11,1	10,8	12,2	11,5	12,1	11,8
Weizen und -gemenge	1 000 t	87,0r	95,9	93,4	97,1	87,0r	89,6	95,4r	96,4	90,3
Vorräte in zweiter Hand^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	46,3	40,5r	45,5	48,4r	60,6r	36,0	29,1r	56,7	66,0
Weizen	1 000 t	511,3	439,6r	467,9r	336,6r	629,5r	309,4r	264,6r	440,1r	703,7
Gerste	1 000 t	320,3	219,0r	256,9r	302,8r	395,0r	207,9r	211,3r	370,9r	447,6
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	8,7	6,7	3,8r	8,7r	3,7r	3,5	4,4	9,8
Mais	1 000 t	147,0	76,0r	52,4r	25,2r	15,3r	48,6r	61,2r	34,1r	19,7
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 845	1 859	1 928	2 518	1 985	2 116	2 364	2 636	...
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	123	115	115	193	107	167	197	238	...
11 bis 13	1 000 hl	1 694	1 718	1 776	2 278r	1 461	1 910	2 133	2 363	...
14 oder darüber	1 000 hl	27	26	35	47	18	39	35	35	...
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	353	370	383	531	393	482	570	588	...
dav. in EU-Länder	1 000 hl	235	230	236	336	257	275	341	350	...
in Drittländer	1 000 hl	118	140	147	195	136	207	230	238	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014		2015			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	11,0	10,8	10,5	10,5	9,5	9,2	10,0	10,2	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,6	9,3	9,4	9,0	7,8	7,1	8,3	9,1	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 839	3 874	3 830	3 840	3 840	3 927	3 921	3 921	3 915
* Beschäftigte	1 000	1 088	1 095	1 111	1 113	1 116	1 128	1 131	1 135	1 141
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	372	374	386	387	388	386	386	387	390
Investitionsgüterproduzenten	1 000	516	525	526	525	527	540	541	542	544
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	40	35	35	35	35	36	36	36	36
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	159	162	163	164	164	166	167	169
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	139 399	140 284	142 141	155 660	122 013	133 905	145 707	157 006	132 870
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 250	4 438	4 651	5 049	4 308	5 121	5 203	5 332	4 554
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 746	26 935	26 190	28 223	21 617	25 478	28 177	28 988	24 327
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 822	6 827	7 223	7 710	6 510	7 310	7 862	7 972	6 987
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 217	15 427	14 315	15 551	10 765	13 968	15 722	16 227	13 039
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 042	3 120	3 208	3 458	3 103	2 987	3 279	3 392	3 164
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 213	14 546	13 795	14 920	11 201	13 813	15 086	15 692	13 038
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	105,9	105,8	109,4	119,9	92,8	106,2	116,8	122,2	102,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	97,7	96,8	94,2	116,9	98,0	95,3	101,6	111,9	94,9
Verarbeitendes Gewerbe	%	106,0	105,8	109,4	119,9	92,7	106,2	116,9	122,2	102,9
Vorleistungsgüterproduzenten	%	103,9	104,5	108,3	118,5	97,7	106,4	115,4	119,8	102,7
Investitionsgüterproduzenten	%	108,1	107,3	111,5	122,2	89,3	108,3	119,8	125,1	103,5
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,0	104,7	106,8	116,3	100,9	102,0	111,7	118,0	105,9
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	105,5	110,5	118,0	120,3	99,6	114,6	126,1	122,2	96,6
Ausland	%	102,4	104,3	106,5	114,3	93,3	101,0	110,3	120,6	95,9
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,4	114,6	125,4	124,2	103,7	123,4	136,3	123,2	97,1
Investitionsgüterproduzenten	%	100,8	105,8	109,6	114,1	94,0	106,8	123,1	115,3	103,1
Gebrauchsgüterproduzenten	%	107,5	113,1	122,4	123,4	101,6	119,1	128,5	125,4	93,0
Verbrauchsgüterproduzenten	%	101,0	94,9	98,6	101,3	83,9	87,8	101,2	103,1	89,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,7	105,5	108,8	121,4	117,7	103,0	115,4	124,6	124,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014		2015			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	130 624	139 246	141 005	145 171	146 288	138 433	140 213	139 843	141 707
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 481	13 374	13 951	17 924	13 296	13 817	15 920	17 042	13 311
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 600	6 050	6 326	8 106	5 742	6 491	7 426	7 908	5 818
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 506	3 724	3 892	4 774	3 812	3 585	4 238	4 455	3 869
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 376	3 601	3 733	5 044	3 742	3 740	4 256	4 679	3 625
* Entgelte	Mill. €	310,5	338,3	357,0	386,7	370,2	352,4	375,4	384,4	371,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 482,4	1 611,0	1 678,4	2 057,9	1 780,3	1 529,8	1 726,2	1 955,4	1 710,6
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	573,4	629,1	640,2	790,0	667,6	598,8	651,9	768,0	656,3
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	507,8	524,6	582,6	683,2	601,2	529,1	599,3	637,8	593,3
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	401,2	457,4	445,5	584,7	511,5	401,9	475,0	549,5	461,0
Messzahlen (2010 = 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	124,8	118,4	123,1	136,4	107,8	137,9	148,7	135,7	131,8
* davon Wohnungsbau	Messzahl	119,3	125,2	130,5	132,3	104,0	158,9	154,5	187,1	148,5
* gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	130,3	116,8	126,8	138,5	104,8	135,9	149,3	126,5	131,3
* öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	123,2	115,7	114,2	136,8	113,7	126,3	144,3	112,1	121,5
* darunter Straßenbau	Messzahl	133,9	127,1	126,7	151,0	120,1	137,4	178,7	116,3	143,6
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵⁻⁶										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	50 226	59 121	59 700	.	.	.	61 099	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 110	6 065	6 034	.	.	.	18 545	.	.
* Entgelte	Mill. €	122,9	148,8	153,3	.	.	.	475,0	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	514,3	621,1	635,4	.	.	.	1 717,1	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	253	253	247	245	245	259	258	259	259
* Beschäftigte	Anzahl	29 895	29 734	29 587	29 424	29 384	29 651	29 521	29 471	29 446
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 621	3 556	3 534	3 942	3 000	3 234	3 544	3 936	3 152
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	124	128	129	123	117	124	128	125	119
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	6 055,2	5 595,1	...	4 831,5	5 346,3	5 751,8	5 225,9	2 764,9	.
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	5 749,6	5 303,8	...	4 589,1	5 064,2	5 459,4	4 941,6	2 613,5	.
* dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	520,7	490,3	...	281,1	236,9	328,7	284,5	239,1	.
* Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	1014,3	1 058,3	...	520,7	557,3	751,4	594,9	528,8	.
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	Messzahl	101,0	.	.
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	110,3	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 901	1 980	1 995	2 188	2 160	2 164	2 304	2 298	2 371
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 681	1 733	1 744	1 891	1 905	1 927	2 023	2 063	2 090
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 465	2 611	2 648	2 817	2 845	2 731	3 093	2 788	2 998
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	716	776	818	870	883	863	1 006	906	941
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	427	453	459	493	495	471	536	478	524
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	726	709	665	705	653	666	781	705	750
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 187	4 265	4 041	4 337	3 864	3 700	4 722	4 401	4 637
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	569	559	550	648	572	502	636	514	614
* Nutzfläche	1 000 m ²	606	619	576	644	554	549	666	610	664
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 416	4 677	4 897	4 896	5 038	4 580	5 556	4 839	5 905
* Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 922	19 747	19 966	21 047	21 473	20 325	23 197	21 228	23 388
		2012	2013	2014 ¹⁴	2014 ¹⁴		2015 ¹⁴			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	12 299,3	12 280,3	12 542,5	12 260,5	13 377,3	13 042,8	12 827,1	13 568,0	14 410,6
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	638,7	639,5	645,5	644,2	644,3	722,9	697,2	635,3	754,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 224,5	10 688,8	10 983,6	10 686,8	11 800,9	11 377,8	11 196,5	11 956,5	12 681,5
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 680,2	1 578,6	1 319,2	1 177,2	1 408,7	1 006,8	1 055,5	1 140,6	1 119,3
* Halbwaren	Mill. €	541,1	523,8	497,9	504,5	537,7	551,6	502,1	525,8	555,7
* Fertigwaren	Mill. €	9 003,1	8 586,3	9 166,5	9 005,1	9 854,5	9 819,3	9 638,9	10 290,1	11 006,6
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 007,5	954,2	805,8	814,5	863,3	809,6	803,8	852,0	904,8
* Enderzeugnisse	Mill. €	7 995,6	7 632,1	8 360,7	8 190,6	8 991,1	9 009,8	8 835,1	9 438,1	10 101,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014		2015			
		Monatsdurchschnitt ¹			Jul	August	Mai	Juni	Jul	August
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	483 106	470 253	462 351	.	.	.	478 785	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	413 420	413 783	410 140	.	.	.	420 321	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	66 245	58 005	51 100	.	.	.	51 737	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	55 093	50 216	45 752	.	.	.	46 208	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	11 153	7 789	5 348	.	.	.	5 529	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	61 530	58 885	59 317	.	.	.	61 316	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	58 519	56 357	57 358	.	.	.	59 329	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	3 011	2 528	1 959	.	.	.	1 987	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	355 331	353 364	351 933	.	.	.	365 732	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	321 680	319 971	318 906	.	.	.	332 715	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 651	33 393	33 028	.	.	.	33 017	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	578 378	574 598	572 073r	.	.	.	580 151	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	452 972	450 479	450 183	.	.	.	459 791	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	419 187	419 195	423 349	.	.	.	428 004	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	33 785	31 284	26 833	.	.	.	31 787	.	.
Spareinlagen	Mill. €	125 405	124 119	121 890r	.	.	.	120 360	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 593	49 206	48 126	.	.	.	47 127	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	31 565	30 017	27 944	.	.	.	27 152	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 382	1 294	1 284	1 528	1 110	1 077	1 121	1 291	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	109	96	93	99	99	93	91	111	...
* davon Unternehmen	Anzahl	274	252	246	258	242	214	266	348	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	77	65	64	72	74	66	66	81	...
* Verbraucher	Anzahl	825	756	741	904	613	594	629	663	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	1	1	-	-	-	2	-	...
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	251	248	245	301	221	222	189	224	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	20	16	13	14	15	12	14	...
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	32	38	52	65	34	47	37	56	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	9	13	14	11	12	11	16	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	490 994	391 681	351 715	348 878	186 724	174 671	189 865	252 953	...
davon Unternehmen	1 000 €	382 936	286 485	255 439	204 515	118 174	76 820	118 534	166 306	...
Verbraucher	1 000 €	44 660	43 629	41 057	50 284	30 346	29 459	34 312	33 368	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	50 859	48 358	46 981	85 986	33 672	57 609	32 209	43 180	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	12 539	13 209	8 238	8 093	4 532	10 783	4 811	10 100	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	120,2	133,1	132,5	119,8	126,1	118,7	111,6	114,8	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	134,1	151,3	152,9	135,1	135,7	145,5	137,8	131,7	134,2
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	232,3	232,6	233,1	233,2	232,6	236,3	235,2
Leistungsempfänger	1 000	420,4	421,9	425,5	426,1	425,2	434,4	432,9
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	298,7	298,9	300,2	300,8	299,9	307,7	306,6
Sozialgeld	1 000	121,7	123,1	125,2	125,3	125,4	126,7	126,3
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ¹³	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 320,8	4 663,9	4 941,4	4 180,2	3 710,4	4 278,5	8 326,7	4 878,9	3 720,8
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 897,6	3 054,6	3 230,5	3 356,1	3 255,9	3 595,2	3 634,5	3 535,9	3 420,8
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	633,2	768,3	813,8	- 9,5	- 21,4	159,1	2 531,0	- 56,4	- 22,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	421,2	371,6	355,8	701,1	188,1	259,2	750,5	1 246,5	233,4
Abgeltungsteuer	Mill. €	109,3	122,8	107,9	75,5	87,0	96,4	75,2	107,7	82,3
Körperschaftsteuer	Mill. €	259,5	346,6	433,4	57,0	200,8	168,6	1 335,5	45,2	6,7
Steuern vom Umsatz ¹⁴	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 731,0	1 905,1	2 065,9	2 128,8	1 963,8	2 024,7	1 999,8	2 128,4	1 937,8
Einfuhrumsatzsteuer ¹⁵	Mill. €
Bundessteuern ¹⁶	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	221,1	240,4	270,9	267,4	249,4	279,8	267,5	287,6	262,2
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	83,0	89,8	113,1	120,2	97,3	125,1	99,1	109,4	85,6
Grunderwerbsteuer	Mill. €	104,4	112,2	118,8	110,6	111,5	113,9	131,4	142,4	133,4
Biersteuer	Mill. €	12,5	12,3	12,9	15,6	18,3	13,8	13,7	13,0	18,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2014	2015		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	100,0	102,8	105,5	107,8	110,0	110,4	111,2	111,5	111,8
davon Rohbauarbeiten	%	100,0	103,2	106,0	107,9	109,8	109,9	110,3	110,7	111,1
Ausbauarbeiten	%	100,0	102,5	105,0	107,7	110,3	110,8	112,0	112,2	112,4
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	100,0	101,3	102,5	103,8	105,9	106,1	106,6	106,9	106,9
Bürogebäude	%	100,0	102,9	105,4	107,6	109,9	110,4	111,1	111,5	111,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	100,0	103,2	105,6	107,6	109,7	110,2	110,7	111,1	111,4
Straßenbau	%	100,0	102,3	105,5	107,8	109,2	109,4	108,9	109,2	109,4
							2014		2015	
							3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	223,39	206,57	225,40	223,59	234,86	239,07	277,46	238,69	...
Rohbauland	€	58,59	39,61	46,96	59,72	50,19	55,32	57,05	36,69	...
Sonstiges Bauland	€	39,54	42,56	57,33	61,06	67,30	49,28	75,15	61,68	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2014	2015		
		Durchschnitt ¹					Sept.	Juli	August	Sept.
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	100,0	102,1	104,1	105,7	106,6	107,0	107,2	107,2	107,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100,0	102,8	106,3	110,4	111,5	111,1	111,9	111,6	112,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	100,0	101,8	104,8	107,0	110,3	111,0	114,1	114,3	114,3
Bekleidung und Schuhe	%	100,0	101,2	103,3	104,4	105,5	108,6	101,4	104,5	110,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	100,0	103,1	105,4	107,5	108,4	108,7	108,1	107,9	107,9
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,0	100,4	101,1	102,1	102,5	102,4	103,1	103,2	103,2
Gesundheitspflege	%	100,0	100,7	103,2	99,4	101,4	101,9	103,7	103,7	103,8
Verkehr	%	100,0	104,5	107,7	107,5	107,3	108,0	107,4	106,3	105,0
Nachrichtenübermittlung	%	100,0	96,5	94,8	93,4	92,3	91,9	91,1	90,9	90,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,0	99,7	100,6	103,1	104,4	104,2	107,4	107,8	104,7
Bildungswesen	%	100,0	99,6	94,0	95,1	93,1	94,2	92,7	92,5	93,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100,0	101,5	103,6	106,0	108,2	109,0	111,2	111,3	111,8
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100,0	101,6	102,6	104,3	106,1	106,4	106,7	107,1	107,2
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 = 100)	%	100,0	106,4	108,7	105,9	103,6	103,8	101,8	100,3	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 = 100)	%	100,0	103,3	104,9	104,3	104,0	104,3	105,4	104,9	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 = 100) ...	%	100,0	105,3	107,0	106,9	105,8	105,7	104,4	103,9	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	100,0	105,6	105,8	104,6	103,5	103,6	103,0	102,6	...
Investitionsgüterproduzenten	%	100,0	101,2	102,2	103,0	103,5	103,6	104,3	104,3	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	100,0	103,5	106,3	108,4	109,0	109,1	108,2	108,1	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	100,0	101,7	103,3	104,3	105,7	105,9	107,2	107,3	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100,0	103,8	106,8	109,0	109,5	109,6	108,3	108,2	...
Energie	%	100,0	109,7	113,0	112,0	108,5	107,8	103,5	102,3	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 = 100)	%	100,0	113,4	119,4	120,7	111,8	108,6	105,2p	102,7p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	100,0	115,8	126,4	120,2	105,5	98,9	110,5	106,5	...
Tierische Erzeugung	%	100,0	111,8	114,9	121,1	115,9	114,9	101,7p	100,3p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 = 100)	%	100,0	105,8	108,0	107,4	106,1	106,4	106,0	105,1	104,5
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	100,0	104,9	107,7	111,5	111,8	111,7	114,2	113,8	113,9
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	100,0	114,2	121,3	115,8	110,2	112,7	99,6	95,7	92,7
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 = 100)	%	100,0	101,6	103,3	104,4	105,0	105,4	104,9	105,0	105,5
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art										
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	100,0	102,0	104,6	107,2	108,3	108,3	108,4	108,3	108,7
Kraftfahrzeughandel	%	100,0	101,2	101,9	101,8	102,1	102,4	103,1	103,0	103,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

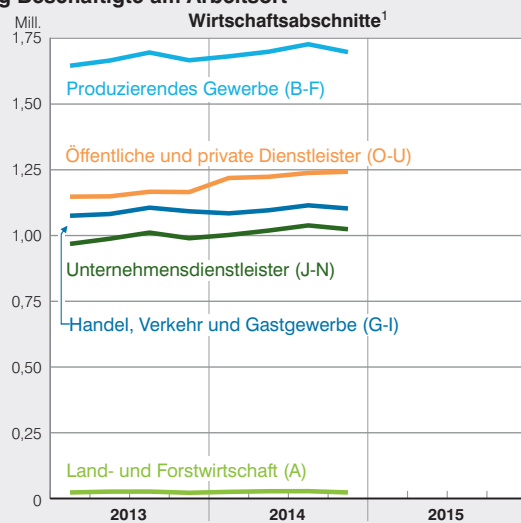
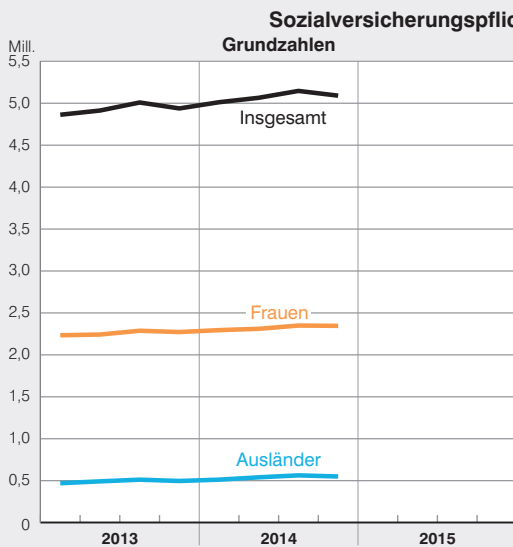
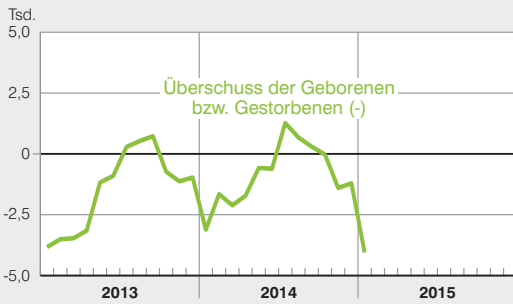
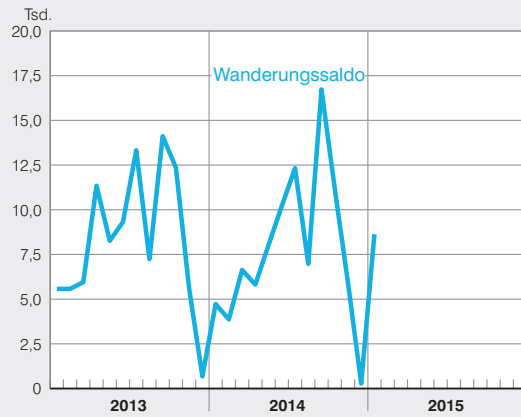
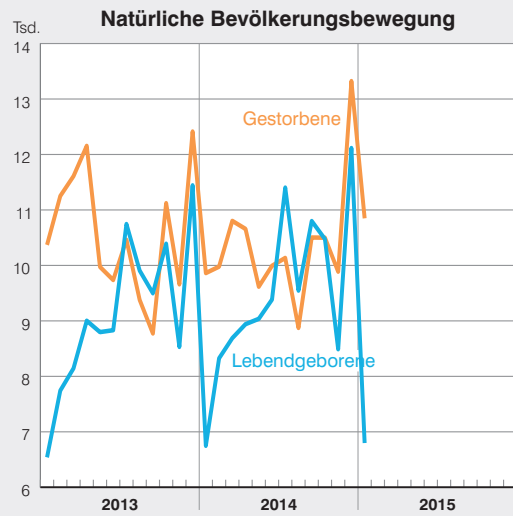
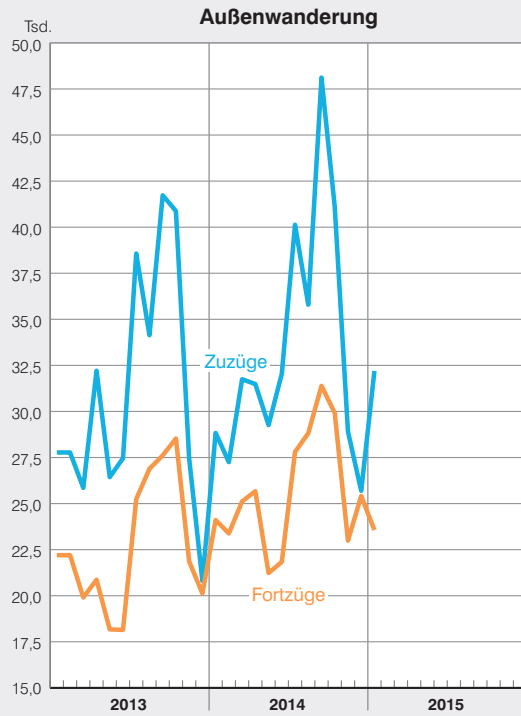
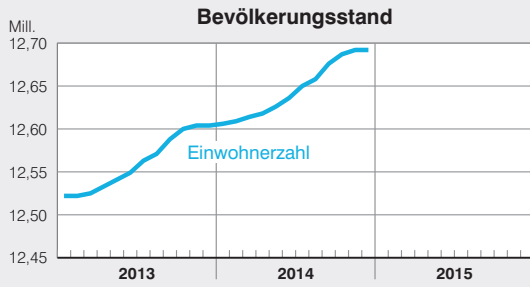
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

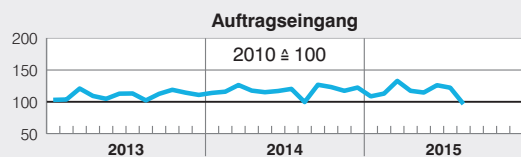
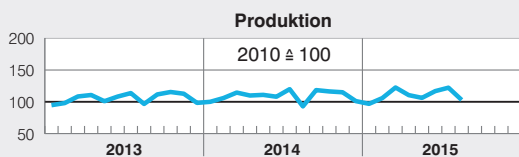
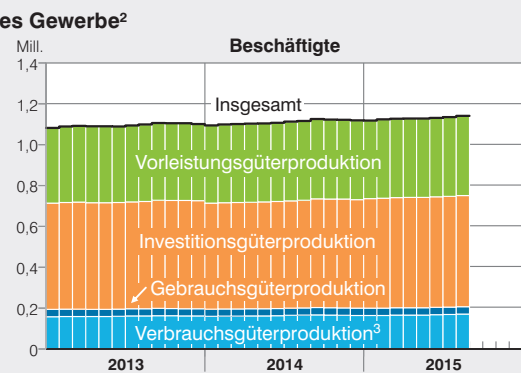
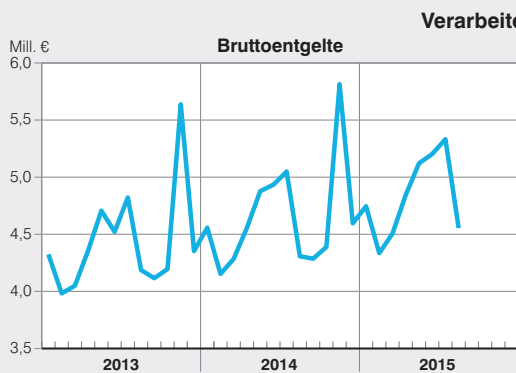
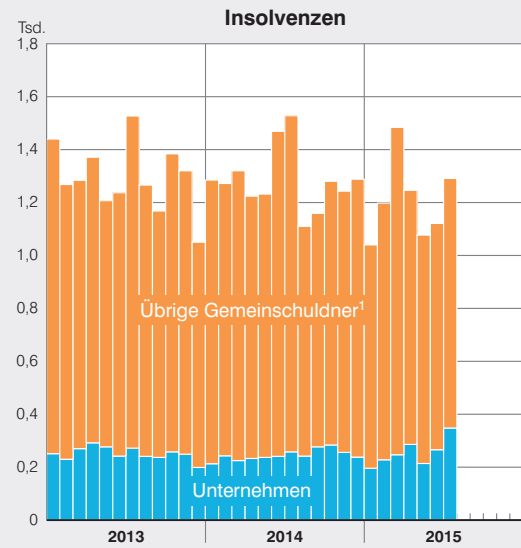
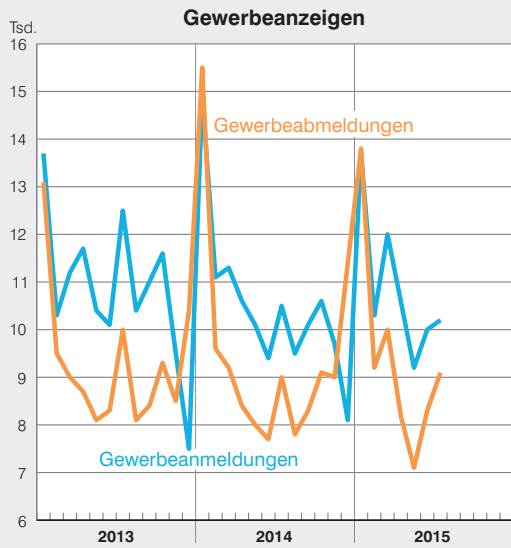
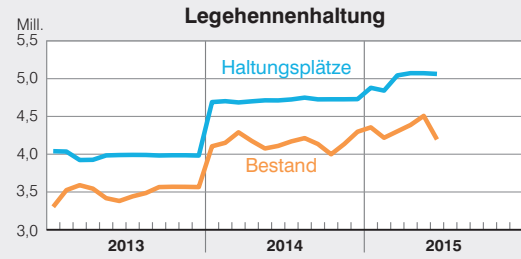
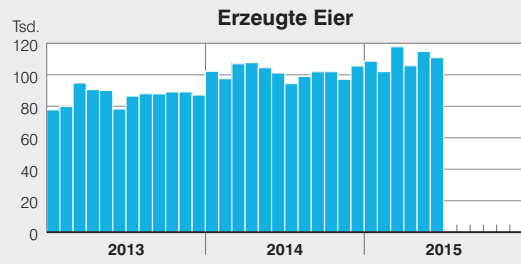
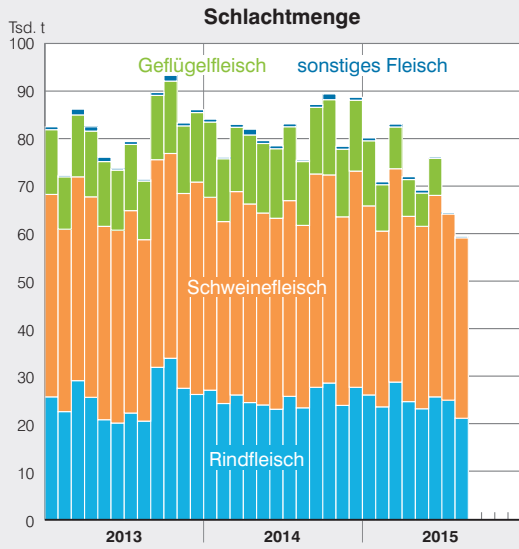
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

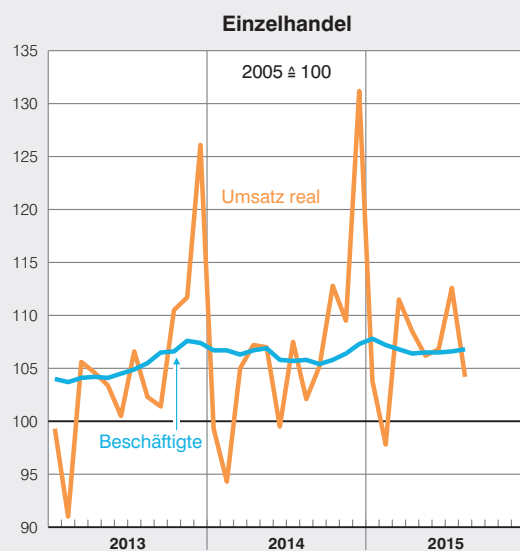
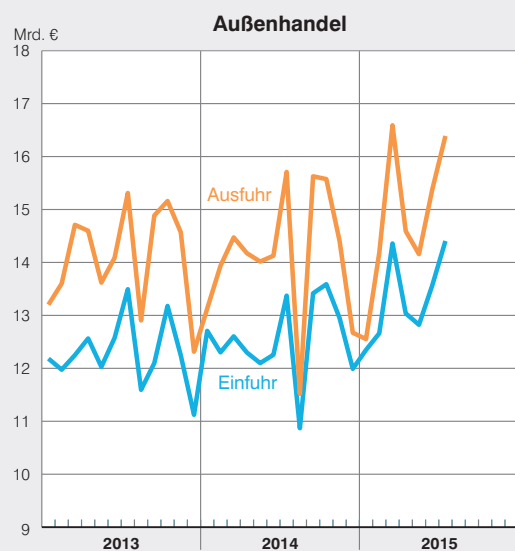
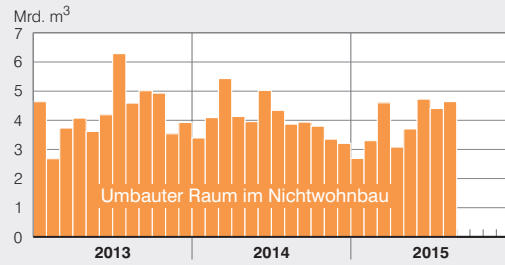
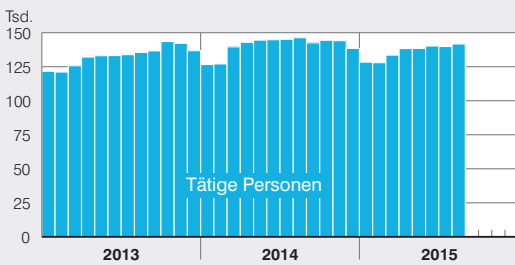
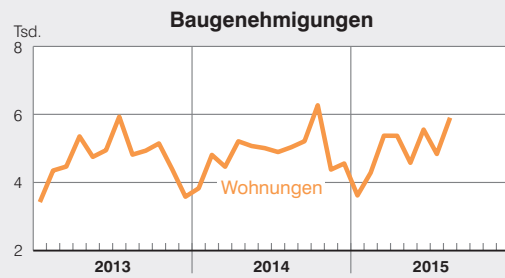
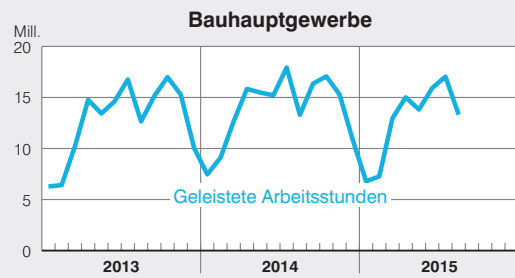
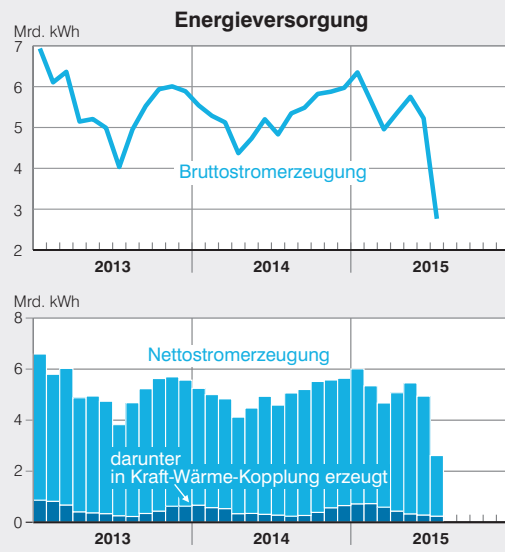
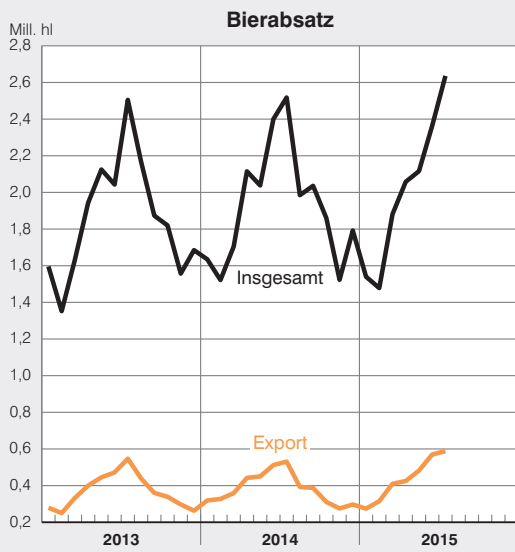
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

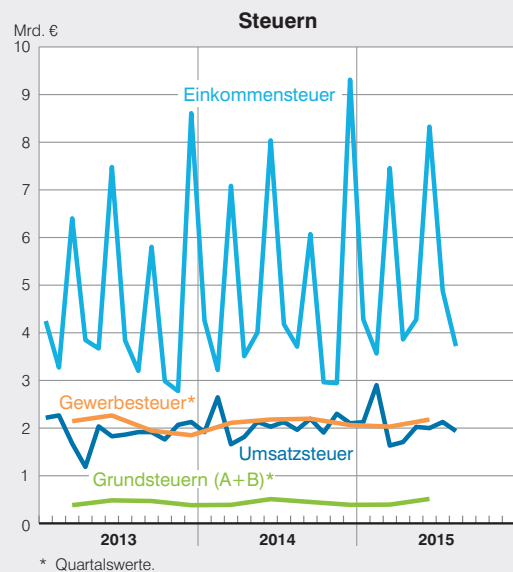
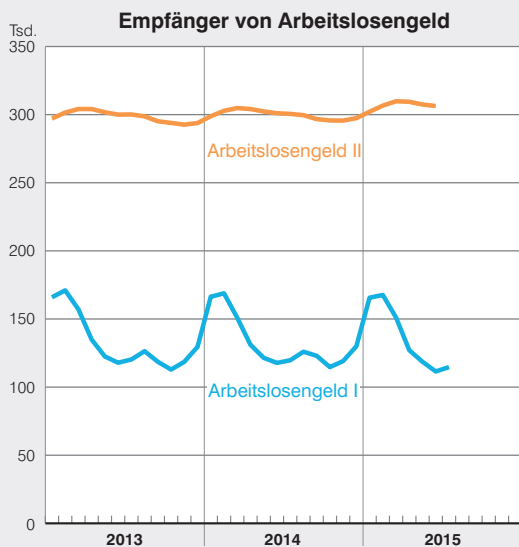
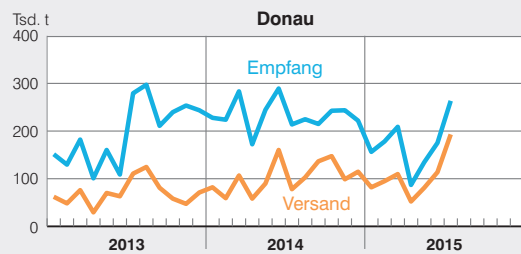
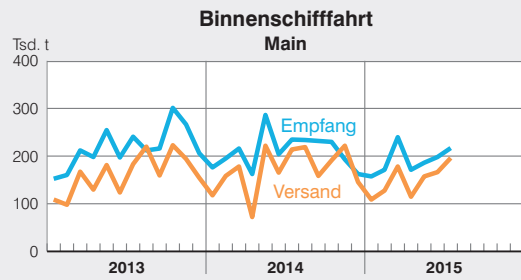
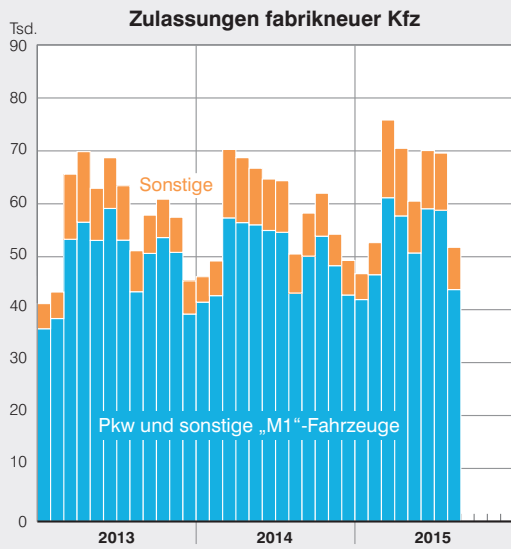
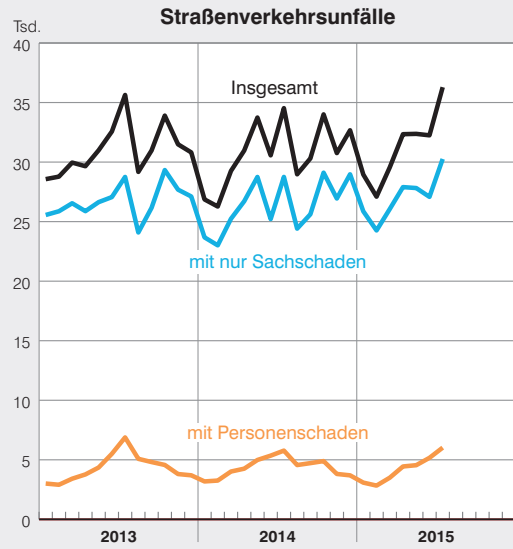
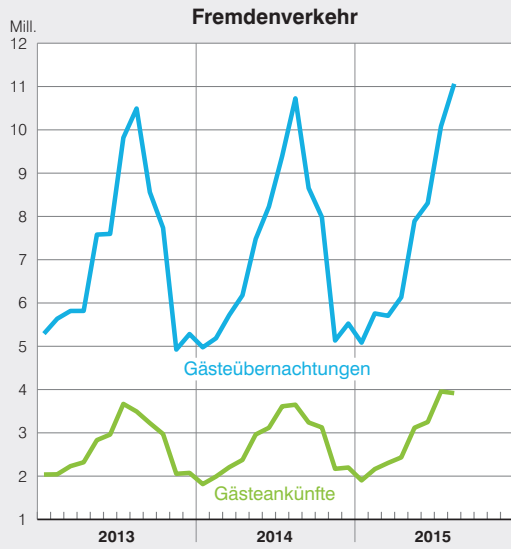


¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

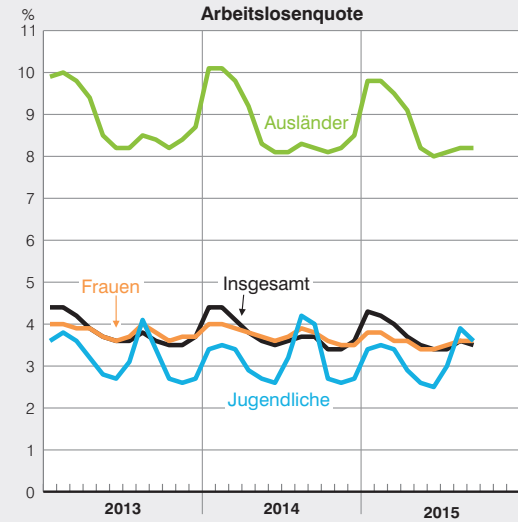
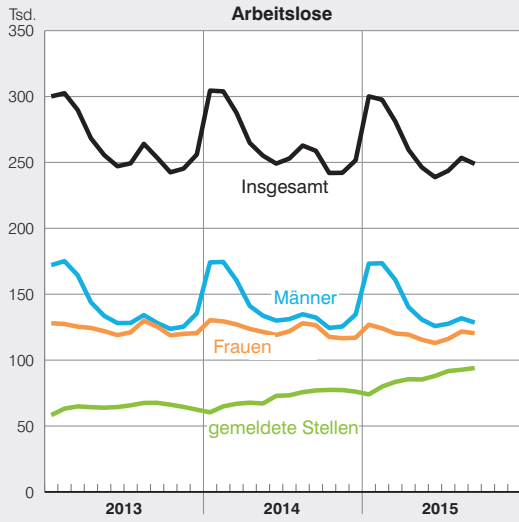


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.

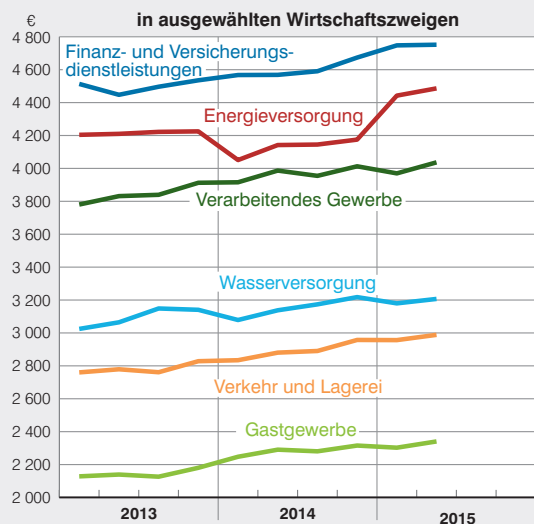
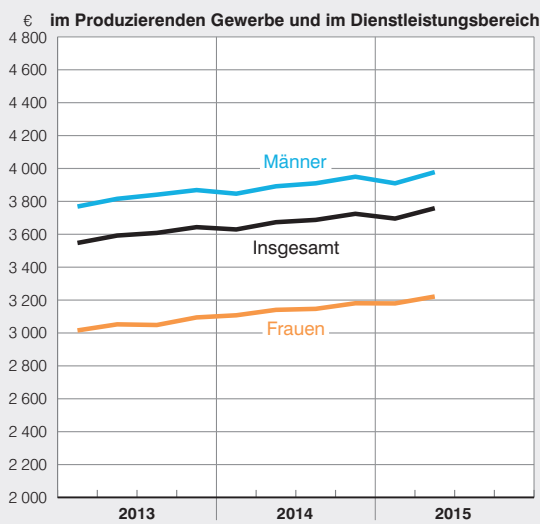




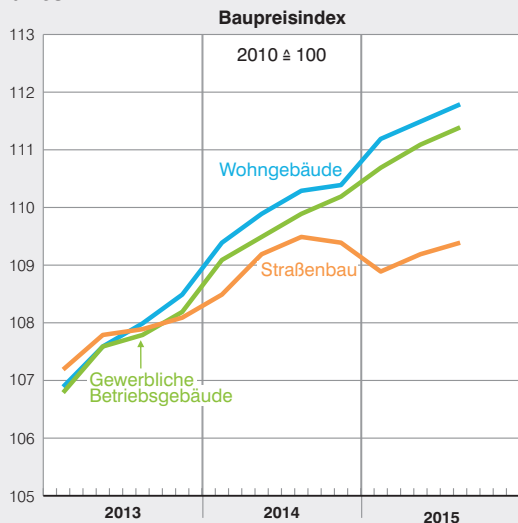
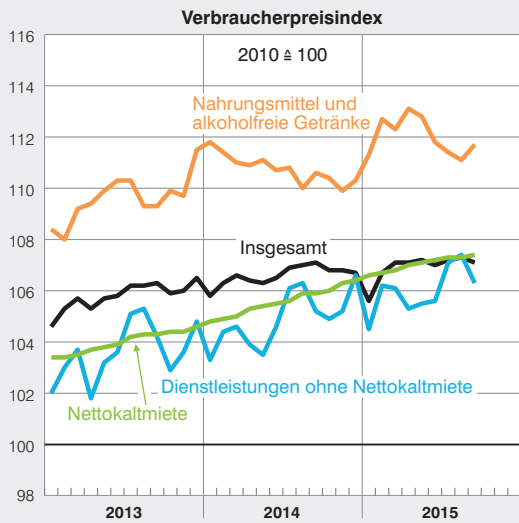
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Veröffentlichungen des Landesamts im September 2015

Beim Großteil der hier aufgeführten Veröffentlichungen ist der Nachweis der kleinsten regionalen Einheit (* Kreisfreie Städte und Landkreise) oder kleinsten sonstigen Einheit (z.B. Hochschulorte, Häfen) bis zu der die Daten ausgewiesen werden, angegeben.

Statistische Berichte

Erwerbstätigkeit

- Strukturdaten der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2014; Teil I der Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebung – 2014
- Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2014; Teil II der Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebung – 2014

Berufliche Schulen, Berufsbildung

- Berufliche Schulen in Bayern – Schuljahr 2014/15
- Berufsschulen in Bayern – Schuljahr 2014/15

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Fächerspezifische Gliederung der Hochschulausgaben und -einnahmen in Bayern – 2013

Bodennutzung und Anbau

- Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern 2014 – Stichprobenerhebung

Viehwirtschaft

- Viehbestände in Bayern – Viehzählung im Mai 2015 *

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Juli 2015 *

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Juli 2015 *
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juli 2015
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2015

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im Juli 2015 *

Handwerk

- Handwerk in Bayern (Endgültige Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung zum zulassungspflichtigen Handwerk) 2014

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Juli 2015 *

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juli 2015
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juni 2015
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2015

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z.B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

- Tourismus in Bayern im Juli 2015
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juli 2015

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausführliche Ergebnisse des Berichtsjahres) 2014 *
- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juni 2015 *

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2015 (Häfen)

Wohngeld

- Wohngeld in Bayern – 2014 *

Gemeindefinanzen

- Gemeindefinanzen in Bayern – 2. Vierteljahr 2015

Steuern

- Umsätze und ihre Besteuerung (Umsatzsteuer-Veranlagungen) in Bayern – 2010 *

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern (monatlich) sowie Jahreswerte von 2012 bis 2014 im August 2015
- Verbraucherpreisindex für Bayern / Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis August 2015
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im August 2015
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern – 3. Vierteljahr 2015
- Kaufwerte für Bauland in Bayern – 2014 *

Verdienste

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 2. Quartal 2015

Verzeichnisse

- Zweckverbände in Bayern – Stand: 1. Januar 2015
- Verzeichnis der Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern – Stand: 1. Oktober 2014
- Verzeichnis der Förderzentren und Schulen für Kranke in Bayern – Stand: 1. Oktober 2014

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Hebesätze der Realsteuern – 2014
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder: Analysen und Berichte; Klima und Energie – 2014
- 25 Jahre Deutsche Einheit

Die Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind verfügbar unter www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Aktuelle
Veröffentlichungen
unter
q.bayern.de/webshop



Statistische Berichte

Statistische Berichte werden als Standardveröffentlichungen von allen Statistischen Landesämtern mit einheitlicher Systematik für alle Bereiche der amtlichen Statistik herausgegeben. Sie enthalten – fachlich und regional tief gegliedert – aktuelle Ergebnisse der betreffenden Erhebung in tabellarischer Form, zumeist ergänzt durch grafische Darstellungen. Zusätzlich wird in den Berichten beispielsweise über Rechtsgrundlagen, Methodik und Besonderheiten der Statistik informiert. Je nach Periodizität der Erhebung erscheinen Statistische Berichte monatlich oder in größeren Abständen.

Alle Statistischen Berichte stehen im Internet im Rahmen der informationellen Grundversorgung kostenlos als Download zur Verfügung (PDF- oder Excel-Format).

Themenbereiche

- A Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit
- B Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen
- C Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- D Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen
- E Produzierendes Gewerbe, Handwerk
- F Wohnungswesen, Bautätigkeit
- G Handel, Tourismus, Gastgewerbe
- H Verkehr
- J Dienstleistungen, Geld und Kredit
- K Sozialleistungen
- L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern
- M Preise und Preisindizes
- N Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten
- O Finanzen und Vermögen privater Haushalte
- P Gesamtrechnungen
- Q Umwelt

